



30. September 1924

LUDWIG QUESSEL · DAS EUROPÄISCHE SYSTEM

MIT Erstaunen hat Deutschland in diesen Septembertagen wahrgenommen, daß Europa am Werk ist sich eine Verfassung zu geben. An die Stelle des Faustrechts, das bisher in der Hauptsache den zwischenstaatlichen Beziehungen der europäischen Staaten zugrunde lag, soll eine europäische Rechtsordnung treten. Was selbst von liberalen und sozialdemokratischen Organen als naive Vorstellung gemütvoller Phantasten und weltfremder Schwärmerseelen wehmütig belächelt wurde, ist auf dem Weg Wirklichkeit zu werden. Kontinentaleuropa als übernationale Staateneinheit nimmt sichtbar Form und Gestalt an. Selbst England, das dieser Neubildung mit innerer Ablehnung gegenübersteht, ist gezwungen durch den Mund seines Premierministers zu verkünden, daß »der Völkerbund es als seine erste Aufgabe auf sich nimmt ein europäisches System zu schaffen«.

Diese Ankündigung ist insoweit allerdings ungenau, als ein europäisches System nicht nur ohne Englands Hilfe sondern sogar gegen Englands Willen in der Grundlage bereits geschaffen ist. Indem Frankreich mit Belgien, Tschechien, Jugoslawien, Rumänien und Polen Schutzbündnisse zur Sicherung der Neuordnung Kontinentaleuropas schuf, war der Übergang von der Anarchie zur Rechtsordnung angebahnt. 4 Jahre lang hat England mit allen Mitteln seiner klugen Politik gegen diesen unbequemen Zustand, der seine Balance of power-Doktrin auf den Kehrlichthafen der Geschichte warf, angekämpft. Jetzt beugt es sich vor der vollzogenen und unabwendbaren Tatsache. Allerdings nicht in dem Sinn nunmehr der kontinentaleuropäischen Entwicklung, die es nicht aufhalten kann, freien Lauf zu lassen. Sein Ziel ist vielmehr dem kontinentalen Europa, das gegen seinen Wunsch da ist, das lebt und atmet, die Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken, es so schwach wie möglich zu erhalten. Zu diesem Zweck richtet es seine Blicke auf Deutschland und Rußland. Von diesen beiden Mächten erwartet es die Verlangsamung einer Entwicklung, deren Stillstand nicht mehr zu erreichen ist, und die letzten Endes daraus hinausläuft Europa von der angelsächsischen Bevormundung zu befreien.

Die Vorgänge in Genf seit dem 4. September lassen an diesem Zusammenhang der Dinge keinen Zweifel mehr. Den Genfer Völkerbundverhandlungen, die uns Kontinentaleuropa unter französischer Führung auf dem Weg zur

Einheit und Freiheit zeigten, ging das mysteriöse Frühstück bei Lord Parmoor in London voran, bei dem Marx und Stresemann die Erleuchtung über ihre Haltung zum Völkerbund zu erhalten hofften, und bei dem Stresemann den Eindruck erhielt, daß England Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht wünsche, auch wenn ein Teil der englischen Presse, um Genf und Paris gegenüber das Gesicht zu wahren, das Deutsche Reich zu diesem Schritt ermunterte. Hinterher ist zwar von Parmoor und Murray durch den Sozialdemokratischen Parlamentsdienst der Welt verkündet worden, sie hätten bei dem Frühstück in Henley eindringlich auf Stresemann und Marx eingeredet die Zulassung Deutschlands beim Völkerbund zu beantragen, aber kein Gehör für ihre Vorstellungen bei ihnen gefunden. Doch ist kein Wort von diesen eindringlichen Vorstellungen durch Sthamers Übersetzung an das Ohr der deutschen Delegierten gedrungen. Der Verlauf des Frühstücks im Haus Parmoor und die Geschehnisse unmittelbar vor der deutschen Bekanntgabe des Rapallovertrags während der Konferenz von Genua weisen eine so eigenartige Parallelität auf, daß es nicht schwer sein sollte die inneren Zusammenhänge des großen Mißverständnisses von Henley zu ahnen. Am 4. September hielt der britische Premierminister seine große Rede in Genf, in der er Deutschland mit folgenden Worten zum Eintritt in den Völkerbund aufforderte:

»Aber da ist Deutschland und da ist Rußland. Deutschland kann nicht außerhalb des Völkerbunds bleiben [Beifall]. Wenn ich eine Formel gebrauchen darf, die nicht mißverstanden werden soll (ich hoffe, daß man sie nicht mißverstehen wird), so können wir uns nicht gestatten Deutschland zu erlauben außerhalb des Bundes zu bleiben. Es gibt keine einzige Erörterung über Rüstungen, über Friedensbedingungen, über die Sicherheit, über die Sicherung der Existenz der kleinen Nationalitäten, es gibt kein Problem, zu dessen Erörterung wir zusammenkommen, das wir unter uns beraten können, wenn wir einen drohenden leeren Stuhl in unserer Mitte sehen [Beifall]. Auch Deutschland kann in seinem eigenen Interesse nicht außerhalb des Bundes bleiben. Verhandlungen, die mit einem isolierten Berlin geführt werden, können niemals wirksam sein. Die Londoner Konferenz hat neue Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Staaten geschaffen. Jetzt sollte auf diese neuen Beziehungen durch Deutschlands Erscheinen in dieser Versammlung ein Siegel gedrückt werden [Beifall]. Der Völkerbund nimmt es als erste Aufgabe auf sich ein europäisches System zu schaffen. Dieses europäische System wird niemals zustande kommen, solange unsere früheren Feinde nicht aufgehört haben unsere Feinde zu sein, solange sie nicht entschlossen sind in unserm System mitzuarbeiten. Ich hoffe, daß trotz den Schwierigkeiten und trotz technischen Dingen, die vielleicht noch im Weg stehen mögen, dies sogleich geschehen wird [Beifall]. Laßt uns eine neue Ära des Völkerbunds beginnen, wie ich hoffe, daß wir eine neue Ära Europas beginnen werden. Ich würde es begrüßen, meine Herren, wenn es möglich wäre, daß während der 3 oder 4 Wochen, während deren die Versammlung ihre Beratungen fortsetzen wird, diese Angelegenheit aufgenommen würde, nicht mit dem Gedanken sie zu verschieben sondern mit dem Gedanken sie jetzt zu regeln, ein für allemal.«

So MacDonald in Genf. Man weiß, daß die Regie des Foreign Office es vortrefflich versteht dafür zu sorgen, daß der Premierminister Dinge nicht weiß, die ihm bei einer bestimmten Aktion hinderlich sein könnten. So wußte in Genua Lloyd George absolut nichts von dem Rapallovertrag, obwohl dem Foreign Office nicht nur die Existenz sondern auch die Absicht der Veröffentlichung dieses Dokuments bekannt war. Und ebenso ist es wohl MacDonald, als er in Genf die Worte von dem »drohenden leeren Stuhl« sprach, unbekannt geblieben, daß man einige Wochen früher im Haus des englischen Völkerbundsvertreters sich so verhalten hatte, daß die deutschen Delegierten zur Londoner Konferenz in den Glauben versetzt worden waren, das bürgerliche England wünsche den leeren Stuhl in Genf noch recht lange leer zu sehen. So konnte MacDonald, der es persönlich ja selbstverständ-

lich ernst meint, Deutschland in den Völkerbund einladen, seine Rede über den »drohenden leeren Stuhl« halten, während das Foreign Office dafür gesorgt hatte, daß Deutschland die Neigung verging sich auf den leeren Stuhl zu setzen. Im übrigen ist es eine Politikern nicht unbekannte Sache, daß man eine Entwicklung, die nicht mehr aufzuhalten ist, am besten verlangsamten kann, wenn man als ihr eifriger Anhänger auftritt.

Das Mißverständnis von Henley ist in dem großen Geschehen unserer Tage gewiß nur ein Zwischenspiel, aber doch ein solches, von dem recht viel Licht auf die Haltung Englands der Bildung des europäischen Systems gegenüber fällt. England kann sich dem aufrichtigen Streben Frankreichs Deutschland zur Mitarbeit heranzuziehen, wodurch eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft entstünde, natürlich nicht offen widersetzen. Aber das Foreign Office tut, was in seiner Macht steht, um diesen Zeitpunkt hinauszuschieben, wobei es jedoch bestrebt ist nach außen den Eindruck zu erwecken, als ob das Frankreich Herriots und Painlevés die böse Kraft sei, die Deutschlands Zulassung zum Völkerbund zu verhindern suche. Das Memorandum des Foreign Office, das am 22. September, am Vorabend der ersten Sitzung des Reichskabinetts nach den Ferien, von Lord d'Abernon Stresemann überreicht wurde, war genau in diesem Sinn gehalten. Der englische Botschafter suchte zwar platonisch die Bedenken der deutschen Regierung gegen den Eintritt in den Völkerbund zu zerstreuen, erklärte aber gleichzeitig, daß die britische Regierung außerstande sei Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundrat zuzusichern, da nur der Völkerbund selbst einen neuen Ratssitz schaffen könne. Diese Erklärung dürfte denn auch, wie die Kölnische Zeitung, die diese Mitteilung brachte, bemerkte, auf den Eifer Deutschlands sich dem Völkerbund anzuschließen »wie eine kalte Dusche« gewirkt haben. Der Beschluß, den das Reichskabinet am Tag darauf gefaßt hat, zeigt, daß Deutschland, wie stets so auch diesmal, der englischen Weisung feinfühlig gefolgt ist.

WIE sieht nun das neue System Europas aus, das in Genf geschaffen werden soll, und das zu verzögern und unwirksam zu machen das Ziel des britischen Imperialismus ist? Was Frankreich und seine Verbündeten wollen, ist eindeutig und klar. Benesch, der in Genf als der Vertrauensmann des neuen Kontinentaleuropas sprach, das aus dem Zustand des Faustrechts hinauswill, verfolgt mit seinem Aktionsprogramm zur europäischen Friedenssicherung das Ziel den 300 Millionen Europäern einen auf Macht gestützten Dauerfrieden zu verschaffen. Die Anwendung bewaffneter Macht soll den 25 Staaten Kontinentaleuropas in Zukunft nur noch zur Abwehr eines militärischen Überfalls und zur gemeinsamen Überwältigung des Friedensbrechers gestattet sein. Was die Kennzeichnung des Friedensbruchs betrifft, so hat in Genf die These Frankreichs den Sieg davongetragen, daß als Angreifer und Friedensbrecher der Staat anzusehen ist, der das Schiedsgericht ablehnt oder während eines schwebenden Schiedsgerichtsverfahrens sich den Anordnungen des Völkerbundsrats nicht unterwirft. Diese Anordnungen sollen heimliche Rüstungen und Mobilisierung während des Schiedsgerichtsverfahrens verhindern. Unterwirft sich ein Staat dem gefällten Schiedsspruch nicht, so soll das verbündete Europa alle seine See-, Luft- und Landstreitkräfte zur Vollstreckung des Urteils einsetzen und den verbrecherischen Staat überwältigen, der natürlich alle Kosten der Exekution zu tragen hat.

Es muß betont werden, daß trotz der geschickten Regie des Foreign Office in Genf bei den Beratungen über die Friedenssicherung Europas der Gegensatz zwischen dem britischen Weltreich und Kontinentaleuropa scharf und klar in Erscheinung trat. Zunächst ließen die englischen Delegierten keinen Zweifel daran, daß die britische Flotte als Organ der kontinentaleuropäischen Friedenssicherung nicht in Frage käme. Überhaupt stand England dem Gedanken das Recht durch Macht zu stützen, weil Recht ohne Macht unwirksam und Macht ohne Recht tyrannisch sei, ablehnend gegenüber. Während Kontinentaleuropa einstweilen mit gutem Grund kein Vertrauen zu Anordnungen des Völkerbundsrats und zu Schiedssprüchen des vom Völkerbund eingesetzten Obersten Gerichtshofs hat, deren Anerkennung im Notfall nicht erzwungen werden kann, kämpfte England für Schiedsgerichtsbarkeit ohne Macht. In dem Bündnissystem mit Tschechien, Belgien, Jugoslawien, Rumänien und Polen, das Frankreich für die europäische Friedenssicherung als unentbehrlich ansieht, erblickt umgekehrt England eine schwere Gefährdung des Friedens. Den kleinen Nationen, die nach langem "geschichtslosen" Dasein zu neuem Leben und Wirken erstanden sind, und die sich jetzt um Frankreich scharen, rief MacDonald in Genf zu:

»Mit oder ohne Sicherheitspakt, ihr werdet bei dem nächsten europäischen Krieg das erste Opfer sein, ihr werdet auf alle Fälle zerstampft, zerschmettert werden. Ihr seid, wenn ihr auf eure Verträge baut, die Opfer einer ständigen und gefährlichen Illusion. Die Aufrichtung von Verteidigungsbündnissen ist leicht, aber sie zerstören den Frieden, anstatt ihn zu erhalten. Nehmt euch also ernstlich in acht vor Illusionen, die euch nur ins Unglück stürzen können. Der Völkerbund muß vorwärts gehen durch Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung, um der Welt den Respekt vor den Gesetzen und die Achtung vor der Moral beizubringen.«

Auf die englische Aufforderung an die kleinen Mächte das Bündnissystem unter sich und mit Frankreich aufzugeben, abzurüsten und auf den Sieg des Rechts ohne Macht im Völkerleben zu bauen antworteten Frankreichs Verbündete teils in Genf in der Völkerbundsversammlung teils in ihrer Presse: Wir geben unser Bündnissystem unter uns und mit Frankreich, das wir zum Schutz gegen den militaristischen Geist geschaffen haben, der bei unseren Gegnern noch überall lebendig, noch immer mächtig ist, nicht auf. Wir rüsten nur in dem Maß ab, als uns England und Amerika gegenüber unseren Gegnern die versprochene Sicherheit geben. Denn wer im Angesicht von Gegnern, die kein anderes Recht zulassen wollen als das Faustrecht, seine Waffen wegwirft, hilft damit nur der Gewalt, nur dem Unrecht. Das Protokoll des Entwurfs über das Schieds- und Sanktionsverfahren, dessen Inhalt mittlerweile von der 3. Kommission der Völkerbundsversammlung bekannt gegeben worden ist, zeigt uns, daß der Standpunkt Frankreichs und seiner Verbündeten festgehalten worden ist. Der Völkerbund setzt sich einen durch Macht gesicherten Frieden zum Ziel. Das Bündnissystem Frankreichs und der kleinen Staaten, das den Angriff des bolschewistischen Rußlands auf Polen abzuwehren und bisher Europa den Frieden zu sichern vermochte, bleibt bestehen. Seine See-, Luft- und Landstreitkräfte sollen aber in Zukunft nicht mehr für den Krieg eingesetzt werden sondern für den Frieden, zur Überwältigung des Friedensbrechers. Hier wird in der Tat ein neues System des Völkerrechts geschaffen, ein System, bei dem die Völker wirklich ihr Recht finden können, da dieses auf dem Grund eines organisierten Kontinents ruht, der eine innere Einheit darstellt, wodurch seinen Sprüchen materielle Gültigkeit verbürgt ist.

Deutschland steht nun vor der Frage, ob es sich dem neuen Rechtssystem Kontinentaleuropas aufrichtig, ehrlich eingliedern oder als Werkzeug des britischen Imperialismus dem Völkerbund beitreten will, um das neue Europa, das kommt, weil es kommen muß, in ihm zu bekämpfen. Nicht darauf kommt es jetzt an, *daß* Deutschland dem Völkerbund beitrifft, sondern *in welchem Geist* es sich ihm anschließt. Geschieht dies im Geist des vom britischen Imperialismus vertretenen Faustrechts, verhüllt durch Beschwörung der Moral und des Rechts, so ist durch seinen Beitritt für Europas Menschheit nichts gewonnen. Geschieht es aber im Geist Kants, der schon vor mehr als 100 Jahren Europas Völker aufforderte »aus dem gesetzlosen Zustand der Wilden herauszugehen und in einen Völkerbund einzutreten, wo jeder, auch der kleinste Staat seine Sicherheit und Rechte nicht von eigener Macht oder eigener rechtlicher Beurteilung sondern allein von diesem großen Völkerbund, von einer vereinigten Macht und von der Entscheidung nach Gesetzen des vereinigten Willens erwarten kann«, so wird es seinem und Europas Glück dienen. Die Vorgänge in Genf zeigen, daß Europas Völker aus dem Zustand des Faustrechts, in dem der britische Imperialismus sie unter Verweisung auf Recht ohne Macht festhalten möchte, herauswollen, daß sie es auch ablehnen England, das seine Flotte zur Beherrschung der Meere aufrechterhalten, aber die Kontinentalstaaten zu Lande und zur Luft abgerüstet sehen will, das Weltrichteramt zu überlassen, daß sie vielmehr im Begriff sind sich eine zwischenstaatliche Verfassung zu geben, die Recht an Stelle der Gewalt, Vernunft an Stelle nationalistischer Phantome setzt. Hier ist eine Vereinigung der Völker im Werden, die das nationale Selbstbestimmungsrecht, den unveräußerlichen Anspruch jeder Nation auf eigenes Kulturleben, durch die produktive Zusammenarbeit der Nationen sichert. Möge Deutschland das Gebot der Stunde erkennen und seine Hilfe dem Aufbau eines neuen Europas leihen, das unter dem Schutz eines durch Macht gesicherten Friedens neuen Menschheitszielen zustreben kann.

MAX SCHIPPEL · DER ACHTSTUDENTAG UND DAS WASHINGTONER ABKOMMEN

MIT einiger Wahrscheinlichkeit kann man nunmehr erwarten, daß sich in den am Washingtoner Abkommen von 1919 hauptbeteiligten Staaten allmählich wieder ein größeres Verständnis für die eigenartigen Schwierigkeiten anbahnt, in die Deutschland durch seinen erschreckenden wirtschaftlichen Kräfteverfall und durch seine (früher ganz unsicher schwankende und nunmehr in den Grundlagen vorläufig festgelegte) Reparationsmehrbelastung unaufhaltsam geraten ist. Da eine recht kurzzeitige deutsche Agitation auf dem besten Weg war das Gegenteil einer Verständigung und eines Interessenausgleiches zu fördern, so sei auf die bisherige Leidensgeschichte des Washingtoner Abkommens kurz eingegangen: zur Klarstellung eines bei uns und im Ausland viel zu wenig erörterten internationalen politischen Problems und vielleicht auch zur Verhütung weiterer Selbsttäuschungen und Mißgriffe, wie sie in der Vergangenheit zur Genüge vorgekommen sind.

Daß der Washingtoner Konventionsentwurf an sich nicht gerade übermäßig umsichtig und glücklich abgefaßt ist, bewies bereits das jahrelange Zögern *Englands* und der bis zur Gegenwart wiederholte entschiedene Protest einer

der größten englischen *Gewerkschaften*, nämlich der Eisenbahnarbeiter. Dabei hat England in jahrelangem schrittweis allmählichem Vorrücken und darum so gut wie unangreifbar die 8stündige Arbeitszeit auf den meisten Produktionsgebieten tatsächlich erreicht. Die britische Regierung hatte seinerzeit in den Artikel 427 des Versailler Vertrags den Achtstundentag erstmals hineingebracht. Auf der Vorarbeit des englischen, ganz unter Regierungseinfluß stehenden Organisationskomitees ruhte im wesentlichen der Washingtoner Beschluß von 1919. In Washington selber spielten die englischen Vertreter entsprechend die erste Geige in dem Ausschuß, der speziell die Achtstundenfrage durchberiet und hauptsächlich durch seinen Bericht die endgültigen formalen Entscheidungen der Konferenz herbeiführte. Tom Shaw, heute Arbeitsminister Großbritanniens, war 1919 in Washington der Vorsitzende der erwähnten Kommission. Jedermann erwartete deshalb, daß die erste Ratifizierung sofort von England ausgehen werde.

Aber nach 5 Jahren bereitet sich nunmehr die seit 3 Vierteljahren ihres Amts waltende Arbeiterregierung auf die Ratifizierung noch immer vor. Der Gesetzentwurf, der kürzlich dem Unterhaus als geplante englische Regelung des Achtstundentags zuing, weicht in nicht unwichtigen Einzelheiten recht weit von den Washingtoner Bestimmungen ab.¹ Zwischen 1919 und der Gegenwart liegt ferner ein Schreiben des britischen Arbeitsministeriums an das Londoner Gesamtministerium beziehungsweise an die Geschäftsleitung des Völkerbundes vom 22. Juli 1921, in dem die Nichtratifizierung näher begründet und die elastischere Ausgestaltung des Entwurfs durch eine neue Konferenz empfohlen wird: Eine Reihe englischer Gewerkschaften ziehe die (in der Washingtoner Konvention im allgemeinen ausgeschlossene) tarifvertraglich geregelte Überschreitung einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden vor, um dafür über den Sonnabendnachmittag und andere Wochenteile freier verfügen zu können. Aus ähnlichen und anderen Gründen sei vor allem die Übertragung des Washingtoner Wortlauts auf den transport of passengers and goods by rail für England nicht möglich; dies sei auch die Anschauung der an den Eisenbahntarifverträgen beteiligten Parteien. Zur Bekräftigung hat die große National Union of Railwaymen erst im letzten Juli wieder auf ihrem Jahreskongreß in York eine Ausnahmestellung für den weiten Bereich ihrer Organisation verlangt: was ohne Neufassung des Washingtoner Textes undenkbar scheint, da der § 1 ausdrücklich die »Beförderung von Personen und Gütern auf Straßen, Eisenbahnen, Binnengewässern oder zur See als Anwendungsgebiete einschließt. Die höchstens 1 Ausgleichsüberstunde täglich (§ 2 unter b) genügt den betroffenen englischen Organisationen nicht; sie wünschen die 48 Wochenstunden, die wohl den meisten englischen Tarifverträgen zugrunde liegen, beweglicher auf die einzelnen Tage verteilt als dies der Washingtoner Konventionsentwurf gestattet.

Schon diese mehr juristisch äußerlichen als sozialpolitisch tiefergehenden Fragen haben dem Genfer Bureau, das begreiflicherweise seinen Ehrgeiz darein setzt das einzige sozialpolitische Abkommen von grundlegendem Rang in den rettenden Hafen einlaufen zu sehen, jahrelang viele bittere Stunden und viel Arbeit bereitet. Genosse Albert Thomas, dessen Schmerzen jeder ernsthafte Sozialpolitiker ehrlich nachzufühlen vermag, wies hier-

¹) Im großen und ganzen ist hier der Beurteilung des englischen Gesetzentwurfs in der *Gewerkschaftszeitung* vom 13. September 1924, in dem Leitartikel Zur Ratifikation des Washingtoner Achtstundentagabkommens, zuzustimmen.

bei zunächst mit Vorliebe auf die Anwendung weitherziger *Interpretationen* als Ausweg aus den Verlegenheiten hin. Aber keine bloße Interpretation ist jemals imstande einen ganz klaren Wortlaut hinwegzudeuten. Andererseits befürchtete Thomas mit Recht, daß eine Neuberatung und Neuredaktion, die heute zweifellos unter ganz anderen Voraussetzungen und Stimmungen als 1919 erfolgen müßte, ein gefährliches und in seinen Ergebnissen recht unübersehbares Wagnis darstellen könnte. Jedoch Frankreich, Belgien, Italien, und wohl so gut wie alle wirklichen Industrieländer warteten ausnahmslos nach wie vor auf England.

Eine Zeit lang unterstützte man in Genf alsdann, um doch einigermaßen die vollkommene Stockung zu beseitigen, die *bedingte Ratifikation*. Diese wählten denn auch zuletzt Österreichs Nationalrat und Regierung: in nicht mehr überbietbarer Vorsicht »unter dem Vorbehalt, daß dieser Konventionsentwurf nur dann in Österreich in Kraft tritt, wenn er von den industriell hervorragendsten Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien) und von allen Österreich angrenzenden, mit ihm in wirtschaftlichen Beziehungen stehenden Staaten (Ungarn, Polen, Jugoslawien, Schweiz, Tschechoslowakei) ratifiziert sein wird«. Ist der Augenblick einer solchen Inkraftsetzung in Österreich künftig einmal da, so verspricht der Präsident der Österreichischen Republik allerdings schon heute, daß der Konventionsentwurf »loyal vollstreckt werden« wird²⁾. »Die Anzahl der Länder, auf deren Zustimmung Österreich wartet, um seine eigene Ratifikation endgültig werden zu lassen, ist uns ein wenig groß (un peu grand) erschienen«, heißt es daraufhin resigniert in dem letzten Genfer Jahresbericht Thomas', und aus anderen Genfer Äußerungen hört man es herausklingen, daß der Weg solcher »ratifications conditionelles« kaum zum Ziel führen könne sondern unter Umständen sogar zu einer allgemeinen Drückebergerei, wenn auch mit österreichischer Heldenpose.



ALLES dies rückte natürlich in den Hintergrund, als erst das Problem Deutschland schärfer umrissen sich heraushob. Der Eindruck der deutschen offen vorgebrachten Bedenken war um so schwererwiegend, als man unsere frühere umfassende und strenge Verwirklichung des Achtstundentags unumwunden, oft als geradezu vorbildlich zugestand.

Bezeichnend ist aber, daß Genosse Thomas und neben ihm noch eine ganze Reihe angesehenster ausländischer Vertreter anfangs *durchaus bereit waren anzuerkennen*, daß die Reparationserfüllung und Reparationsmehrbelastung Deutschland zu einer *Sonderstellung* berechtige. Nur fügte man gewöhnlich, und meines Erachtens nicht ohne triftige Gründe, hinzu: diese Sonderstellung solle nicht einseitig selbstgewählt sein, sondern sie wäre, wenn möglich, zwischen den Beteiligten gegenseitig zu beraten und zu vereinbaren. Erst eine ganz irrümliche und unangebrachte Auslegung und Einschätzung des Dawesgutachtens, die befremdenderweise auch der deutschen Arbeiterklasse aufzureden versucht wurde, erzeugte hier einen ganz unvermittelten Umschwung, dem sich leider Albert Thomas selber schließlich nicht zu entziehen verstand.

²⁾ Siehe den amtlichen französischen Text der *österreichischen Erklärung*, mitgeteilt im Bulletin Officiel des Internationalen Arbeitsamts vom 15. Juli 1924.

Noch in der 21. Verwaltungsratssitzung am Beginn dieses Jahres war die ausländische Bereitwilligkeit zu verständnisvollem weitgehendem Entgegenkommen auf den verschiedensten Seiten unverkennbar. Ich übersetze wortgetreu aus dem offiziellen französischen Protokoll:

PINOT (Arbeitgebervertreter Frankreichs): »Solange die Frage der Reparationen nicht geregelt ist, steht der wirtschaftliche und soziale Friede Europas in Gefahr. Doch nach den jüngsten Erklärungen autorisierter Personen ist Deutschland nunmehr willens seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen, und gerade um diese Verpflichtungen zu erfüllen, muß es eine Verlängerung der Arbeitszeit ins Auge fassen. Kann unter solchen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt Deutschland untersagen jene Mehrarbeit auf sich zu nehmen, die der Abtragung seiner Schuld entspricht (peut-il, dans ces conditions, interdire à l'Allemagne d'accomplir le supplément de labeur qui correspondra au paiement de sa dette)? Bei aller Aufrechterhaltung des Prinzips der Konvention ist es nicht geboten zuweilen außerordentliche Umstände zu berücksichtigen, die gewisse Abschwächungen des Prinzips verlangen, um des hohen Zwecks der Wiedergewinnung des Weltfriedens willen? Deutschland sagt nicht, daß es für einen unbegrenzten Zeitraum den 10-stündigen Arbeitstag einführen wolle. Wenn es dies wollte, so wäre ich der erste dagegen zu protestieren. Aber wenn es, nach seinen Zusicherungen, eine Ehrenschild begleichen will und zu diesem Zweck um eine gewisse Mehrarbeit nicht herumkommt, so darf man Deutschland daran nicht hindern.«

MAHAM (Regierungsvertreter Belgiens): »Die belgische Regierung gehört zu jenen, die, ohne die Konvention bisher zu ratifizieren, ihren Inhalt durch Gesetzesbestimmungen verwirklicht haben ... Aber die belgische Regierung kann das Mittel nicht zurückweisen, das Deutschland als untrennbar von den Reparationsleistungen bezeichnet, weil das ganze finanzielle und wirtschaftliche Dasein Belgiens von diesen Leistungen abhängt. Ich kann deshalb nicht umhin als Eventualität für eine gewisse Zeit die Nichtratifikation seitens Deutschlands ins Auge zu fassen.«

ALBERT THOMAS (nach einleitenden Worten: daß die Bereiterklärung der deutschen Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitervertreter zur Reparationserfüllung »für den Wirtschaftsfrieden von grundlegendem Wert« sei): »Die deutschen Arbeiter haben selber im Verlauf der Verhandlungen erklärt, daß sie den zur Leistung der Reparationen notwendigen Überstunden zustimmten (qu'ils accepteraient de fournir les heures supplémentaires nécessaires pour le paiement des réparations) ... Aber ohne hierauf bezügliche internationale Abmachung oder Verständigung, wo wäre die Sicherung, daß das von den deutschen Arbeitern um der Reparationen willen übernommene Opfer (le sacrifice consenti par les ouvriers allemands pour les réparations) nicht umsonst gebracht wird? Wäre es denkbar, daß nach Verlängerung der Arbeitszeit die Reparationen doch nicht geleistet würden? ... Um eine nach seiner Meinung wirksame Voraussetzung für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu finden, hätte sich Deutschland zweifellos auf den Artikel 14 der Washingtoner Konvention berufen können, nach dem [Arbeitszeit-] Bestimmungen hinfällig werden können »beim Eintritt von Krieg oder von Ereignissen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit bilden.«

Auf diesen Ausweg: Sonderstellung Deutschlands (innerhalb, nicht außerhalb der Washingtoner Konvention) durch gemeinsame interpretatorische Erklärung der beteiligten oder doch der hauptbeteiligten Staaten hat Thomas lange Zeit mit Vorliebe hingewiesen. Ich habe früher an dieser Stelle schon betont, warum ich die Aus- und Umdeutung des Artikels 14 für einen ungangbaren Weg halte, jedoch andererseits die zeitweilige Differenzierung Deutschlands auf Grund einer internationalen Verständigung für erstrebenswert ansehe.³ Hätte Deutschland hier in jener andersgestimmten Zeit zugegriffen oder doch zu rechter Zeit eine Ergänzung der Washingtoner Beschlüsse für den Fall einer allgemeinen Reparationsverständigung vorbereitet, so wären ihm vielleicht manche der bis heute bestehenden Schwierigkeiten erspart geblieben.

3) Siehe *Schippe! Dawesgutachten und internationale Arbeitsgesetzgebung*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 417 ff.

DEN Anlaß oder, wie man bei einigen Ländern ruhig sagen kann: den Vorwand zu der unleughbaren Schwenkung der Auslandsstaaten boten, wie gesagt die Dawesgutachten. Diese sollten in ihren Vorschlägen und schließlichen Wirkungen mit einemmal weiter nichts erstreben und erzielen als ein endliches Nachrücken Deutschlands auf die Stufe der ausländischen Finanz- und Wirtschaftsleistungen, eine vorsorgliche Verhinderung, daß der Besiegte glimpflicher über die nächsten Jahrzehnte hinwegkomme als die Siegerstaaten.

Selbst wenn sich eine dem Sinn nach ähnliche Äußerung in das Dawesgutachten verlaufen hätte¹, wäre es seitens Dritter geschmacklos, frivol und grausam zugleich sich darauf bei der Regelung weiterer internationaler Pflichten Deutschlands zu berufen. Daß man aber selbst deutscherseits auf diesem Steckenpferdchen herumritt, geschah wohl nur, um von neuem zur Beruhigung Dritter zu offenbaren, welch ein harmlos unpolitisches Völkchen, selbst in Situationen von furchtbarstem tragischen Ernst immer zu heiteren Schildbürgerstreichen aufgelegt, wir geblieben sind. Doch wie das letzte Mal hier dargelegt wurde: Es steht gar nichts von dieser allseitigen internationalen Gleichheit, von dieser Zurückweisung jeder ungünstigern Sonderstellung und Sonderbelastung Deutschlands in dem Dawesbericht. Und wenn ein oder zwei Sätze dennoch so ausgelegt werden könnten, so möge man zur zutreffenden Wertung solcher angeblichen Trost- und Erbauungsworte nicht vergessen, daß diese Sätze nur wiederholen würden, was der Versailler Vertrag selber ausdrücklich als Grundlage der uns auferlegten wirtschaftlichen Friedensbedingungen hinstellte: die Schaffung einer Gleichbelastung zwischen Siegern und Besiegten, und daß dabei gar noch dem Reparationsausschuß die Aufgabe zugewiesen wurde »Gewißheit darüber zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen vollkommen eben so schwer ist wie dasjenige einer der im Ausschuß vertretenen Mächte«.

Verständlich sind solche beschönigenden Verkleidungen durchaus, im Versailler Vertrag und gegebenenfalls im Sachverständigenbericht. Aber zu leidenschaftlich verfochtenen Glaubenssätzen des deutschen Radikalismus brauchen sie darum noch nicht erhoben zu werden, schon deswegen nicht, weil wir dadurch bereits im voraus jeder Begründung einer spätern Vertragsmilderung den Boden entzögen. Lassen wir diese blindeifernden Übertreibungen des Erfüllungswillens (der dafür in der Sache selbst um so ehrlicher und ernster sein kann) ruhig fallen, knüpfen wir wieder an die oben geschilderten zutreffenderen Anschauungen der vorangegangenen Periode an, und bringen wir diese Anschauungen bei den Vertretern des Auslands wieder zu der Anerkennung, die früher fast unbestritten war, und die gerade Albert Thomas auszeichnete, also die Persönlichkeit, von deren Tätigkeit bei jeder weitem Fühlungnahme und Entscheidung so viel abhängt.

Auch über die zeitweilige Sonderstellung Deutschlands in der Internationalen Arbeitsorganisation wird man so am ehesten zu der sozialpolitisch wünschenswerten und außenpolitisch bedeutungsvollen Verständigung gelangen können: gleichviel, ob durch gemeinsam anerkannte Interpretation (etwa des Artikels 14, wie Thomas vorschlug) oder, wie es allein folgerichtig scheint, durch gemeinsame Zusatzerklärung, wie sie bei internationalen, besonders handelspolitischen Verträgen schon häufig zur Anwendung gelangte.

1) Siehe darüber Schippel, am erwähnten Ort Seite 418 f.

ERNST NIEKISCH · WANDLUNGEN DER GEWERKSCHAFTSPOLITIK



UCH die Gewerkschaften genießen nicht das Vorrecht ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik im leeren Raum nach selbstherrlichen, aus Wünschen und Erkenntnissen heraus geborenen Ideen treiben zu können. Sie stehen in mannigfachen Abhängigkeiten; nicht immer entgehen sie der Zwangslage sich das Gesetz ihres Handelns diktieren lassen zu müssen. Mit den Gegebenheiten ihres eigentlichen Wesens sind zugleich Grenzen ihres Könnens gesetzt; ihre Stellungnahme zu den großen brennenden Fragen des öffentlichen Lebens ist häufig genug dadurch bestimmt, daß sie sind, was sie sind.

Die Gewerkschaften sind die Organisationen, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsordnung den Anspruch des Arbeiters auf ein menschenwürdiges Dasein zur Geltung bringen wollen. Menschenwürdiges Dasein lautet konkret: ausreichende Löhne, begrenzte Arbeitszeit, Schutz vor Unfallgefahren, Versorgung im Fall der Erwerbslosigkeit, der Arbeitsunfähigkeit, des Alters, Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Nur solange der Arbeiter das Gefühl hat, daß seine Gewerkschaft ihre Aufgaben löst, seinen Erwartungen Genüge leistet, bleibt er ihr treu. Die Gewerkschaften sind keine Zwangsorganisationen; sie beruhen auf der freiwilligen Zugehörigkeit ihrer Mitglieder. Sie müssen vor ihren Angehörigen ihre Existenzberechtigung durch ihre Leistungen gewissermaßen täglich erweisen. So sind die Gewerkschaften in ihrer Zielsetzung und in ihrer Taktik stets gebunden; sie haben dauernd die Meinung der Arbeiterschaft im Auge zu behalten; sie haben damit zu rechnen, welchen Eindruck, welche Wirkung eine Maßnahme, eine Unterlassung hervorbringt. Es gibt eine Linie, die sie nicht überschreiten dürfen, ohne sich der Gefahr auszusetzen das Vertrauen der Arbeiter zu verlieren und damit sich selbst in einen Prozeß der Selbstauflösung zu stürzen. Wollten sie irgendeine bessere Erkenntnis sogleich rein und kompromißlos in die Praxis überführen, so wäre wohl die Folge, daß sie, ohne daß die gute Absicht gelänge, schwere Krisen über sich heraufbeschwören. Sie hätten sich, indem sie sich schwächten, am Ende selbst um die Möglichkeit gebracht allmählich und auf Umwegen je noch zur Verwirklichung dieser bessern Erkenntnis etwas Entscheidendes beitragen zu können. Die Gewerkschaften könnten sich freilich auch versucht fühlen sich den, ohne Augen für das Mögliche, aus inneren Spannungen, seelischer und leiblicher Not, unbeherrschten Instinkten und blinden Trieben hervorbrechenden Forderungen der Arbeiterschaft hinzugeben. Allerdings wäre dann eine stetige, einheitliche gewerkschaftspolitische Linie nicht festzuhalten; die Gewerkschaften wären dazu verurteilt worden sich den nach jäh wechselnden Stimmungen der Masse zickzackkursgemäß sich immer ändernden und sich wohl auch widersprechenden Zielen zuzuwenden zu müssen. Sie wären so zum Spielball der Massenleidenschaften geworden. Zerrüttung wäre ihr unvermeidliches Schicksal gewesen. Die Schwierigkeit der gewerkschaftlichen Politik lag unter diesen Umständen darin: daß sie die tiefe Einsicht in die Dinge nie aus dem Auge verlieren, bei ihrer Tagesarbeit aber behutsam und umschweifend verfahren mußte, sobald die bessere Erkenntnis den Massenleidenschaften in dem Grad widersprach, daß sich die Opposition als Element unbedingter Zerstörung hätte auswirken müssen.

Die Triebkräfte, denen die Gewerkschaften ihr Leben verdanken, und durch die sie noch immer erhalten werden, weisen sie auf das Gebiet der *Sozialpolitik* hin. In der Zeit bis 1914 machte sich, vom Standpunkt der Gewerkschaften aus gesehen, das Wirtschaftliche ganz von selbst; die wirtschaftliche Entwicklung bewegte sich ohne besonderes Zutun der Gewerkschaften mit anhaltender Beständigkeit aufwärts. Die gewerkschaftliche Arbeit erschöpfte sich demnach im großen und ganzen darin der Arbeiterschaft einen entsprechenden Anteil am zunehmenden volkswirtschaftlichen Ertrag zu erkämpfen. Die Sozialpolitik erzielte Erfolge, weil die allgemeine deutsche Wirtschaft in ununterbrochenem Aufstieg verharrte. Nun freilich war der Kriegsausgang auch für den Inhalt der gewerkschaftlichen Tätigkeit von weittragenden Folgen; auch die gewerkschaftliche Tätigkeit wurde aus ihren üblichen Geleisen geworfen. Die Sozialpolitik, die als etwas fraglos Selbstverständliches galt, solange der wirtschaftliche Aufschwung als etwas einfach Natürliches hingenommen worden war, fing an problematisch zu werden. Inwieweit ist Sozialpolitik, so forschte man zuerst zögernd, dann immer bestimmter, in diesem besiegten, aus tausend Wunden blutenden, mit unsagbarem Druck belasteten und langsam verkümmerten Deutschland überhaupt noch möglich?

Sicherlich war 1918 die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, wie vom deutschen Volk überhaupt, so auch von den Gewerkschaften mißverstanden worden. Man erkannte nicht sogleich die Schwere der Niederlage, man täuschte sich über ihre Folgen. Man belog sich (sprach zum Beispiel vom unbesiegten Heer), gab sich trügerischen Hoffnungen hin und wähte am Anbruch einer neuen Zeit des Friedens, der Freiheit, des Fortschritts zu stehen. Förmlich berauscht glaubte man sich zu allen denkbaren sozialen Neuerungen befähigt und berechtigt. So kam der Achtstundentag, so kamen die übrigen "sozialen Errungenschaften" des Novembers 1918. Als nun aber auf Grund zahlloser politischer und wirtschaftlicher Enttäuschungen und Mißerfolge das deutsche Volk schließlich doch zu einer gewissen Empfindung seines wahren Zustands gelangte, trat auf einmal ins Bewußtsein, daß die Voraussetzung einer leistungsfähigen Sozialpolitik eine blühende Wirtschaft sei. Die Gewerkschaften konnten an der *Wirtschaftspolitik* nicht mehr in dem Maß vorübergehen, wie es vor 1914 geschehen war. Sie wurden zu einer Neueinstellung gezwungen, die nicht immer ganz leicht fiel.

Daß das Verständnis für das Gewicht wirtschaftlicher Tatsachen auch vorher nicht völlig gefehlt hatte, ergibt sich aus dem Brief des von den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden eingesetzten Zentralausschusses vom 15. November 1918, der die Unterschrift Carl Legiens trägt. In dem Brief heißt es: »Die Verbände sind sich darüber einig, daß die Vereinbarung [über die Arbeitszeit] nur dann dauernd durchgeführt werden kann, wenn der Achtstundentag für alle Kulturländer durch internationale Vereinbarungen festgesetzt wird.« In dem Verhältnis von sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen vollzog sich jetzt auch für das gewerkschaftliche Bewußtsein eine Wert- und Gewichtsverschiebung. Die Gewerkschaften, die sich nahezu ausschließlich in der Lösung sozialpolitischer Aufgaben verbraucht hatten, wurden jetzt nicht nur die wirtschaftlichen Aufgaben gewahrt sondern verspürten aus der Sachlage heraus den Zwang diesen wirtschaftlichen Aufgaben den Vorrang vor den sozialpolitischen einzuräumen. Sie sollten

anerkennen, daß sie auf zahlreiche soziale Forderungen Verzicht zu leisten hätten, weil sich die wirtschaftliche Lage ungünstig gewandelt hatte. Ihr bisheriger Daseinszweck war plötzlich ins Relative hinabgesunken; die Zweckmäßigkeit ihrer ehemals wichtigsten Obliegenheiten war mit einemmal höchst zweifelhaft geworden. Es ist eine unvergleichliche Leistung der deutschen Gewerkschaften gewesen, daß sie diese Umstellung überstanden, ohne sich selbst zu verlieren und in den Zustand schwankender Unsicherheit zu verfallen. Daß die Tradition, die Gewohnheit der Vergangenheit, nicht nur in zahlreichen Mitgliedern sondern auch in vielen kleinen Funktionären und Angestellten rebellierte, war begreiflich; daß diese Rebellion besänftigt und zur Ruhe gebracht wurde, war verdienstlich.

Der schwere Konflikt zwischen sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Einstellung, in den die Gewerkschaften gestürzt wurden, fand eine schmerzliche und wohl auch symbolhaft wirkende Zuspitzung in dem wechselvollen Ringen um die Geltung des Achtstundentags.

Der Achtstundentag ist sowohl eine sozialpolitische wie eine wirtschaftspolitische Angelegenheit. Die Gewerkschaften waren gewohnt nur die soziale Seite zu sehen: die Gewährleistung von Muße für den Arbeiter zu freier geistiger und leiblicher Betätigung, die Möglichkeit aufatmen, sich selbst finden, auch der Familie leben, zu einem edlen Genuß des Daseins gelangen zu können. Durch den Druck der Situation wurde nun die wirtschaftliche Bedeutung des Achtstundentags unaufhaltsam in den Vordergrund geschoben. Die Gewerkschaften empfanden je länger desto stärker die Nötigung sich bei ihrer Stellungnahme zum Achtstundentag mehr von wirtschaftlichen als von sozialen Gesichtspunkten bestimmen zu lassen. Da waren übliche Wertschätzungen beiseite zu werfen, liebgewordene Gedankengänge hinzupfropfen, da mußte man sich sogar giftigen Mißverständnissen aussetzen. Die Anerkennung des gegenwärtigen Übergewichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Achtstundentags über seine soziale Bedeutung erheischte von den Gewerkschaften Verzichtleistung, schloß für sie Zurückstellung programmatischer Forderungen ein. Es lag in der Natur der Dinge, daß sie, indem sie sich dazu entschlossen, das Gefühl hatten große Opfer zu bringen. Den Mitgliedern, denen der umfassende Überblick über das Wesen der deutschen Verhältnisse fehlte, erschien die Stellungsänderung ihrer Verbände unbegründet; weil sie die mächtig wirkenden Ursachen nicht sahen, sprachen sie nicht allein von unfaßbaren Opfern sondern sogar von empörendem Verrat. Die Umstellung der Gewerkschaften nahm sich, von außen her betrachtet, in der Tat wie eine Annäherung an den Unternehmerstandpunkt, also wie eine gewerkschaftliche Niederlage aus.

Die Lage der Gewerkschaften wurde noch durch das unmittelbare Verhalten des Unternehmertums ungemein erschwert. Wenn die Gewerkschaften aus altgewohnten Gleisen herausgingen, so, weil sie der besondern Notlage unseres Reiches und Volkes Rechnung tragen wollten. Nur mit dem Hinweis auf diese Notlage konnten sie mehr oder weniger wirksam den Widerstand ihrer Mitglieder überwinden, deren Erregung beschwichtigen. Vor den Augen der Öffentlichkeit aber spielte sich die Drückebergerei der Kapitalisten ab. Schon während des Krieges, als die Arbeiterschaft hungerte, darbt, in den Schützengraben verkam, hatte man die sich bereichernden "Kriegsgewinner" gesehen. Nachher wurde zwar der eiserne Zugriff der Erzbergerschen

Steuerreform lärmend angepriesen; nichtsdestoweniger lief sie doch schließlich nur auf den Steuerabzug hinaus, der fast allein die Arbeiter und die Angestellten traf. Zu der versprochenen Wegsteuerung hoher Vermögen und Einkommen wurden nie Anstalten getroffen. Die Kapitalbesitzer zahlten keine Steuern, spekulierten, statt zu kalkulieren, die Erfüllungspolitik wurde sabotiert, die Inflation unbewußt und bewußt gefördert. Die Unternehmerklasse verwandte nur geringe Sorgfalt auf die technische Weiterentwicklung unserer Industrie, sah mehr auf Gewinne aus Valutadumping. Mußte da die Arbeiterklasse nicht von tiefem Mißtrauen, von grimmiger Erbitterung ergriffen werden? Mußte sich diese Erbitterung nicht aufs höchste steigern, wenn in manchen Unternehmerkreisen der Achtstundentag und *nur* der Achtstundentag als Quelle aller deutschen Übel bezeichnet wurde? Es mußte aufreizen, wenn in einer Schrift der Arbeitgeberverbände zu lesen war: »An die Spitze unserer Forderungen zur Produktionssteigerung haben wir deshalb den Satz zu stellen, daß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden muß die durch Arbeitszeitverlängerung und intensivere Arbeit offensichtlich mögliche Produktionssteigerung von der Vorerfüllung der beiden anderen Voraussetzungen [restlose Ausnutzung der technischen Fortschritte und organisatorische Verbesserung unserer Wirtschaft] abhängig zu machen.« Darin mußte man das Bestreben des Unternehmers sehen nur Pflichten des Arbeiters zu betonen, nicht aber an eigene Verpflichtungen gemahnt werden zu wollen. Wenn die Gewerkschaften an das Verantwortungsbewußtsein, an die Opferwilligkeit, an die Einsicht der Arbeiterklasse appellierten, dann konnte diese sich taub stellen unter Hinweis auf den kurzfristigen Eigennutz des Unternehmertums. Es ist eine verständliche Eigentümlichkeit des menschlichen Geistes zu glauben, daß man zur Mißachtung unangenehmer Pflichten berechtigt sei, sobald ein anderer oder gar Mächtiger erkennen läßt, daß er selbst sich nicht etwa gebunden fühlt.

Die Gewerkschaften haben, sich in die Notwendigkeiten der Zeit schickend, in der Frage des Achtstundentags die soziale Betrachtungs- und Wertungsweise zugunsten der wirtschaftlichen zurücktreten lassen, sie haben es, mit starkem Mut zur Wahrheit, ihren Traditionen und den Stimmungen der Massen zum Trotz getan. Daß die Umstellung in der Form eines allmählich sich vollziehenden Prozesses geschah, darf nicht wundernehmen; was in der gedanklichen Arbeit am Schreibtisch vernünftig, einfach, leicht, selbstverständlich erscheint, läßt sich in der Wirklichkeit, wo jede Kraft auf Gegenkräfte prallt, nur mit zäher Ausdauer und unermüdlicher Geduld durchsetzen. Eine gewisse zögernde Taktik war für die Gewerkschaften dabei freilich auch schon deshalb geboten, weil sie Anlaß hatten Vorsicht zu üben. Das Unternehmertum verfocht gewiß bei seinen Angriffen auf den schematischen Achtstundentag auch wirtschaftliche Notwendigkeiten, aber es beschränkte sich nicht darauf. Es schützte gleichzeitig wirtschaftliche Notwendigkeiten vor, um Ziele zu erreichen, die durch die Rücksicht auf die allgemeinen Lebensinteressen des Volkes nicht erforderlich waren sondern ihrer innern Natur nach dahin wirkten mit der Arbeiterschaft reinen Tisch zu machen, sie um begründete Ansprüche zu bringen. Das gewerkschaftliche Zugeständnis an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten lief dauernd Gefahr in eine katastrophale Unterwerfung unter den Machtwillen der Arbeitgeber auszuarten. Es besteht auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein bestimmtes Maß sozialer Fürsorge, das von unserer Wirtschaft ohne schädliche

Folgen getragen werden kann. Die Gewerkschaften sind berufen es zu erhalten und zu sichern. Es liegt ihnen ob genau den sozialpolitischen Punkt zu finden, der den sozialen Forderungen der Arbeiterklasse noch gerechtfertigten Spielraum gewährt, den Geboten der reparations- und wirtschaftspolitischen Sachlage aber noch angemessene Rücksicht angedeihen läßt. Wichen die Gewerkschaften hinter diesen Punkt zurück, dann ließen sie Stellungen im Stich, deren Behauptung zu verlangen die Arbeiterklasse aus sachlichen Gründen befugt ist.

Was sich in der Sache des Achtstundentags abgespielt hat, ist nur ein Ausschnitt aus einem großen, tiefgreifenden Umstellungsprozeß, in den die Gewerkschaften seit 1914 hineingeraten sind.

Als wir nach unserer Niederlage in den Zustand politischer Ohnmacht gestürzt worden waren, wurden in zunehmendem Maß die Zusammenhänge im Gesamtorganismus staatlichen Daseins bloßgelegt. Es enthüllte sich, wie jede politische, soziale und wirtschaftliche Erscheinung ihre Lebenskraft aus dem Ganzen saugt und unentrinnbar in das Schicksal des Ganzen hineinverflochten ist. Als das deutlich wurde, begann die Sozialdemokratie "umzulernen". Ihre unbedingte und unentwegte Oppositionshaltung vor 1914 hatte zur Voraussetzung gehabt, daß die Sicherheit der deutschen Weltmachtexistenz sich gewissermaßen von selbst verstand; ihre Proteste, Widerstände, prinzipiellen Negationen berührten nicht die Wurzeln des staatlichen Daseins sondern banden nur einen Bruchteil des politischen Kraftüberschusses, der dem Reich damals noch innewohnte. Nachdem aber von 1918 ab bei jeder größeren politischen Entscheidung zugleich auch immer förmlich die Frage von Sein oder Nichtsein des Reiches mitaufgeworfen wurde, zehrte jede unversöhnliche und unbedingte Opposition unmittelbar an den sehr kärglichen und kümmerlichen Lebens- und inneren Zusammenhaltskräften, die dem Reich noch verblieben waren. Die sozialdemokratische Oppositionspolitik von ehemals war ein Symptom lebendiger Kraft gewesen; nunmehr aber mußte sich eine ähnlich entschiedene und verbissene Opposition als tödliche, zur Auszehrung führende Krankheit auswirken. Aus dem Gefühl für diese Änderung der Dinge heraus wandelte sich die Sozialdemokratie zur staats-erhaltenden Partei. Eine ähnliche Wandlung vollzieht sich an den Gewerkschaften. Sie hatten sich früher ausschließlich auf die Wahrung der sozialen und wirtschaftlichen Arbeiterinteressen konzentriert; mit zäher Einseitigkeit, die für die Bedingtheit auch dieser Gegenstände keinen Blick hatte, verfolgten sie ihre Ziele. Diese Konzentration und Vereinseitigung war möglich auf der Grundlage allgemein gesicherter und blühender Verhältnisse. Nun aber, da alle Grundlagen unseres staatlichen und wirtschaftlichen Daseins fragwürdig geworden sind, stehen auch die Gewerkschaften unter dem innerlich nötigen Zwang sich für das Schicksal des Ganzen verantwortlich zu fühlen.

Damit hat sich der Pflichtenkreis der Gewerkschaften erweitert. Sie wachsen über die Vertretung begrenzter Klasseninteressen hinaus und werden zum Sachverwalter des gesamten Volksschicksals; sie wenden sich, über die besonderen Arbeiterfragen hinausgreifend, den Voraussetzungen zu, durch die im Grund das Dasein des Arbeiters bestimmt und gestaltet wird. Die Gewerkschaftsbewegung erweitert sich auf diese Weise zu einer breitausholenden Bewegung, die alle Angelegenheiten des Staates und der Wirtschaft in ihren Aufgabenbereich einbezieht.



FRITZ BAADÉ · WAS HAT SICH IN DER LAGE DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT GEÄNDERT?

MITTE Februar wurde hier der letzte Bericht über die deutsche Landwirtschaft gegeben.¹ Von den Ereignissen der 7½ Monate, die seitdem verfließen sind, ist vor allen Dingen eine Tatsache zu erwähnen, die wir kaum noch bemerken, und die doch von der allergrößten Bedeutung ist: Die Währung ist stabil geblieben. Während man noch im Februar kaum den Mut hatte an das dauernde Gelingen des Rentenmarkexperimentes zu glauben, rechnet man jetzt mit der stabilen Währung wie mit einer Selbstverständlichkeit. Entscheidend war bei dieser Entwicklung, daß die Reichsbank sich im März zu rigorosen Kreditbeschränkungen entschloß und damit die Stabilisierungskrisis, das heißt den Abbau überhöhter und mit der Währungslage nicht zu vereinbarender Preise, einleitete.

Für die Landwirtschaft war diese Entwicklung im allgemeinen nicht ungünstig, da die Preise ihrer Produkte, bis auf die Viehpreise, bereits vorher den tiefsten Stand erreicht hatten, die Preissenkung sich nunmehr aber auf ihre Produktionsmittel auszudehnen begann. Die wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel hatten seit Februar folgende Preisentwicklung:

Produktionsmittel	Preis für 1 Kilogramm ° (in Mark)		
	1913	Februar 1924	Juli 1924
Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak	1,30	1,15	1,03
Phosphorsäure im Superphosphat	0,36	0,59	0,46
Phosphorsäure im Thomasmehl	0,25	0,38	0,27
Kali im 40prozentigen Kalidüngesalz	0,163	0,175	0,175

Kleinere Maschinen und Geräte, die im Februar noch das Doppelte des Vorkriegspreises gekostet hatten (wenn 1913 100, so Februar 1924 197), sanken bis April auf 140 % des Vorkriegspreises und sind seither noch weiter gesunken. Die Preise der importierten Kraftfuttermittel sind von Einzelschwankungen abgesehen etwa gleich geblieben.

Von den landwirtschaftlichen Produkten hat das Getreide die wichtigste Preisentwicklung durchgemacht. Mitte Februar standen Roggen und Weizen fast genau um den Betrag des frühern Schutzzolls unter den Vorkriegspreisen; Roggen war damals mit 120 Mark, Weizen mit 145 Mark notiert. Diese Preissenkung stellte aber nicht so sehr eine Folge des Wegfalls der Schutzzölle dar als vielmehr eine Folge des Ausfuhrverbots, denn die Weltmarktpreise standen erheblich über den deutschen Preisen. Mit der Aufhebung des Ausfuhrverbots im Juni 1924 stiegen die Getreidepreise beträchtlich und haben diesen Stand beibehalten. Roggen kostet zurzeit etwa 150 Mark, Weizen etwa 200 Mark für 1000 Kilogramm. Diese Wirkung ist allerdings nicht nur der Aufhebung des Ausfuhrverbots zuzuschreiben sondern auch einer gleichzeitigen Steigerung der Weltmarktpreise. Es ist überhaupt nicht unwahrscheinlich, daß die Getreidepreise auf dem Weltmarkt ihren tiefsten Stand überwunden haben. Das Zusammentreffen einer glänzenden Welternte wie die von 1923 mit einer im Verhältnis zum zahlungsfähigen

¹) Siehe Baadé Die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirtschaft, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 81 ff.

Bedarf zu weit ausgedehnten Anbaufläche dürfte sich so bald nicht wiederholen. Die Viehpreise, die im Februar etwa so hoch waren wie vor dem Krieg, sanken in den folgenden Monaten bis auf 80 % der Preise von 1913, um sich dann wieder zu heben. Zurzeit stehen die Erzeugerpreise für Schweine auf etwa 120 % der Vorkriegspreise. Eine Überraschung bot die Preisentwicklung für Molkereiprodukte und Eier, deren Preise im Februar am höchsten über den Vorkriegspreisen standen, und von denen man demgemäß annehmen mußte, daß mit fortschreitender Jahreszeit und wachsendem Angebot die Preise fallen würden. Das ist aber nur ganz vorübergehend geschehen; diese Preise stehen noch heute 30 bis 70 % über den Vorkriegspreisen und scheinen diesen Stand noch weiter behaupten zu wollen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß zum Beispiel Butter auch in London doppelt so viel kostet wie vor dem Krieg.

Aus diesen Preisverhältnissen läßt sich eine Reihe wichtiger Schlüsse ziehen. Die Gegenüberstellung der relativ niedrigen Getreidepreise mit den hohen Preisen für tierische Erzeugnisse zeigt zunächst, daß die ziemlich gedankenlos aufgestellte und noch gedankenloser nachgesprochene Erklärung für die niedrigen Getreidepreise, nämlich die "Verelendung der breiten Massen" und das Sinken ihrer Kaufkraft, irreführend ist. Obgleich die allgemeine Verarmung im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht zu bezweifeln ist, hat der Zusammenbruch der Inflation und die Stabilisierung im Vergleich zu den Jahren 1922 bis 1923 nicht eine Senkung der Massenkaukraft sondern eine kräftige Steigerung gebracht. Demgemäß sind nicht die einfachsten Lebensmittel (Getreide) am stärksten im Preis gestiegen, wie es bei allgemeinem Übergang zu primitiverer und mehr vegetabilischer Kost hätte der Fall sein müssen, sondern gerade die hochwertigen Qualitätserzeugnisse. Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch bei der Entwicklung der Nachfrage nach den verschiedenen Fleischsorten. Während Schweinekotelettes kaum in der geforderten Menge zu beschaffen sind, ist fettes Bauchfleisch oft nur mit Mühe abzusetzen. Daß die Getreidepreise in Deutschland bis zur Freigabe der Ausfuhr so erheblich unter den Weltmarktpreisen standen, läßt sich nur für die Zeit unmittelbar nach der Ernte aus der Kapitalknappheit des Handels erklären. Denn nur in dieser Zeit sind in einem Land, dessen Getreideproduktion für den Inlandsbedarf nicht ausreicht, die Mengen, die die Landwirtschaft verkaufen muß, größer als die Mengen, die der Konsum laufend aufnimmt. Für die Wintermonate bis Anfang April läßt sich auch die Einfuhr billigen französischen Mehles infolge des Francsturzes zur Erklärung heranziehen. Wenn aber im Frühling nach der rapiden Besserung des französischen Francs, kaum ein Vierteljahr vor der neuen Ernte, wo ein Land wie Deutschland normalerweise erheblichen Einfuhrbedarf zeigen müßte, die Getreidepreise unter den Weltmarktpreisen stehen und durch die Freigabe der Ausfuhr plötzlich steigen, dann müssen wir schon nach anderen Ursachen suchen. Und da kann man sich kaum etwas anderes denken, als daß, wofür es ja auch andere Anhaltspunkte gibt, die Erntestatistik der letzten Jahre erheblich hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben war, daß ferner infolge der beim Erzeuger ebenso wie bei anderen Stellen getriebenen Vorratswirtschaft erhebliche Überschüsse aus dem Vorjahr auf den Preis gedrückt hatten.

Mögen alle diese Gründe vorübergehender Natur sein, so spricht trotzdem alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Preisrelation zwischen Getreide einer-

seits und Produkten der Viehhaltung andererseits noch lange zugunsten der Viehhaltung verschoben sein wird. Für den Landwirt ergibt sich hieraus eine doppelte Erkenntnis: 1. daß er versuchen muß möglichst hochwertige Qualitätserzeugnisse der Viehhaltung zu erzielen, 2. daß die Entwicklung der Kaufkraft der breiten Massen in den Städten einer der wichtigsten Faktoren für eine rationelle landwirtschaftliche Produktionspolitik ist. Die Vermehrung der Produktion von Fleisch, Butter, Milch und Eiern könnte der Landwirtschaft nur für ganz kurze Zeit Erleichterung bringen, da die Preise auch dieser Produkte rapide fallen müßten, wenn der wachsenden Erzeugung nicht eine wachsende Nachfrage gegenüberstände. Gerade in diesem Punkt sind aber die Aussichten sehr günstig, weil der Konsum von Nahrungsmitteln besserer Qualität in Deutschland noch außerordentlich zusammengepreßt und daher ausdehnungsfähig ist. Die Steigerung der Lebenshaltung der großen Massen, die auf der einen Seite die Vorbedingung für eine günstige Entwicklung der Arbeitsleistung und damit der industriellen Produktion ist, ist auf der andern Seite auch die Vorbedingung für steigende Rentabilität und Intensität der landwirtschaftlichen Produktion, gleichzeitig auch für eine nachhaltige Steigerung der Fruchtbarkeit unseres Ackerlands: ein Kreislauf glücklicher Wechselwirkungen.

Erinnern wir uns angesichts der Entwicklung der Preisverhältnisse im letzten halben Jahr an die Schlußfolgerungen, die hier im Februar dieses Jahres gezogen wurden. Alles, was damals über das Verhältnis von Produkten und Produktionsmitteln gesagt worden war, gilt heute noch in verstärktem Maß. Sprach damals schon, bei Getreidepreisen, die 25 % unter den Vorkriegspreisen standen, und Kunstdüngerpreisen, die bis zu 80 % (Superphosphat) darüber standen, die Rentabilitätsrechnung für intensiven Betrieb im Sinn starken Kunstdüngerverbrauchs, so ist das heute noch viel mehr der Fall, nachdem die Preisrelationen so viel günstiger geworden sind als vor dem Krieg. Es gibt in dem Verhältnis zwischen Produkten und Produktionsmitteln nichts, gar nichts, was den nüchtern rechnenden Landwirt zur extensiven Betriebsführung veranlassen könnte. Dabei ist der veränderten Preisrelation zwischen Getreide und Viehproduktion insofern Rechnung zu tragen, als den Erzeugnissen der Viehhaltung eine ganz besonders große Aufmerksamkeit zuzuwenden ist, was an sich schon bei deutschen Verhältnissen eine steigende Betriebsintensität voraussetzt und zur Folge hat. Daß auch auf der Seite der Produktionsmittel die Streuung der Preise zur relativen Zurückhaltung beim Kauf der teuren und dabei sich niedrig verzinsenden Produktionsmittel (Maschinen) und zur relativ stärkern Verwendung der billigen und dabei sich hoch verzinsenden (Kunstdünger) führen muß, ist selbstverständlich. Da jeder tüchtige Landwirt bei seiner Maschinenausstattung in den günstigen Jahren Vorratswirtschaft getrieben hat, ist ein solches Vorgehen auch völlig unbedenklich.

Zu bemerken ist übrigens noch, daß beim Bezug sämtlicher Arten von Kunstdünger weitgehende Krediterleichterungen geschaffen worden sind. Sowohl beim Stickstoff- wie beim Phosphorsäure- und Kalidünger wird über die ganze Kaufsumme ein kostenfreier Wechselkredit auf 90 Tage gewährt; bei Barzahlung werden von den oben angeführten, zum Teil schon unter den Vorkriegspreisen liegenden Syndikatspreisen erhebliche Rabatte abgezogen (7½ % bei Stickstoff, 10 % bei Kali).

Im übrigen besteht kein Anlaß die im Februar geäußerten Ansichten über das Kreditproblem in der Landwirtschaft zurückzunehmen. Es war damals die Meinung ausgesprochen worden, daß der gut geleitete landwirtschaftliche Betrieb zur Fortführung der Produktion in dem bisherigen Umfang und mit der bisherigen Intensität eines Kredits nicht bedürfe, und daß, wo zu diesem Zweck doch Kredit in Anspruch genommen werden muß, es sich nicht um einen Produktions- sondern um einen Konsumtionskredit handle. Diese Ansicht mußte bei dem damals herrschenden Kreditausgleich geradezu als ausgefallen wirken. Inzwischen ist einer immer wachsenden Zahl von Landwirten die Erkenntnis aufgegangen, daß sie von ihrer Substanz gezehrt haben, und daß Kredite dieser Art nur zu leicht zum Substanzverbrauch verführen. Die Einsicht, daß dieses Verfahren sich nicht sehr lange fortsetzen läßt, bricht sich bei immer mehr Landwirten Bahn. Die Erkenntnis, daß die von der deutschen Landwirtschaft in diesem Jahr aufgenommenen Kredite volkswirtschaftlich als Konsumtionskredite anzusehen sind, läßt sich übrigens nicht nur aus der Betrachtung einzelner Wirtschaftsbudgets sondern auch aus einer Gesamtübersicht gewinnen. Es ist eine erschreckende Tatsache, daß der Gesamtbetrag der von der Landwirtschaft seit der Stabilisierung aufgenommenen Kredite mehr als doppelt so hoch ist wie der Gesamtbetrag sämtlicher seit der letzten Ernte von der Landwirtschaft bezahlten Steuern. Da diese letzte Ernte nicht mit Schulden aus dem letzten Wirtschaftsjahr vorbelastet und außerdem mehr als mittelgut war, da ferner der Kunstdüngerverbrauch gegen das Vorjahr zweifellos nicht gestiegen sondern zurückgegangen ist, da auch langfristige Investitionen nur in ganz geringem Maß vorgenommen wurden, läßt sich diese Kreditaufnahme nur als Überkonsumtion bezeichnen. Zu berücksichtigen sind dabei allerdings auch die Substanzverluste, die viele Landwirte im vorigen Herbst durch das rasende Tempo der Inflation bei ihren Umsätzen erlitten haben, sowie die Verluste durch Produktionsmittelkäufe in Augenblicken ganz besonders ungünstiger Preisrelation. Schließlich kann auch die Tatsache einer allgemeinen starken Überkonsumtion der Landwirtschaft nicht mit voller Schwere zum Vorwurf gemacht werden. Was wir hier erlebt haben, war der plötzliche Sturz einer ganz großen und reich gegliederten Bevölkerungsklasse von dem sozialen und wirtschaftlichen Niveau der letzten Jahre auf den Platz, den sie früher innehatte, der aber in der Konjunkturperiode schon vielfach ganz vergessen worden war. Ein solcher sozialer Absturz wird immer naturgemäß von dem Versuch begleitet sein den bisherigen Standard durch Substanzverbrauch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten. Und dieser wird um so einschneidender sein, je mehr er durch Kreditleichterungen befördert wird. Der Not der Landwirtschaft kann aber nicht dadurch abgeholfen werden, daß man durch weitere Kreditgewährung den Substanzverbrauch noch vergrößert. Es muß vielmehr die Möglichkeit geschaffen werden die (vielleicht unvermeidlichen, jedenfalls nicht wieder gutzumachenden) Substanzverluste als solche zu erkennen und abzuschreiben, indem die kurzfristigen Kredite in langfristige Hypotheken verwandelt werden; hierdurch wird vermieden, daß diese Verluste, die von Rechts wegen von der Grundvermögenssubstanz abzuziehen sind, die umlaufenden Betriebsmittel andauernd vermindern und damit die Produktion beengen.

Endlich die Steuern. Die steuerliche Belastung ist im letzten halben Jahr zweifellos gewaltig vergrößert worden, ganz besonders auch deshalb, weil die Kommunen von der ihnen verliehenen Befugnis zu der preußischen

Grundsteuer Zuschläge bis zu 200 % zu erheben in immer wachsendem Maß Gebrauch gemacht haben. Diese kommunale Grundsteuer, die im Höchstfall 6 ‰ des nicht gekürzten und daher meist zu hoch angesetzten Grundsteuerwerts beträgt, ist beim Höchstsatz bei weitem die schwerste sämtlicher der Landwirtschaft auferlegten Steuern. Daß gerade die Aufbürdung dieser Steuer von den politischen Machtverhältnissen der einzelnen Gemeinden abhängig ist, bringt in das gesamte Steuersystem einen Zug von Ungleichmäßigkeit und Willkür. Auf der andern Seite krankt dieses Steuersystem an Schematismus. Es ist an und für sich ein bestechender Gedanke von der Landwirtschaft an Stelle einer nach dem wirklichen Einkommen veranlagten Einkommensteuer prozentuelle Zuschläge zur Grundsteuer zu erheben. Auf diese Weise soll statt des tatsächlich erzielten das auf Grund der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens erzielbare Einkommen besteuert und eine Prämie auf Tüchtigkeit gesetzt werden. Aber dieser Gedanke verliert seine Berechtigung in einer Zeit, wo der auf einem Landbesitz von gegebener Fruchtbarkeit erzielbare Reinertrag weit weniger von der persönlichen Tüchtigkeit des Betriebsleiters abhängt als von seiner spekulativen Geschicklichkeit in den Inflationsjahren.

Zum Schluß unserer Betrachtungen soll die Veränderung in der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft seit dem Februar kurz zusammengefaßt werden, durch eine Überprüfung der damals aufgestellten Bilanz. Diese Bilanz, der Versuch einer Vergleichung mit der Vorkriegszeit, lautete:

Entlastung (in Millionen Goldmark)		Belastung (in Millionen Goldmark)	
Ersparte Hypothekenzinsen	650	Wegfall des Schutzzolls	450
		Preissteigerung der Phosphorsäure	162,5
		Erhöhung der Grundsteuer	30
zusammen	650	Zusammen	642,5

Von den Posten dieser Bilanz ist die Belastung durch den Wegfall des Schutzzolls infolge der Steigerung der Getreidepreise von 450 Millionen Goldmark auf 50 Millionen zusammengeschrumpft. Die Belastung durch die Preissteigerung der Phosphorsäure hat sich durch den Preisrückgang der Phosphorsäure auf vielleicht 50 Millionen verringert. Beide Restposten können als völlig kompensiert gelten durch die Preissteigerungen anderer landwirtschaftlicher Produkte über die Vorkriegspreise hinaus und durch die Preissenkung des Stickstoffs unter die Vorkriegspreise. Dagegen wird man kaum fehlgreifen, wenn man, nachdem nunmehr eine Übersicht über die volle steuerliche Belastung der Landwirtschaft möglich ist, an Stelle der dort für Erhöhung der Grundsteuer angeführten 30 Millionen den Betrag von 650 Millionen Goldmark jährlich einsetzt. Dies würde also besagen, daß die in den Preisrelationen von Produkten und Produktionsmitteln sich ausdrückenden Rentabilitätsbedingungen im ganzen genommen die selben sind wie vor dem Krieg, daß jedoch Verschiebungen zuungunsten des Getreidebaus und zugunsten der Viehhaltung eingetreten sind. Die Entlastung durch den Wegfall der Hypothekenzinsen wird dabei vollkommen durch die Steigerung der steuerlichen Belastung aufgehoben. In so großen Zügen dieses Schema auch aufgestellt ist, so wird es doch viele Landwirte geben, die es für ihre eigene Wirtschaft bestätigen können.

FELIX STÖSSINGER · FRANKREICH NACH DIESEN 10 JAHREN

BLICKTE man am 10. Jahrestag der Völkervernichtung über die Grenze nach Westen, um zu prüfen, wo das französische Volk heute steht, so konnte man erkennen, daß dort in großen Schichten eine Gesinnung zu einem menschlichen Ausdruck kommt, an die zu glauben viele bei uns noch nicht gelernt haben. Wir dürfen und wollen freilich nicht vergessen, daß ein besiegttes Volk naturgemäß anders empfinden muß als ein Volk, dem der Krieg schließlich den Sieg gebracht hat, und es wäre ganz ungerecht und wenig aufschlußreich, wenn wir, um den Unterschied in der Gesinnung hüben und drüben festzustellen, uns lediglich an die äußeren Kundgebungen halten wollen. Es ist daher das beste von allen Vergleichen abzusehen, wohl aber daran zu denken, daß Deutsche und Franzosen, obgleich Besiegte und Sieger, doch eine Gemeinsamkeit des Schicksals haben. Die Opfer, die Frankreich für seinen Sieg gebracht hat, sind wohl nicht minder groß als die Leiden, die Deutschland in seiner Niederlage beschieden waren. Gerade die Gemeinsamkeit des kontinentalen Schicksals, in diesen 10 Jahren eine Gemeinsamkeit des Leidens, im kommenden Jahrzehnt hoffentlich eine Gemeinsamkeit des Schaffens, macht es notwendig, daß beide Völker vor allem einander zu verstehen suchen sollen. In Frankreich sind die besten der jungen Generation am Werk die Brücke nach Deutschland zu schlagen. In Deutschland sehnen sich auch die besten danach und sicherlich viel mehr als in dem Tagesbetrieb zum Ausdruck kommen kann; auch hier ist es die Jugend, die jungsozialistische und die katholische, die so für die Zukunft arbeitet.¹ Als ein Beitrag zur Anbahnung eines tiefern Verständnisses, nicht als Lob oder Anklage, soll auch gelten, was im folgenden über den Geist berichtet wird, den der 10. Jahrestag des Beginns des europäischen Krieges in Frankreich gefunden hat.

Auch in Frankreich ging man an dem Tag des Kriegsausbruchs nicht vorüber. Aber verhältnismäßig wenig nur wurde er beachtet. Viele große Tageszeitungen, die meisten Zeitschriften haben ihn mit keinem Wort erwähnt. Der französische Kriegsgedenktag ist nicht der Tag des Kriegsanfangs sondern der des Kriegsendes: die Unterzeichnung des Waffenstillstands. Nun könnte man denken, daß Frankreich am Waffenstillstandstag seinen Sieg feiert. Das ist aber nicht richtig. Für solche Feier wäre ja auch der Tag von Versailles viel geeigneter. Frankreich feiert einfach den Tag des letzten Schusses. Auch wir sollten, statt den Tag des ersten Schusses zu feiern, den Tag des Waffenstillstands zum Tag der nationalen Trauer erheben. Jean Paul hat vorgeschlagen politische Trauerfeste einzurichten; er meinte freilich, dazu fehle uns der Mut. Frankreich hat sich nicht gescheut sich nach 1870-1871 an den Denkmälern seiner Niederlage zu stärken und zu erheben. Auch wir sollten am bedeutendsten Tag deutscher Geschichte gemeinsam mit allen Völkern den Toten unsere Ehrfurcht bezeugen.

¹) Siehe dazu auch Koch Die christliche Internationale und die deutsch-französische Verständigung, Die Jugend und die deutsch-französische Verständigung, Jungsozialistische Aufgaben in Politik und Wirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 II Seite 784 ff., 1923 Seite 533 ff. und in diesem Band Seite 299 ff.

Das französische Volk hat seit dem Kriegsende kaum einen Tag ohne nationale Trauerfeier vergehen lassen. Wer am Grab des Unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen in Paris in das erhabene religiöse Gefühl mit eingeschlossen wurde, das auf diesem stillen Ort liegt, mitten im berausenden Straßentaumel der Welthauptstadt, der weiß: Das Grab des Unbekannten Soldaten ist die Grabeskirche der französischen Menschheit geworden. Der Krieg ist mit seinem fürchterlichen Leiden den Franzosen greifbar lebendig geblieben. Frankreich trägt heute, nach 6 Jahren, noch Witwentracht, und jeder, der sich in Paris umsieht, wird Männer und Frauen treffen, die heute noch nach ihren Toten in dunkler Kleidung trauern und in stetiger Erschütterung an den Krieg denken.

So wenig Zeitungsartikel sich in Frankreich mit dem Gedenktag des Krieges beschäftigten, so charakteristisch ist es doch, daß sie sich thematisch nur durch 3 Grundgedanken von einander unterschieden: 1. Was hat uns der Krieg gebracht, was ist vom Krieg geblieben? 2. Wie stehen wir zu Deutschland? 3. England und der Krieg.

Vor allem der letzte dieser 3 Grundgedanken ist es, der, wenn auch nicht mit voller Deutlichkeit, in seiner Behandlung durch Rücksichten gehemmt, die französischen Politiker beschäftigt. Als wesentliches Symptom dessen verdient ein Artikel Raymond Poincarés, der am 4. August in der Daily Mail und dem Temps erschienen ist, analysiert zu werden. Poincaré gibt eine Geschichte des Kriegsausbruches nach seinen persönlichen Erinnerungen wieder, wobei er besonders breit die Vorgeschichte der englisch-französischen Entente und Englands Haltung in den entscheidenden 7 Tagen darstellt. Poincaré war es, der besorgt durch den Balkankonflikt im November 1912 den französischen Botschafter Paul Cambon veranlaßt hatte bei Edward Grey eine genauere Fixierung der englisch-französischen Beziehungen zu erreichen. Infolge dieses von Poincaré veranlaßten Schrittes wurden am 22. und 23. November 1912 die beiden bekannten Briefe zwischen Grey und Cambon über die englisch-französische Zusammenarbeit in Zeiten der Gefahr ausgetauscht. Keins der beiden Länder war gebunden. Die wechselseitige Freiheit und Unabhängigkeit blieb vollkommen gewahrt. So bestätigt denn auch in diesem Artikel Poincaré ausdrücklich, daß Grey sich formell korrekt benommen hat; über seine Haltung könne sich Frankreich weder wundern noch beschweren. Freilich, Poincaré hatte sich Englands Haltung in den Stunden der Entscheidung anders gedacht. Es ist schon bekannt, daß Poincaré durch einen Brief an den König Georg eine öffentliche Erklärung Englands, daß es im Fall eines Krieges auf der Seite Frankreichs stehen würde, zur Verhütung des Krieges forderte. Poincaré zeigt uns jetzt die Entwicklung dieser Idee. Während Viviani durch den französischen Botschafter in London England veranlaßte seine Mittlertätigkeit trotz allen Schwierigkeiten fortzusetzen, wies der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon seine Regierung wiederholt darauf hin, daß es gegenüber den deutsch-österreichischen Anstrengungen England zu einer Neutralitätserklärung zu bestimmen nur ein Mittel gäbe den Triumph derjenigen zu verhindern, die auf einen Krieg hinarbeiteten: England müsse sich öffentlich und feierlich mit Frankreich solidarisch erklären. Poincaré, der erst nach seiner Rückkehr aus Rußland von der Ansicht Cambons Kenntnis bekam, bat den englischen Botschafter Francis Bertie ins Elysée, um ihm zu erklären: »Nur

Großbritannien ist imstande den Frieden zu sichern. Ich bin überzeugt, Deutschland wird seine Haltung mäßigen, und es gibt keinen Krieg, wenn Ihre Regierung öffentlich erklärt, daß sie im Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich Frankreichs Partei ergreifen wird. Wenn Sie von jetzt ab ihre Absicht erkennen läßt Frankreich zu unterstützen, sobald es angegriffen wird, so würde ohne Zweifel diese Erklärung genügen Deutschland zurückzuhalten.« Eine solche öffentliche Erklärung schlug Edward Grey den Franzosen ab. Ja, selbst dem deutschen Gesandten gegenüber hütete er sich, mit dialektischer Sorgfalt, eine Bindung Englands an Frankreich in Aussicht zu stellen. Nicht weiter wollte er gehen als beim deutschen Gesandten den Eindruck hervorzurufen, daß England wohl in einen Weltkrieg hineingezogen werden würde. Ausdrücklich erklärte Grey dem französischen Botschafter, daß dies natürlich etwas ganz anderes sei als Frankreich gegenüber eine Verpflichtung zu übernehmen. Auch der Ministerrat habe das abgelehnt. Der Schutz der belgischen Neutralität würde ein wichtiger, aber kein entscheidender Faktor für die Bestimmung der Haltung Englands sein. Die Sorge der französischen Regierung war daraufhin sehr groß. Erst jetzt entschloß sich Poincaré dem König von England seinen bekannten Brief zu senden, um im höchsten Interesse der Erhaltung des Friedens eine öffentliche englische Erklärung zu erreichen. Poincaré schildert, mit welcher Herzensbeschwer die französische Regierung die englische Entscheidung erwartete, nachdem Deutschland keine befriedigende Auskunft über die Achtung der belgischen Neutralität gegeben hatte, mit welcher Angst und Qual die Stunden erfüllt waren, in denen er und die französische Regierung in der Ungewißheit über Englands Haltung verharrten. Wer sich des tödlichen Schrecks erinnert, mit dem das ganze deutsche Volk wie vor den Kopf geschlagen die Kriegserklärung Englands aufnahm, wird erschüttert die Richtigkeit der Darlegungen Poincarés bestätigen müssen. An England lag es den Krieg zu verhindern; nur England hatte die Macht und die Möglichkeit dazu. England hat es aber durch seine Haltung zur Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und Frankreich kommen lassen, um dann im Friedensvertrag von Versailles Deutschland, eben wegen dieser übereilten Kriegserklärung, die ganze Verantwortung für den Krieg aufzubürden. In Frankreich sieht man heute klar, *wer* die eigentliche Schuld am Kriegausbruch trägt. Und auch ehrliche englische Pazifisten sehen in jener Haltung Englands in den entscheidenden 7 Tagen des Jahres 1914 mindestens den Anteil Englands an der Kriegsschuld.

Der Artikel Poincarés ist die Antwort auf die angelsächsische Preßkampagne, die Frankreich des Imperialismus, Militarismus und nachträglich plötzlich auch der Kriegsurheberschaft beschuldigt. Es ist wohl kein Zufall, daß der Temps in der selben Nummer in seinem außenpolitischen Leitartikel die Öffnung der Archive forderte, damit die deutschen Nationalisten nicht mehr Frankreich anklagen könnten, es fürchte die Wahrheit. Gewiß soll das geschehen, und wir müssen uns dieser Forderung mit größter Energie anschließen. Wir dürfen aber darüber nicht vergessen, daß die Schuld am Krieg nicht nur in den Akten sondern auch in den Herzen steht. Wie sich die Völker in den 6 Jahren nach Kriegsende verhalten haben, das gibt viel mehr Aufschluß über die Kräfte, die den Krieg selbst hervorgerufen haben als noch so genaue und vollständige Aktenpublikationen. In diesen 6 Jahren konnten das deutsche und das französische Volk nicht zu einer Zu-

sammenarbeit kommen. Statt dessen wurde zwischen ihnen ein Haß großgezogen, wie er vor dem Krieg und auch während seines ganzen Verlaufs nie bestanden hat. Will man wissen, wie das geschehen konnte, so braucht man nur die jetzt auch ganz offenkundige Besorgnis zu betrachten, mit der man in England einer engern wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich als Folge der Ausführung des Dawesplans entgegenseht, die Hindernisse, die man von englischer Seite einem deutsch-französischen Handelsvertrag in den Weg legt.

Frankreichs Unzufriedenheit mit dem Friedensvertrag ist die Unzufriedenheit wirklicher Friedensgesinnung. Die Enttäuschung nach 10 Jahren ist für einen Mann wie Hervé nicht die Haltung Deutschlands, auch nicht der glänzende Egoismus Englands, sondern die innere Zerklüftung des eigenen Landes. Nun, die Zahl derjenigen, die in Frankreich heute noch die *Union sacrée* wollen, ist verschwindend gering. Für die Allgemeinheit besteht politisch gesehen die eigentliche Enttäuschung darin, daß auch nach diesen furchtbaren 10 Jahren nun doch wieder in Europa die selben Tendenzen hervortreten, die letzten Endes zum Krieg geführt hatten: nur daß damals Frankreich gegen Deutschland ausgespielt wurde, jetzt aber Deutschland gegen Frankreich. Dieser tiefste Grund der französischen Unzufriedenheit kam in den Gedenkartikeln zum Zehnjahrestag freilich nicht zum Ausdruck. Das ist bei der Gesamtlage leicht verständlich. (Erst nach dem Auftreten Englands in Genf riß auch der Linken in Paris die Geduld, so daß das *Oeuvre* mehrmals MacDonalld fragte, ob ihm denn wirklich so daran gelegen sei die deutsch-französische Verständigung zu verhindern.) Um so stärker merkte man, wie sehr Frankreich unter dem halben Frieden leidet, und wie es nichts inbrünstiger wünscht als den ganzen Frieden. Frankreich will Ruhe haben und an seine Arbeit gehen. Und auch wir wollen, daß diese Ruhe einziehe. Denn daß der Neuaufbau Frankreichs auch den des ganzen Kontinents und insbesondere Deutschlands zur Folge, nein, zur Voraussetzung hat, muß für uns entscheidend sein. Das französische Volk will nichts mehr vom Krieg wissen. Es will deshalb möglichst wenig noch an die Einzelheiten denken, die ihn bewirkt haben. Daher nimmt auch die sogenannte Schulddebatte in Frankreich keinen großen Platz in der Öffentlichkeit ein. Allerdings legt man ihr, selbst wenn sie gewissen feststehenden Anschauungen widerspricht, keine Schwierigkeiten in den Weg. Nicht nur, daß Graf Montgelas einen französischen Verleger zur Darstellung seiner Schuldtheorie gefunden hat², auch ein Politiker wie Alfred Fabre-Luce, der ein sehr objektives und mutiges Buch über den Kriegsausbruch schrieb³, kann in der *Millerand* nahestehenden *Revue Hebdomadaire* frei behaupten, daß die maßgebenden Deutschen den Krieg nicht gewollt, aber auch nicht gefürchtet haben.

Die Grundstimmung des französischen Volkes dem Krieg gegenüber ist jetzt: Das Abscheuliche ist vorbei und soll nie wiederkehren. Es ist eine typische französische Entwicklung, die Georges Duhamel in einem autobiographischen Leitartikel der *Europe* vom 15. Juli 1924 nachzeichnet. Vor dem Krieg war Duhamel ein Mensch, der alle nationalen Vorurteile haßte, der die Arbeit liebte und sich von den leichten Genießern unwillig abwandte. Er wollte

2) Siehe *Les responsabilités de la guerre: Un plaidoyer allemand par le général Comte de Montgelas, l'un des éditeurs des documents allemands relatifs à l'origine de la guerre, übersetzt, eingeleitet und mit Noten versehen von Gouttenoire de Tournay* (Paris 1924).

3) Siehe *Fabre-Luce La victoire* (Paris 1924).

die Ordnung und den Frieden. Aber als der Krieg begann, und er als Arzt das ungeheure Leiden der Menschen aus nächster Nähe erlebte, schien es ihm unfremd ein so gewaltiges Sühneopfer der Menschheit für nutzlos halten zu sollen. Den Sinn zu finden war schwerer. Und von einer halben Zustimmung bis zu einer tragischen Verzweiflung lebte er alle Stadien der Bejahung und der Verneinung durch, ohne zur Wahrheit zu kommen. Nirgends fand er eine befriedigende Verknüpfung von Geist und Gewalt, die allein die verschiedenen Formen der Gewaltanwendung im Leben moralisch und logisch rechtfertigt. Heute ist er zur letzten und abgründigsten Verneinung des Krieges gekommen, indem er den Krieg aus seinem innersten Ich auszurotten strebt und nur noch das eine Ziel hat; unter allen Umständen und Verhältnissen dem Krieg seine Zustimmung und Mitarbeit zu verweigern.

Von dem üblichen pazifistischen Pharisäertum heben sich solche Bekenntnisse sehr vorteilhaft ab. Es ist im jungen Frankreich keine Schande für den Krieg gewesen zu sein, aber es ist eine Schande es heute noch zu sein. Die radikalste Kriegsverneinung reicht in sehr weite Schichten des französischen Volkes. Das Kriegsandenken ausrotten, alle Vereinigungen sprengen, die ein Kriegserinnern pflegen, in Menschen den Kriegsekel hervorrufen: das sind ungefähr die Hauptschlagworte, die man in Pariser Versammlungen hört. Man kann dort kaum vom Krieg sprechen, ohne daß nicht sofort durch einen Sturm von Zwischenrufen die Versammlungsordnung einstürzt. Wie das in den Menschen tobt! Wie vielen die Tränen in den Augen stehen! So vereinsfeindlich der Franzose auch ist, so hat doch schon die französische Liga für Menschenrechte 120 000 Mitglieder. 10 Jahre nach Kriegsausbruch ist der französische Pazifismus keine Utopistenbewegung mehr; er ist zurzeit die herrschende Macht, die Regierung. Der Sieg der französischen Linken ist nicht ein Votum über die äußere Politik Poincarés, er ist nur eine Kundgebung des französischen Herzens gegen alles, was an die Zeit des Krieges erinnert. Charakteristisch ist, mit welcher Eile die neue Regierung der Kammer 2 Gesetze vorlegte, die symbolisch den Sieg des Friedens über den Kriegsgeist zum Ausdruck brachten. Am 10. Jahrestag der Ermordung Jaurès' nahm die Kammer das Gesetz zur Überführung des Körpers des großen Toten in das Pantheon an. Das war die eigentliche Feier des Zehnjahrestages in Frankreich. Und zum 14. Juli, zum Nationalfeiertag, an dem ganz Frankreich, in Paris wie in den kleinsten Dörfern, auf den Straßen tanzt, wurde die große Amnestiedebatte beendet, diese Amnestie, die vom französischen Volk seit Jahren mit einer wahren Wut gefordert wurde, obwohl es sich bei ihr nicht um die Sühne von Justizmorden sondern nur von Justizhärten handelte. Die französische Amnestie ist ein wahrer Triumph der antimilitaristischen Gesinnung des französischen Volkes. Sie ist eine Amnestie für die Soldaten und gegen die Generale. Denn in Frankreich hat man die schlimmen Taten mancher Offiziere nicht vergessen, man kennt viele Einzelfälle dem Namen nach. Schon die alte Regierung hat manche von ihnen gutzumachen gesucht, zum Beispiel der Witwe des zu Unrecht erschossenen Leutnants Harduin ungebeten ein Schmerzensgeld von 150 000 Francs überwiesen und eine Ehrenerklärung abgegeben. Die antimilitaristische Gesinnung ist jetzt gesetzlich manifestiert worden.

Zum erstenmal in diesen Debatten ist in öffentlicher parlamentarischer Taugung die offizielle Kriegslüge so entlarvt worden, wie es sonst nur im engen Kreis freigeistiger Menschen geschieht. Niemand anders als der Kriegs-

minister Nollet war es, der den ganzen Jammer der Schlacht als Argument für die Begnadigung eines jeden, der diese Hölle durchgemacht hatte, mit folgenden Worten vor Augen führte: »Vor dem Krieg haben wir gelernt, mit welcher Vorsicht man den Seelenzustand eines Menschen in der Schlacht beurteilen muß. Wir wußten, daß der Mensch nur ein bestimmtes Maß von Schrecken ertragen kann. Wir wußten, denn so lehrte es uns die Wissenschaft aller Völker, daß man nicht sagen kann: der und der ist tapfer; sondern nur: der war an dem und dem Tag, zu der und der Stunde tapfer. Noch gebieterischer zwingt sich jedem eine vorsichtige Beurteilung auf, der die Hölle der modernen Schlacht kennen gelernt hat, in der dieses arme Ding von Mensch vor Angst und Not schlottert. Einen Schwächeanfall während des Kampfes hart an Ort und Stelle zu unterdrücken ist die Aufgabe des Offiziers, weil das Wohl des Vaterlandes das höchste Gesetz ist. Aber nach dem Sieg kommt die Stunde, in der es unsere Pflicht ist zu fragen, ob es nun nicht Zeit ist zu vergessen und zu verzeihen.« Eine solche Rede aus dem Mund eines französischen Generals zu hören kann nur den wundern, der dem Zerrbild geglaubt hat, das die angelsächsisch-bolschewistische Propaganda in deutschen Gehirnen aus Frankreich gemacht hat. In der französischen Armee wimmelt es von Pazifisten. In keinem Land ist der Ruhm der Sieger erbarmungsloser kritisiert worden als von Jean de Pierrefeu in seinem, in 160 000 Exemplaren verbreiteten Kriegsbuch *Plutarque a menti*. An keiner öffentlichen Stelle sah ich in Paris ein Generalsbild hängen, fast in keinem Ansichtskartengeschäft fand ich Bilder der berühmten Militärs, nach denen wohl in der Provinz, aber nicht in Paris eine Straße oder eine Schule genannt ist. Die Enthüllungen der zahlreichen Kriegsdenkmäler hat eine Propaganda, die unter keinen Umständen die deutsch-französische Verständigung und mit ihr die Einigung Europas zur Wahrheit werden lassen will, böswillig mißbraucht. Diese Kriegsdenkmäler sind vollkommen unmilitaristisch, es sind Akte der Dankbarkeit eines Volkes, das in unzähligen Denkmälern sein Übermaß an Dankbarkeit für geistige Leistungen genügend bewiesen hat. Diese Denkmäler feiern auch nicht die Sieger sondern nur die Dulder. Einige sind menschlich besonders ergreifend. So das Denkmal für die schwarzen Söhne Frankreichs oder das geplante Denkmal für den Benjamin der französischen Toten. Gerade in solchen Denkmälern tritt die sensible Humanität des Franzosen, zu der er von Kindheit an erzogen wird⁴⁾, in die Erscheinung. Allerdings hat er auch die Lehrer dazu. Von den 120 000 Lehrern und Lehrerinnen Frankreichs sind 70 000 bei der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, 3000 bei der Moskauer organisiert, 7000 bei gelben Gewerkschaften. Irgendwelche unpazifistischen Organisationen gibt es unter den Lehrern überhaupt nicht.

Zur Charakteristik der französischen Lehrer noch folgendes. Seit Friedensschluß wurden 22 Lehrer wegen Verteilung kommunistischer Broschüren in der Schule abgesetzt. Einige Lehrer erhielten eine Rüge, weil sie sich weigerten die von der Regierung gewünschte Propaganda für den Völkerbund im Rahmen einer Waffenstillstandsfeier zu unterstützen. Sie wollten nicht Völkerbundspropaganda und Kriegserinnerung mit einander verquicken. In Quimper sollte ein Denkmal zur Erinnerung an die im Krieg gefallenen

4) Es sei hier auf die sehr verdienstvollen und ausgezeichnet unterrichtenden Schriften *Wernkes* verwiesen: *Vernünftiges aus französischen Schul- und Lesebüchern* /Wiesbaden 1924/, *Durch den Garten der französischen Literatur* /Natsungen 1923/ und andere mehr.

Lehrer von Finistère enthüllt werden. Eine Delegation sozialistischer und kommunistischer Lehrer forderte beim Präfekten anlässlich der Denkmalsenthüllung, daß die Marseillaise nur angestimmt würde, wenn man auch die Internationale singen dürfe; daß die Ansprache des Präfekten und des Vertreters der Akademie ihnen zur Zensurierung patriotischer Entgleisungen vorgelegt werde; auf dem Denkmal die Inschrift nicht lauten solle Gestorben für Frankreich sondern Gefallen als Opfer des Krieges; und zuletzt, daß aus allen Festchören patriotische oder klerikale Textstellen zu entfernen seien. Der Präfekt wies die Lehrer nicht ab sondern setzte sich mit der Regierung in Verbindung und scheint ihnen weit entgegengekommen zu sein.

Paris und Frankreich, auch seine Provinz, sind überreich an solchen Tatsachen. Leider werden wir über Frankreich zum größten Teil sehr schlecht, mindestens sehr unvollkommen unterrichtet, da uns wohl pikante Albernheiten, die dort gar keine Rolle spielen, oder belanglose Allerweltsgeschichten als Wesensäußerungen des französischen Geistes berichtet, die wirklichen geistigen Sensationen aber, deren man in jeder französischen Zeitung eine Unmenge findet, übergangen werden. Daß Miguel de Unamuno, der mutige spanische Gelehrte, aus der Heimat verbannt wurde, hat bei uns kaum ein Dutzend Menschen interessiert. Wenige nur haben in Deutschland erfahren, daß der Herausgeber des Quotidien, Henri Dumay, eine Jacht ausgerüstet und auf einer eigenen Schiffsexpedition Unamuno von seinem Exil, den Canarischen Inseln, entführt und glücklich nach Frankreich gebracht hat. Solche Karl Moorsche Abenteuer des Geistes passieren noch in unserm mechanistischen Zeitalter.

Noch sind wir weit von einem Zeitalter des Friedens entfernt, und die Zusammenfassung der Völker des europäischen Kontinents zu einer produktiven Wirtschaftsgemeinschaft bleibt die erst wenigen aufdämmernde Aufgabe unseres Geschlechts. Aber was tut das? Das deutsche und das französische Volk werden einander in der Arbeit finden, die zuerst nur durch die Not erzwungen wird, dann aber sich zu freiem Schaffen nach der immanenten Forderung der Dinge ausweitet. Heilig wird dann allen das Wort Victor Hugos werden, das in seiner Handschrift in Paris in seinem Totenzimmer auf dem Tisch liegt: »Ich vertrete eine Partei, die noch nicht existiert: die Partei Revolution-Zivilisation. Diese Partei wird das 20. Jahrhundert schaffen. Aus ihm werden zuerst die Vereinigten Staaten Europas hervorgehen und dann die Vereinigten Staaten der Welt.«

CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DER DICHTER UND DIE WAHRHEIT · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



ER DICHTER:

Dein Antlitz ist bleich wie die frühe Dämmerung,
Ehe die Vögel erwacht sind.

Deine Füße sind Lilien am Rand eines Teiches;

Deine Schwingen der Nebel eines Wasserfalls,

Worin die gefangene Sonne in Regenbogenfarben spielt.

Dein Antlitz ist ernst und streng,

Der Wohnplatz der Sorge.

DIE WAHRHEIT:

Ich bin die Schwerträgerin.

DER DICHTER:

Von Herzen begehrt' ich nach dir.

DIE WAHRHEIT:

Ich will deine Augen auftun.

DER DICHTER:

Ich sehe eine dunkle Wolke, die das Licht der Welt verschlingt.

DIE WAHRHEIT:

Die Unwissenheit, der Mehltau der Welt.

DER DICHTER:

Ich höre fernen Donner,
Bei dem mein Fleisch erschauert.

DIE WAHRHEIT:

Das Stöhnen der Armen.

DER DICHTER:

Ich sehe ein Ungeheuer.
Seine Füße sind von Gold, seine Hände sind von Gold,
Golden ist sein Haupt, und seine Beine sind golden.
Sein Herz ist von Ton,
Seine gierigen Hände sind auf
Seinem geschwollenen Bauch gefaltet.
In seinen Magen flutet ein endloser Zug:
Männer mit grauen Gesichtern, Frauen mit eingesunkenen Augen,
Und die kleinen Kinder, die niemals gelacht haben.

DIE WAHRHEIT:

Die Zivilisation.

DER DICHTER:

Sie sitzt auf scharlachnem Piedestal.

DIE WAHRHEIT:

Das Blut von Menschen.

DER DICHTER:

Sie ruht auf einem großen Dunkel.

DIE WAHRHEIT:

Die Seele des Menschen.

DER DICHTER:

Sie sitzt in einem goldenen Tempel,
Doch hockt auf seinem Dach ein Geier,
Dessen Schwingen den Horizont verfinstern.
Götzenanbeter drängen in den Tempel
Und umringen betend das Piedestal.
Ihr Gebet ist laut, so daß es in die Straße bläst.
Und wie Staub in jede Ecke geblasen wird:

»O Gott des Goldes, laß' nichts verändert sein!
 Uns geht es gut.
 Schlag' die Verruchten, die zu verändern trachten
 Die Dinge, die da sind.
 Laß' sie gekreuzigt sein.«

DIE WAHRHEIT:

Der Wechsel ist das Atmen des Universums.
 Götzendienerei verachtet sie:
 Eine Binde dem Seher von Visionen,
 Eine Fallgrube den Füßen des Läufers.
 Die Natur ist ein Buch für alle, auch dem Tölpel offen,
 Den sie aufrichtet.
 Sich schenkend und geduldig mit den Ausdauernden,
 Ist sie kalt gegen jene, die nicht in sie eindringen wollen.

DER DICHTER:

Ist nicht auch der Mensch von der Natur?

DIE WAHRHEIT:

Ihr Kind, das sie so sehr liebt,
 Daß sie ihn, wenn er auf ihre Stimme nicht achtet,
 In sein Grab legen wird,
 Wie eine Mutter den geliebten Säugling
 In die Wiege.
 Sie spricht keine Befehle aus.
 Aber sie hat unwandelbare Bedingungen gestellt:
 Die Donner und die Gewässer zeugen für sie,
 Die Nacht und der Tag lobpreisen sie;
 Gesundheit, Krankheit, Tod,
 Die unvermeidlichen Jahreszeiten lobpreisen sie.
 Durch Freiheit entwickelte sie den Körper des Menschen
 Und wird sie seine wundersame Seele entwickeln
 In den freien und vorderen Zeitkreisen.
 Edel ist der Kampf, und groß die Hoffnung.
 Nicht Würmer und Schmetterlinge,
 Sondern von Würmern zu Schmetterlingen.
 Ein einziges endgültiges Vorrücken.
 Des Menschen Seele, die Seele der Natur,
 Und er ihr Wärter.
 Der wohlgepflegte Garten der Freiheit,
 Worin die Besten leben, die Schlimmsten sterben;
 Wie ein Gärtner ausmerzt.

DER DICHTER:

Die Luft ist dick von den Augen derer,
 Die hungrig zu mir her schauen.

DIE WAHRHEIT:

Die Augen der Armen,
 Die, noch nicht geboren,
 Enterbt waren.

DER DICHTER:

Wer hat ein Recht das Meer aufzuteilen,
Die unsichtbare Luft zu umzäunen
Oder ein Monopol auf die Segnung des Regens zu beanspruchen?
Ist die feste Erde weniger Gemeingut als diese?

DIE WAHRHEIT:

Ein Ungeheuer verschlingt dich.

DER DICHTER:

Wo ist das Ungeheuer?

DIE WAHRHEIT:

Im azurnen Gewölb,
Auf der flutenden Luft,
In der Erde tiefstem Herzen und auf
Der weiten, aufrührerischen See;
In den schattigen Lauben der moosigen Wälder,
Deren Säulen in der Brust der Zeit wurzeln.
Es haßt die Stimme der großen Natur,
Formt das Schwert des Tyrannen
Und heckt verzehrenden Krieg aus.
Es hascht die Menschen aus der heilsamen Luft
Und versagt ihnen die Brust der Mutter
Außer für ein Grab.
Es verschlingt die kleinen Kinder,
Deren Finger so sanft sind,
Und nährt sich von Säuglingen, die unschuldig blinzeln,
Eh' sie zum Morgen erwacht sind.
Es trinkt sich an den Brüsten von Müttern
Und an den Herzen entschlossener Männer.
Es bläst einen verderblichen Atem gegen die Seele.
Die Menschen sind davor stumm
Und strecken ihre Kehlen nach seinen Fängen.
Es ergreift seine Opfer, und sie werden
Zahm wie blökende Schafe.
Es teilt das Volk in gehorsame Herden auf,
Die geduldig arbeiten.
Es gibt die Erde den Wenigen
Und macht sie zu Herren ihrer Brüder.
Wasch' deine Augen im Tau der Bergspitze.
Halt' Ausschau nach dem Tag.
Bruderschaft eins mit Ichschaft
Und Ichschaft eins mit Bruderschaft!
Der Mensch streckt seine Schwingen,
Er schüttelt sein Gefieder
Vor der neidischen Sonne,
Und die Freiheit schießt Strahlen quer über den Himmel hin:
Der Seele willkommen wie der Sommermorgen
Der morgentollen Anarchie der Vögel.

DER DICHTER:

Ja, die Vögel selbst schaffen Lieder, und Hündchen lachen.



RAPHAEL SELIGMANN · DIE PHARISÄER

MIT jener Periode in der Geschichte des jüdischen Volkes, da die Abwanderung bedeutender Bevölkerungsschichten aus dem angestammten Boden nach anderen Ländern im Leben des Volkes sich stark bemerkbar zu machen, als der Drang nach Fremde bereits zu einem der markantesten Züge in der Physiognomie der Nation zu werden beginnt, fällt die Blütezeit des Pharisäertums zusammen. Jüdische Siedelungen treffen wir zu jener Zeit, ungefähr im 1. Jahrhundert vor Christus, bereits an den kleinasiatischen Küsten des Mittelmeers, im Römischen Reich, in den verschiedenen Gegenden des weiten Galliens und ganz insbesondere in Alexandrien an. Das babylonische Exil, das den bedeutendsten Teil der jüdischen Massen gewaltsam in Bewegung gesetzt hatte, blieb nicht ohne einschneidenden Einfluß auf den Geist der Juden. Zu allererst wirkte die bloße Tatsache des Aufgescheuchtwerdens aus dem angestammten Boden in ihrer ganzen elementaren Wucht. Das Gefühl des Zusammengewachsenseins mit der heimatlichen Erde, das das vorbabylonische Israel in so hohem Grad auszeichnete, wurde dadurch heftig erschüttert. Das seelische Band, das die Juden mit einem territorial fixierten Punkt verknüpfte, wurde gelockert. Der Jude des nachbabylonischen Exils wurde beweglich und zum Wandern disponiert. Alle historischen Belege sprechen dafür, daß die alexandrinischen Juden in wirtschaftlicher und allgemein kultureller Beziehung sich mächtiger als die palästinensischen entwickelten. Dafür waren vielleicht rein wirtschaftliche Faktoren maßgebend. Alexandrien lag ja an einem Knotenpunkt des damaligen Weltverkehrs, während Palästina schon längst aufgehört hatte ein Verkehrszentrum zu bilden, wie es zu Zeiten Salomos zweifellos gewesen war. Die weitere politische Geschichte der Juden in Palästina war dazu angetan dieses Streben nach Ausdehnung zu fördern und zu schüren. Die fortwährenden inneren Zwistigkeiten und zuletzt die Willkürherrschaft der römischen Prokuratoren machten den palästinensischen Boden immer heißer unter den Füßen aller friedlichen Elemente, und schon geraume Zeit vor der Zerstörung Jerusalems durch Titus sehen wir zahlreiche jüdische Siedelungen in fremden Ländern und unter fremden Wirtsvölkern entstehen. Dieser mächtige Auftakt zu der späteren Diaspora geschah in der Zeit, da die pharisäischen Lehren und Methoden sich zu einem festgefügtten System zusammenballten, pharisäische Denkweise und pharisäische Anschauungen zu einem Gemeingut weiter Volkskreise wurden, und pharisäischer Einfluß bis in die untersten Schichten der Bevölkerung reichte.

Unter pharisäischer Gelehrsamkeit oder kurz Pharisäertum versteht man jenen Inbegriff von Lehren, Abhandlungen, Erörterungen und Diskussionen, die sich zwecks Normierung der religiösen Lebenspraxis der Juden mit der Auslegung, Erläuterung und Deutung des geschriebenen Gesetzes wie der Aufstellung von Vorschriften auf Grund dieses Gesetzes befaßten, und die zuletzt in der Mischna, den sogenannten Borajtot und dem Babylonischen wie dem Jerusalemischen Talmud endgültig festgelegt wurden. Den Beginn der Schrifterklärung führen manche auf Esra zurück /um 458 vor Christus/, da er unter seinen Zeitgenossen als Esra der Schriftgelehrte bekannt war. Manche glauben sich aber berechtigt diesen Beginn noch weiter zu verlegen, nämlich in die Zeit des Propheten Jeremias /um 597 vor Christus/, da die

biblische Überlieferung aus jener Zeit eines Baruch des Schriftgelehrten Erwähnung tut. Andere wiederum glauben behaupten zu dürfen, daß die Schrifterklärung immer bestand, daß sie der Schrift parallel lief, und sie berufen sich auf eine Stelle im 17. Kapitel des Deuteronomiums.¹ Diese Ansicht stimmt teilweise mit der traditionellen Auffassung des Judentums überein, die besagt, daß das geschriebene Gesetz und die mündliche Überlieferung zwei Seiten eines und des selben göttlichen Tatbestands seien, etwa in der Art, wie die Attribute der Ausdehnung und des Denkens bei Spinoza eine und die selbe Substanz auf verschiedene Weise zum Ausdruck bringen. Diese Auffassung bleibt natürlich ein Glaubensdogma; diskutieren läßt sich darüber nicht. Was aber die gemachten Versuche betrifft den Beginn der mündlichen Erklärung zeitlich festzulegen, so muß man feststellen, daß sie sämtlich mit einer mindestens sehr zweifelhaften und schwanken Voraussetzung operieren, mit der Voraussetzung nämlich, daß das geschriebene Gesetz ein von Anfang an fertig Gegebenes sei, während es meistens nur den endgültigen Niederschlag von Auslegungen und Deutungen bildete, die sich um bestimmte Gebräuche, Gewohnheiten und Gepflogenheiten gruppiert hatten. Wir haben es hier mit einem Fall zu tun, der sich in der kulturgeschichtlichen Entwicklung so vieler Völker wiederholt: Gewohnheitsrecht verwandelt sich im Lauf der Zeit in geschriebenes Recht. Die Frage fände auf diese Weise eine sehr einfache Lösung. Aber so einfach ist die Sache doch nicht. Wenn wir das geschriebene Gesetz der Heiligen Schrift und die in den beiden Talmüds ebenfalls niedergelegte mündliche Überlieferung aneinanderhalten, so springt ein gewaltiger Unterschied im Geist der beiden Dokumente in die Augen. Hier großartige Schlichtheit, präzise Knappheit im Ausdruck, dort gewundene Dialektik und weitschweifende Auseinandersetzung. Das erste Dokument zeugt von einem einfachen geradlinigen Sinn, das andere von einer bereits stark entwickelten Intellektualität. Woher die Intellektualisierung?

Ihre Anfänge fallen in jene Zeit nach dem babylonischen Exil, als das Gefühl des zusammengewachsenseins mit der heimatlichen Scholle in breiten Schichten des jüdischen Volkes sich stark zu lockern beginnt. Dieses Streben nach Ausbreitung vermochte im Bewußtsein des jüdischen Volkes erst nach der Wegführung im Jahr 597 und nach der großen Erschütterung des babylonischen Exils lebendig zu werden. Hier kann man von einem tatsächlichen Beginn reden, während die Frage nach der mündlichen Überlieferung uns in einen chronologischen Zirkel verwickelt, ohne uns zeigen zu können, wann das Frühere und wann das Spätere geschah. Ein Parallelismus zwischen dem Fortschreiten der jüdischen Ausdehnung und dem Erstarken des pharisäischen Geistes wird kaum ernstlich bestritten werden können. Je größere Dimensionen die jüdische Ausbreitung annimmt, je höher die Wellen der jüdischen Auswanderung schlagen, desto mehr gewinnt der Pharisäismus an Umfang und Bedeutung. Die ganze Denkweise des spätern Pharisäertums paßt sich allmählich dieser Tatsache der Ausbreitung an. Besonders deutlich tritt dies hervor, wenn wir sie mit den Anschauungen des Prophetismus über das Heilige Land und die Zukunft des Volkes vergleichen.

1) »Wenn dir ein Rechtsandel in betreff eines Mordes, einer Eigentumsfrage oder einer tätlichen Mißhandlung, überhaupt irgendwelche Streitsachen in deinen Wohnorten außergewöhnlich schwierig vorkommen, so sollst du dich aufmachen und hinreisen an die Stätte, die Jahwe dein Gott erwählen wird, und sollst dich an die levitischen Priester und an den Richter wenden, der zu dieser Zeit vorhanden sein wird, und um Rat fragen, und sie sollen dir den Urteilspruch kundgeben.«

Während die Propheten in all ihrem Sinnen und Trachten von einem zentripetalen Streben beseelt sind, zeigen die späteren Pharisäer eine bereits starke zentrifugale Tendenz; während die Propheten bei all ihrem Universalismus den heiligen Berg nie und nimmermehr aus den Augen verlieren und mit allen Fibern ihrer Seele am heiligen Boden hängen, richten bereits die Pharisäer bei all ihrem Partikularismus ihr Augenmerk auf das Ferne und außerhalb des Bereichs des Landes Liegende. Während die Propheten in ihren Zukunftsträumen und Verheißungen davon reden, daß alle Völker der Erde zum heiligen Berg Zion pilgern werden, reden die Pharisäer davon, daß das Land Israel sich nach allen Richtungen hin über alle Völker der Erde ausbreiten werde; während die Propheten die Zerstreung der Juden aufs schmerzlichste beklagen, reden die Pharisäer davon, daß diese Zerstreung eine besondere Wohltat der Gottheit für das jüdische Volk sei. Auch der Religion gegenüber verhalten sich beide ganz verschieden. Für die Propheten ist ein abtrünniger, dem Baal- und sonstigem Götzendienst verfallener Jude noch immer ein Jude, ein Sohn Israels, allerdings ein sünd- und frevelhaftes Glied, aber immerhin ein Glied des jüdischen Stammes. Für die Pharisäer ist ein Jude, der vom Glauben abgefallen ist, kein Sohn Israels mehr. (Einige Pharisäer haben dieses Verhalten durch die Äußerung gemildert, daß ein sündhafter Jude noch immer Jude ist; es ist aber ganz unausgemacht, was die Pharisäer hier unter Sünde verstanden haben: ob ein Vergehen gegen den Ritus oder den Abfall vom Glauben.) Wir sehen also hier einen nach außen gerichteten, vom angestammten Boden sich loslösenden Blick. Eine derartige Gesinnung legt bereits starkes Zeugnis von einer regen intellektuellen Tätigkeit ab. Bergson hat den bemerkenswerten Versuch gemacht den Zusammenhang zwischen Intellektualität und Ausdehnung metaphysisch zu begründen. Nach seiner Ansicht stellt nämlich der Intellekt jene Seite des psychischen Geschehens dar, die auf die materiellen Gegenstände der Außenwelt gerichtet und ihnen besonders gut angepaßt ist. Der Intellekt fühle sich heimisch in der Welt der unbeweglichen, scharf abgegrenzten, fertigen und festen Dinge und gerate in arge Verlegenheit, sobald er mit etwas Unbestimmtem, Unfertigem, Fluktuiierendem, Schillerndem und Veränderlichem zusammentrifft. Bergson spricht daher von den geometrischen Eigenschaften des Intellekts. Nun ist die Materie nach Bergson ihrem innern Wesen nach Exzentrierung, Zerstreung, Expansion oder, gut cartesianisch-spinozistisch gesprochen, Ausdehnung. Es folgt daraus, daß der Intellekt von Haus aus auf Verbreitung eingestellt ist. Zu dieser Metaphysik mag man sich verhalten, wie man will, die innere Verwandtschaft zwischen Intellektualität und Ausbreitung einerseits und zwischen Gefühl und Konzentrierung andererseits bleibt immerhin eine wohl begreifliche Tatsache. Das Gefühl haftet am Gegebenen, es vergräbt sich darin und bleibt in ihm stecken. Der Intellekt geht über das Gegebene hinaus, indem er es mit einem andern vergleicht und zu diesem in Beziehung setzt. Das Gefühl sagt: Dieses und nichts darüber hinaus. Der Intellekt sagt: Dieses und jenes. Das Gefühl ist intensiv, der Intellekt extensiv.

Es war dies freilich eine recht seltsame Intellektualität, eine solche, die vornehmlich die religiöse Normierung des alltäglichen Lebens ins Auge faßte und nur gelegentlich ihr Interesse auch religionsphilosophischen Fragen zuwendete. Ihr ganzes Bemühen war hauptsächlich darauf gerichtet jedes in der Gesellschaft neu entstehende Bedürfnis, jede neu entstehende Forderung

an das bereits verfügbare Material an schriftlich niedergelegten oder mündlich zirkulierenden Satzungen möglichst genau anzupassen. Zu diesem Zweck bediente sie sich einer haarscharfen Dialektik, die im Lauf der weitem Entwicklung folgende Methoden herausarbeitete: 1. Aufstieg vom Leichtern zum Schwerern (קל וחומר), 2. logische Analogie (אגידה שוה), 3. Hauptgrundsatz (בנין אב), 4. Subsumtion des Einzelfalls (כלל ופרט), 5. Schlußfolgerung (דבר הלמד מענינו), 6. 2 Stellen in der Bibel (שני כתובים), 7. Ähnliches an einer andern Stelle (כיוצא בו במקום אחר). Dazu gesellen sich die 13 Regeln des Jose aus Galiläa und die 32 Regeln des Rabbi Ismael. Aber in all diesen Methoden erschöpften sich noch lange nicht jene Mittel, deren sich diese Intellektualität bediente, um das Neue und Unvorhergesehene aus dem Alten und Vorhergesehenen abzuleiten. Ihre Hauptleistung lag auf dem Gebiet der Deutung und Auslegung. Zu diesem Zweck wurde ein gewaltiger logischer Apparat in Bewegung gesetzt. Vermittelst dieses logischen Apparats wurde das jeweilig verfügbare Material an fertigen Regeln so lange bearbeitet, bis sich der neu entstehende Fall dem bereits Vorhandenen wie von selber eingliederte. Auch auf dem Gebiet der religiösen Dogmen gewahren wir eine überaus bedeutungsvolle Umwälzung. Es beginnt nämlich die einzelne Individualität aus dem Hintergrund des Volksganzen hervorzutreten. Dem einzelnen Individuum wird Unsterblichkeit zugesichert, Vergeltung wird ihm in Aussicht gestellt. Beim ältern, vorpharisäischen Judentum bleibt das Volk als solches unsterblich, nicht die Einzelperson; Vergeltung trifft in erster Linie und unmittelbar das Volk als Ganzes, nicht gerade diese oder jene Einzelperson. Dieser Primat des Volkes über das einzelne Individuum, dieses Aufgehen der Person in einem sie umfassenden Ganzen zeugt von einem starken Gefühl der Verwurzelung bei dem ältern Judentum. Mit dem Augenblick, da verschiedene Teile sich vom Ganzen abzulösen anfangen, mußte sich notgedrungen der Blick von diesem Ganzen ab- und den einzelnen Teilen zuwenden, und da fiel auch die Einzelperson zum erstenmal auf. Man begann zu fühlen, daß die Individuen die Bausteine der Nation sind.

Wir sahen, daß dieser Intellektualismus die notwendige Begleiterscheinung eines im Bewußtsein des Volkes erwachenden Strebens nach Ausbreitung bildete. Wir sahen andererseits, daß er sich vornehmlich in der Sphäre der religiösen Praxis betätigte, daß er die Grenze dieser Praxis nur gelegentlich und selten verließ. Ist das nicht sonderbar? War es nicht zu erwarten, daß der logische Apparat, einmal in Bewegung gesetzt, alle Annahmen eines naiven Glaubens schonungslos zermalmen würde? Man wird vielleicht sagen: Das waren welt- und lebensfremde Scholastiker, die aus bloßer Freude am Spintisieren und aus Mangel an anderweitigen Interessen ihre logisch-dialektische Begabung in den Dienst einer ihnen gewohnten und von Jugend auf vertrauten Disziplin stellten. Ohne vorderhand die Frage zu erörtern, ob welt- und lebensfremde Scholastiker es vermocht hätten ein ganzes Volk im Bann ihres Einflusses lange Generationen hindurch zu halten, sei eines festgestellt: Der Lebenswandel der Pharisäer befand sich, wie zahlreiche Beispiele zeigen, in voller Übereinstimmung mit ihrer Lehre. Aus den Aussagen verschiedener Schriftgelehrter über das Studium der Thora geht folgendes hervor (und für jedes gibt es einen unzweideutigen Beleg, wenn hier freilich auch die wörtlichen Zitate nicht gegeben werden können). Diese angeblichen spitzfindigen Scholastiker und Kasuisten waren also beschaffen: Sie studierten die Lehre mit Freude unter den schwersten materiellen Ent-

behrungen, bei Hunger, Durst, Kälte und in den peinlichsten äußeren Situationen; sie studierten sie mit Freude unter den schmerzlichsten Krankheiten und den schlimmsten seelischen Nöten, auch in der letzten Stunde ihres Lebens, als sie bereits vom Hauch des Grabes umweht wurden, ließen sie von ihren Studien nicht ab. Sie verschlossen ihr Herz gegenüber ihren nächsten und geliebtesten Angehörigen, verließen Weib und Kind, Haus, Hab und Gut, führten ein unstätes Wanderdasein, um nur ein Wort der Lehre aus dem Mund eines wissensreichen Rabbi erhaschen zu können. Sie hielten es für frevelhaft auch nur für einen kurzen Augenblick das Studium zu unterbrechen, um die Schönheiten der umgebenden Natur zu bewundern (und sie verstanden doch wohl diese Schönheiten recht zu würdigen, wenn sie so gründlich vor deren Verlockungen warnten). Bei einer derartigen Innerlichkeit und Hingabe ist es auch ohne weiteres begreiflich, daß sie jedes Pochen auf Gelehrsamkeit und Wissen, jedes Streben nach Ruhm, jede Äußerlichkeit überhaupt auf das entschiedenste verwarfen und verpönten. Sie lebten beständig in einem geistigen Rausch, sie waren förmlich trunken von der Lehre. Hat man je solche Spintisierer und Forscher gesehen? Freilich sind uns manche Fälle aus der Geschichte des wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens bekannt, wo dieser oder jener Forscher und Künstler in einem derartigen Zustand des geistigen Rausches und der völligen Vergessenheit seiner selbst verharrte. Wir kennen aus der Geschichte das mutige und opferfreudige Benehmen eines Galilei, Giordano Bruno und Campanella, wir kennen den selbstlosen und dornenvollen Lebenswandel eines Spinoza, wir kennen auch manchen großen Künstler, der es vorzog ein Leben in Not und Unbekanntheit zu führen, um seine Kunst nicht profanieren zu müssen. Aber das waren doch alles nur vereinzelte, hie und da sporadisch auftauchende und wieder verschwindende Erscheinungen. Wo hat man aber je in der Geschichte des menschlichen Forschens irgendwelcher Art eine ganze Schicht von Menschen gesehen, die Generationen hindurch ihren Studien auf diese Weise oblagen, bis zur völligen Vergessenheit ihrer selbst und ihrer nächsten Angehörigen, bis zur absoluten Aufopferung ihres eigenen Lebens und des ihrer nächsten Angehörigen, bis zur höchsten Verzücktheit, bisweilen bis zum Wahnsinn? Für diese Erscheinung gibt es nur eine einzige Erklärung: Die Lehre, deren Studium die Pharisäer oblagen, war ihnen keine Lehre im üblichen Sinn des Wortes sondern eine göttliche Offenbarung, berufen die Welt zu erlösen; der Eifer, mit dem sie sich auf dieses Studium warfen, war kein gewöhnlicher Eifer wißbegieriger Forscher sondern eine religiöse Begeisterung in des Wortes eigentlicher Bedeutung; die methodischen Hilfskonstruktionen, die dialektischen Mittel zur Bewältigung des gewaltigen Lehrstoffs waren ihnen keine Hilfskonstruktionen und Mittel im üblichen Sinn des Wortes sondern ebenso viele Eingebungen des höhern Geistes, um dem Irrenden den Weg zum Heil zu weisen; der Gelehrte war ihnen kein Gelehrter in dem uns geläufigen Sinn des Wortes sondern ein Priester, ja ein Gesandter Gottes, ein Prophet, der gekommen ist, um das Heil durch die richtige Auslegung der Offenbarung auf seine eigene Weise zu verkünden. Sowohl die fertige vor ihnen liegende Schrift, wie die von ihnen selber geschaffenen Neuerungen aus ihrem Geist und Sinn, wie auch sämtliche in der Zukunft zu schaffende Neuerungen durch spätere Gelehrte; dies alles war in ihren Augen ein einziges Gewand Gottes, das sich vor ihnen immer mehr und immer herrlicher entfaltete.

Nichts ist im Bewußtsein der abendländischen Welt so sehr in sein Gegenteil verkehrt worden wie der Name Pharisäer. Was weiß der Abendländer anderes von den Pharisäern, als was an einigen Stellen des Neuen Testaments aus dem Bedürfnis tendenziöser Polemik einiger Adepten der Tochterreligion gegen ihre Mutter ausgesagt wird? Dadurch wurde das Pharisäertum mit Heuchelei in Verbindung gebracht, und diese durch nichts begründete Insinuation hat sich bis zu einem Grad siegreich durchzusetzen vermocht, daß die Gleichung Pharisäer = Heuchler zu einem Gemeinplatz in fast allen Literaturen des Abendlandes geworden ist, und daß diese Identifizierung auch in der alltäglichen Sprache, mindestens der "Gebildeten", wiederkehrt. Wer gibt sich die Mühe einer eigenen Nachprüfung? (Rühmend sei hier als besondere Ausnahme der evangelische Religionsgelehrte R. Travers Herford genannt, der in einem grundlegenden Buch das pharisäische Judentum voll Liebe und Verständnis dargestellt hat.² Aber ist für die Macht des gedankenlosen Nachsprechens nicht gerade das bezeichnend, daß er eine ganz besondere Ausnahme darstellt?) Die Schriften der Pharisäer liegen offen vor aller Welt, und jeder kann kommen und nachsehen, was es mit ihnen auf sich hat. Diese Schriften besitzen einen Inhalt von ganz verschiedenem Wert und ganz verschiedener Bedeutung: Neben einer reichverzweigten Kasuistik über mannigfache Fälle juristischer und rein ritueller Natur findet sich da eine Menge medizinischer und sonst wissenschaftlicher Einsichten und Beobachtungen, neben einem Kram von teils scharfsinnigen teils gezwungenen Tüfteleien über den Sinn dieses oder jenes Bibelverses eine Fülle von schönen und rührenden Legenden und Sagen, neben vielen Bemerkungen voller Weisheit viel skurriles und abgeschmacktes Zeug: aber in alledem keine Spur irgendwelcher Heuchelei, keine Spur irgendwelcher Zweideutigkeit, die ihnen angedichtet wurde. Die Pharisäer sagen weise Dinge, mitunter aber auch abgeschmackte, sie erlassen gerechte Vorschriften, mitunter auch ungerechte, aber nie und nirgends heucheln sie, nie und nirgends paktieren sie mit ihrem Gewissen, nie und nirgends kriechen sie vor dem jeweiligen Machthaber, und wenn sie etwas finden, was in Widerspruch zur Lehre steht, so kennen sie kein Ansehen der Person, kennen weder Freund noch Feind und sind von einer Offenheit und Geradheit, die unbegrenzte Ehrfurcht abzwängt. Die Schriften der Pharisäer liegen offen vor aller Welt. Man zeige uns irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß sie je geheuchelt und gelogen hätten.

Ein hervorstechender Zug des Pharisäertums, der von seiner Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit beredtes Zeugnis ablegt, ist ihr heißes Bemühen das Studium und die Kenntnisse der Lehre unter den verschiedensten Schichten des Volkes möglichst zu verbreiten: möglichst viele Primarschulen für Kinder, möglichst viele Schulhäuser für Erwachsene, möglichst viele Schüler und Talmudbeflissene überhaupt. Rabbi Jochanaan sagte: »Wer die Lehre studiert, ohne sie weiterzugeben, der gleicht einer Myrthe in der Wüste.« Und so unzählige andere Aussprüche. Dieser Eifer der Pharisäer ihr Wissen noch dem Geringsten im Volk zugänglich zu machen steht ohne Beispiel in der Geschichte der älteren Religionen da. Die meisten Priesterschaften der alten Welt und weit darüber hinaus zeigten sich aufs eifrigste darum besorgt den Schatz ihres Wissens den Augen der profanen Menge möglichst zu

²) Siehe die *Rundeckhauen Geschichte und Religionswissenschaft* in den Sozialistischen Monatsheften 1914 I Seite 326 und 1920 II Seite 1118.

entziehen. Dieses Bestreben sich abzuschließen und einen dichten Schleier des Geheimnisses um sich zu ziehen gewahren wir in fast allen priesterlichen Gemeinschaften der antiken und mittelalterlichen Welt, angefangen von der priesterlichen Kaste im alten Ägypten bis zum Klerus im mittelalterlichen Europa. Die einzige Ausnahme macht vielleicht der Buddhismus, der aber keine eigentliche Religion ist, da ihm der Lebensnerv aller Religion, der Gottesbegriff, fehlt. Sonst suchen alle eine dicke Mauer zwischen sich und dem übrigen Volk zu errichten. Und nur das "heuchlerische" Pharisäertum zeigt ein alledem stracks entgegengesetztes Verhalten.

Wie oben dargelegt, waren die Pharisäer von jeher gewohnt in der Lehre gleichsam eine Selbstentfaltung der Gottheit zu sehen. Nun hat die Gottheit laut der Überlieferung des Prophetentums, die vom Pharisäertum in allen ihren Konsequenzen akzeptiert wurde, die Bedeutung einer höchsten moralischen Instanz. Dementsprechend mußte auch alles pharisäische Forschen ein moralisches Endziel haben. Damit ist freilich nicht gesagt, daß der einzelne Pharisäer bei jeder Erwägung schon gleich über deren ethische Tragweite nachdachte oder sich etwa fragte, welche moralische Handlung sich daraus ergeben könnte. Der einzelne Pharisäer fand nur allzuoft eine kindliche Freude am Argumentieren des Argumentierens halber, ohne sich über das Wozu klar zu werden. Besonders stark entwickelte sich die Vorliebe für dialektische Spielereien im Babylonien des 2. nachchristlichen Jahrhunderts bei den sogenannten Amoreiten, den Nachfolgern der Tanaiten, die es sich zur Lebensaufgabe machten die von Rabbi Jehuda Hanassi abgeschlossene Mischna in allen ihren Einzelheiten zu erläutern, genau in der Weise, wie die Männer der Mischna, die Tanaiten, es sich seinerzeit zur Lebensaufgabe gemacht hatten die Heilige Schrift in allen ihren Einzelheiten zu erläutern. Der größere Umfang bot auch größern Spielraum für allerhand Spekulationen. Dies alles aber hinderte das Pharisäertum als Ganzes nicht daran sich klare Rechenschaft über das Endziel der Forschung zu geben. Dieses würde von ihm als rein ethischer Art erkannt. Die Erkenntnis muß, dem Pharisäertum zufolge, moralische Folgen haben. Ein richtiger Lehrbeflissener muß dem Pharisäertum zufolge auch von einem untadelhaften Lebenswandel sein (wiewohl die Pharisäer mitunter auch das bloße Wissen verehrten und hochhielten). In dieser Hinsicht befanden sich die Pharisäer in vollem Einklang mit der Auffassung der Propheten, der Psalmisten und des Verfassers der Sprüche, denen allen Weisheit und Frömmigkeit eins sind. Unter den 48 Tugenden, die nach pharisäischer Anschauung einen Menschen zur Aneignung der Lehre fähig machen, finden sich folgende: Liebe zu Gott, Liebe zum Menschen, Liebe zur Gerechtigkeit, Liebe zu Ermahnungen, Fernbleiben von Ehrbezeugungen, Bescheidenheit, Hilfsbereitschaft, Nachsicht im Beurteilen seines Nächsten, Anleitung seines Nächsten zur Wahrheit. Ein Ausspruch im Traktat Sabbat lautet: »Lehrbeflissene sind Baumeister, denn sie beschäftigen sich mit dem Aufbau der Welt.« Natürlich handelt es sich hier überall um ein vorwiegend theologisches Wissen. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Pharisäer auch ein profanes Wissen in diesem Grad hochhielten und als eine Angelegenheit der Moral betrachteten, obwohl sie der hellenischen Philosophie Verehrung zollten. Das Wissen, von dem sie redeten, hatte die göttlichen Gebote zu seinem Gegenstand und zu seinem Endzweck. Diese Grenzen muß man immer im Auge behalten, wenn man vom Pharisäertum, seiner Bedeutung und

seinen Wirkungen spricht. Allein in diesen Grenzen hat das Pharisäertum unendlich mehr zustande gebracht als die europäische Kultur. Das Pharisäertum hat dem Menschen des "Durchschnitts" einen fast grenzenlosen Respekt vor dem Gedanken eingeflößt, was die europäische Kultur bei all ihren geistigen Errungenschaften bis jetzt nicht vermocht hat. Auf dem Gebiet der sozialen Beziehungen hat das Pharisäertum das Höchste dessen geleistet, was eine Religion auf diesem Gebiet überhaupt zu leisten vermag: es hat gewisse rein moralische Instanzen geschaffen, die dem Menschen ohne jede Einmischung von außen in gewissen typischen Fällen haltgebieten. Wie lagen die Dinge innerhalb des pharisäisch erzogenen Judentums, innerhalb jenes "Ghettojudentums", das abgeschlossen von aller Welt sein Leben ausschließlich im Geist des Pharisäertums einzurichten versuchte? Wenn selbst der roheste unter den pharisäisch-talmudischen Juden vor einer Bluttat zurückschreckte, wenn der habsüchtigste und geizigste unter diesen beim besten Willen es nicht vermeiden konnte hin und wieder an Bedürftige zu spenden, wenn der brutalste und zynischste unter ihnen dem bescheidenen Talmudkenner Achtung zollte und dem Urteilsspruch eines rabbinischen Gerichts sich bedingungslos fügte, wenn der in Geldgeschäfte versinkende Jude dennoch und trotzallem nicht im Geld sondern in Gelehrsamkeit und Frömmigkeit die letzte Instanz sah und keinen sehnlichern Wunsch kannte als sich mit Frommen und Gelehrten zu verschwägern, so ist es dem Einfluß des pharisäischen Geistes zu verdanken.

Betrachte ich das Werk des Pharisäertums, so erfaßt mich ein Gefühl des Staunens und der Ehrfurcht. Ich schaue mich in der Geschichte des religiös- und politisch-praktischen Schaffens um und finde nichts, was den Vergleich mit ihm aushalten könnte. Was bedeuten alle anderen Gebilde der religiösen oder politischen Kultur gegenüber den praktisch-konkreten Resultaten dieses Werkes, das ohne äußere Gewaltmittel, ohne staatlichen Zwang, einzig und allein durch den Machtspruch einer moralischen Autorität im Verlauf langer Jahrhunderte in einem bodenlosen, zerstreuten Volk den Respekt vor dem Geist und dem Menschen des Geistes wachzuhalten vermochte (wenn auch, was gesagt werden muß, dieser Respekt sich fast ausschließlich auf den theologisierenden Geist im pharisäischen Sinn bezog)? Natürlich war bei alledem die Voraussetzung einer göttlichen Offenbarung maßgebend, und zwar einer solchen, die jede gesellschaftliche Normierung und jede damit zusammenhängende gedankliche Spekulation mit ihrem Geist durchdringt. Mit dem Glauben an diese Offenbarung steht und fällt das ganze Gebäude.

Gewiß, die vom Pharisäertum so hochgehaltene Erkenntnis ist eine gefesselte Erkenntnis. Aber werfen wir einen kurzen Blick auf jenen Schauplatz, wo die von jeder religiösen oder moralischen Gebundenheit emanzipierte Erkenntnis sich breit macht, und sehen uns ihre praktischen Ergebnisse auf dem Gebiet der sozialen Verhältnisse an: Im Vordergrund steht ein ungeheuerlicher Götze mit allen Attributen einer blutgierigen und nimmersatten Gottheit. Sein Name ist Interesse (im Munde seiner Priester wird er als "heiliges Interesse", "heiliger Egoismus" angerufen). Seine Gebote und Losungen sind unerbittlicher Kampf zwischen Person und Person, zwischen Gruppe und Gruppe, zwischen Nation und Nation, zwischen Rasse und Rasse. Die Mittel des Kampfes sind Gewalttat, Lüge und Betrug. Reich und Arm, Vornehm und Gering, Gebildet und Unwissend huldigen und opfern ihm mit der gleichen Inbrunst. Er wird gefeiert und umjubelt von

der Schar seiner Priester, als da sind Politiker, Männer der Öffentlichkeit, Journalisten und Literaten. Er wird besungen und belobt von den Vorböten und Begleitern alles gesellschaftlichen und ethischen Zerfalls, als da sind Anekdotenerzähler, Spaßmacher, auch literarische Klatschbasen aller Art. Welches sind nun die Prinzipien, die das Pharisäertum im Lauf seiner langen Entwicklung herausgearbeitet hat, und die wir der abendländischen Geistesrichtung entgegenstellen können? Es sind zusammengefaßt die folgenden:

1. Das Pharisäertum hat das alltägliche Leben des einfachen Menschen mit dem Bewußtsein einer moralischen Verantwortlichkeit durchtränkt, es hat jeden Schritt in der Lebenspraxis dieses Menschen höheren Gesichtspunkten untergeordnet. Der Mensch gewann ein bestimmtes Verhältnis zum Leben.
2. Dem Pharisäertum waren Erkennen und Wissen heilig; ihm waren Erkennen und Wissen die Ausstrahlungen eines allumfassenden göttlichen Prinzips.
3. Das Pharisäertum hat auch einen andern Begriff von Demokratie als die abendländische Kultur herausgearbeitet. Die Verantwortlichkeit für die Erfüllung der religiösen Pflichten trägt vor allen Dingen die konkrete Einzelperson als solche und nicht das ganze Volk in corpore. Auch im pharisäischen Denken spielt das Volksganze eine entscheidende und wesentliche Rolle, auch das Pharisäertum möchte durchaus die Verkörperung des religiösen Gedankens im Volk sehen; aber es faßt dieses Volk ganz deutlich als einen Inbegriff von einzelnen Individuen. Dementsprechend wurde die Einzelperson in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Eine derartige Verhaltensweise mußte die demokratischen Tendenzen innerhalb der Gemeinschaft ungemein fördern. Und in der Tat waltete in dieser Gemeinschaft ein stark demokratischer Zug, trotz dem Gegensatz zwischen Wissenden und Unwissenden, trotz der Autorität des Synedriontribunals in Palästina und trotz der mitunter despotischen Herrschaft der Exilarchen im Babylonien der ersten nachchristlichen Jahrhunderte. Denn jedes einzelne Individuum konnte auf Grund seiner Anteilnahme an der göttlichen Lehre und dem göttlichen Gesetz seine Rechte gebieterisch geltend machen. Aber eben der Umstand, daß sich die Einzelperson als Anteilnehmerin an dieser Lehre und diesem Gesetz ausweisen mußte, bildete das Maß und die Richtschnur für die Ansprüche und Forderungen der Menge und hielt alle niedrigen Instinkte in Schranken.

Vergleicht man das Pharisäertum mit dem Prophetismus, so wird man bei ihm erhebliche Rückschritte in manchen Punkten konstatieren müssen. Es fehlte ihm an jenem Schwung des Geistes und an jener Fülle des Gemüts, die das Prophetentum vor allem auszeichnen. Es fehlte auch jenes soziale Pathos, das einen so charakteristischen Zug in der Physiognomie der Propheten bildet. Es fehlt das Interesse für politische Zusammenhänge, das bei den Propheten so stark entwickelt ist. Es fehlt der weite historische Blick, der den jüdischen Propheten so hoch über den Rahmen einer kleinbäuerlichen Umgebung emporhebt. Es fehlt der metaphysische Trieb, der bei den Propheten sich zu erkennen gibt, freilich in dem Rahmen und den Grenzen seiner Umgebung, als Reflexion über die Natur der Gottheit. Aber es gibt einen Punkt, und zwar einen sehr wesentlichen, in dem die Pharisäer den Propheten voraus waren: Sie formten und kultivierten die Massen, durchtränkten sie mit ethischen Prinzipien und entwarfen die Richtlinien für die Entwicklung jeder echten Demokratie.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

Internationale
Arbeitskonferenz

Am 16. Juni trat die Internationale Arbeitskonferenz zu ihrer 6. Tagung in Genf zusammen. Die Tagesordnung sah 4 Punkte vor: 1. die Benutzung der Freizeit der Arbeiter, 2. die Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Arbeiter bei Arbeitsunfällen, 3. die 24stündige wöchentliche Betriebsruhe in Glashütten mit Wannenöfen, 4. die Nachtarbeit in den Bäckereien.

Zum 1. Punkt, der ja in engem Zusammenhang mit der Arbeitszeitfrage steht, haben 22 Staaten Vorschläge eingereicht, gegliedert nach den von Genf auf einem Fragebogen angegebenen Punkten: Maßnahmen, um den Arbeitern die Unverkürztheit ihrer Freistunden zu sichern, Methoden zur Ausnutzung der Freizeit, allgemeine Grundsätze. Das Internationale Arbeitsamt antwortete darauf mit einem Vorschlagsentwurf. Zum Schutz der Freizeit empfiehlt man Beseitigung der Nebenarbeit, zweckmäßige Einteilung der Arbeitszeit, Verbesserung der Verkehrsmittel, für die Ausnutzung der Freizeit Arbeiterwohnungspolitik, Kampf gegen den Alkohol.

Die Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Arbeiter bei Arbeitsunfällen (2. Punkt) soll möglichst die Form eines Übereinkommensentwurfs annehmen und auf 2 aufeinanderfolgenden Tagungen zur Abstimmung kommen. Es gilt die Mittel zu suchen jedem ausländischen Arbeiter bei Unfällen den gleichen Schadenersatz zu leisten, den der einheimische Arbeiter unter gleichen Voraussetzungen erhält. Dabei kommt entweder der Weg der allgemeinen Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Arbeiter bei Unfällen in Frage, die wiederum entweder unumschränkt überall gilt oder auf die Staaten beschränkt bleibt, die das Übereinkommen ratifiziert haben; oder es werden Einzelabkommen der Staaten unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit abgeschlossen. Das Internationale Arbeitsamt hat sich für den ersten Weg entschieden, die Durchführung aber auf die ratifizierenden Staaten beschränkt. Zum 3. Punkt schlägt das Internationale Arbeitsamt folgende Regelung vor, über die ebenfalls in 2 aufeinanderfolgenden Tagungen abgestimmt werden soll: Die Arbeit in den bezeichneten Glashütten

ist in jeder Woche 24 Stunden zu unterbrechen. Dadurch soll der abwechselnd gewährte Ruhetag durch einen gemeinsamen wöchentlichen Ruhetag ersetzt werden. Die Stellung der Regierungen zu diesem Vorschlag ist sehr verschieden. Deutschland hat sich mit Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage ablehnend verhalten.

Besonderes Interesse der Beteiligten erforderte der 4. Punkt; das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien. Seit längerer Zeit wird das Internationale Arbeitsamt hier um eine internationale Regelung ersucht, weil hier durchweg die gleichen Personen zur Tages- und Nachtarbeit herangezogen werden, und gegen diesen ununterbrochenen Betrieb naturgemäß große Bedenken vorliegen. Im Vorentwurf des Internationalen Arbeitsamts ist die Nachtarbeit grundsätzlich verboten, wobei als Nacht 7 aufeinanderfolgende Stunden bezeichnet werden, die die Zeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens beziehungsweise 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens umfassen. Der Begriff der Bäckerei ist sehr weit gefaßt; es sind alle Betriebe eingeschlossen, in denen Brot, Back- oder Konditorwaren hergestellt werden; ausgenommen ist nur die Heimbäckerei. Für einzelne Mächte kann Ausnahme im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gestattet werden. In Deutschland waren seit einiger Zeit die Stimmen lauter geworden, die eine Aufhebung des Nachtarbeitverbots von 1915 und 1918 verlangten. Der Genossenschaftstag in Ulm forderte in diesem Sommer, daß für alle Betriebe mit 12 und mehr beschäftigten Personen das Verbot der Nachtarbeit außer Kraft gesetzt werde. Der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen vertritt dagegen geschlossen den Standpunkt der Beibehaltung einer 8stündigen Betriebsruhe während der Nacht. In der Plenarsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde mit 74 gegen 15 Stimmen ein Übereinkommen angenommen, das im wesentlichen folgendes vorsieht: Die Herstellung von Brot, Konditorwaren und ähnlichen Erzeugnissen aus Mehl ist während der Nacht verboten. Ausgenommen sind Heimbäckerei und die Herstellung von Biskuits in Großbetrieben. Nacht im Sinn dieses Gesetzes bedeutet 7 aufeinanderfolgende Stunden, die die Zeit von 11 bis 5 Uhr, in besonderen Fällen (Klima) 10 bis 4 Uhr

nachts einschließen. Dauernde oder vorübergehende Ausnahmen können nach Befragen der Verbände seitens der Behörden genehmigt werden. Jeder ratifizierende Staat verpflichtet sich die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung zu ergreifen. Die Bestimmungen treten am 1. Januar 1927 in Kraft. Damit haben die Bäckereiarbeiter, unterstützt von den Regierungen, einen bedeutenden Sieg davongetragen.

Tagungen

Am 7. und 8. März fand in Frankfurt am Main der 38. Fürsorgetag des Deutschen

Vereins für öffentliche und private Fürsorge statt. Er beschäftigte sich mit der Reichsnotverordnung über die Fürsorgepflicht und mit der künftigen Gestaltung der öffentlichen Jugendfürsorge. Ausführlich wurde die Frage des Übergangs der Kriegsinvaliden- und -hinterbliebenenfürsorge an die Fürsorgeverbände besprochen, wobei auf die Gefahr einer Massenabfertigung hingewiesen wurde. Otto Lohse wollte mit dem Begriff der Schuld bei den unheilbar Unwirtschaftlichen aufgeräumt wissen, denen er aber nicht mehr als nur das äußerste Existenzminimum zubilligte. Demgegenüber führte ein Vertreter der Innern Mission aus, daß dieser Fünfte Stand, die Asozialen, auch nicht am Hochkommen gehindert werden dürfe. Ludwig Polligkeit lehnte bei seinen Ausführungen über den Umfang der Fürsorgepflicht das armenrechtliche Existenzminimum ab und verlangte, daß die Fürsorge das zu gewähren habe, »was zur Erhaltung des Lebens, der Gesundheit und der Arbeitskräfte, sowie zur Erziehung und Ausbildung erforderlich ist«. Über die praktische Durchführung der neu organisierten Fürsorge in der Stadt sprach der Nürnberger Stadtrat Heimerich. Bei der Erörterung der ländlichen Fürsorge wurde wiederum der Wert der allgemeinen Familienfürsorge betont. An 2. Stelle wurde das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz besprochen. Eine Gefahr sah man besonders darin, daß Reich und Länder nicht verpflichtet sind Gesetzesbestimmungen durchzuführen, die »neue Aufgaben oder eine wesentliche Erweiterung bereits bestehender Aufgaben für die Träger der Jugendwohlfahrt enthalten«. Das heiße so viel, als daß überhaupt nichts geschehen soll; denn natürlich kann jetzt kein Etat eine wesentliche Mehrbelastung ertragen. Als Sicherung gegen diese Gefahr nannte der Referent die Tatsache, daß eine Einschränkung der Jugendämter nur dann zulässig ist, wenn ihre Aufgaben an an-

derer Stelle gelöst werden. Vor dem Abbau geschulter Kräfte wurde gewarnt. Auch die Gefahr der Politisierung der Jugendämter blieb nicht unerwähnt. Bedenklich ist der Wegfall der Verpflichtung Jugendliche, die an geistigen oder schweren ansteckenden körperlichen Krankheiten leiden, in Sonderanstalten unterzubringen.

Der Ausschuß der *Gesellschaft für soziale Reform* hielt am 10. April in Berlin eine Sitzung ab, bei der neben inneren Angelegenheiten die gegenwärtige sozialpolitische Lage eingehend durch Ludwig Heyde erörtert wurde. Heyde sagte unter anderm, daß ein Steigen der Löhne augenblicklich unmöglich sei, mit wachsender Wirtschaftsproduktivität aber eintreten werde, ohne die Stabilität der Währung zu gefährden. Von einem sozialen Dumping könnte trotz den niedrigen Löhnen jedoch nicht gesprochen werden, da die deutsche Industrie vorbelastet sei. Die am Anfang des Jahres stark gebrochene Macht der Gewerkschaften sei wieder im Erstarken, wobei aber nicht vergessen werden dürfe, daß die Deflation die Arbeitgeber zunächst wieder fest in den Sattel setzte. Arbeitszeitordnung und Schlichtungsordnung wurden von Heyde grundsätzlich gebilligt, die Anerkennung der Arbeitsgemeinschaft von ihm gewünscht.

Die *öffentlichen Arbeitsnachweise Thüringens* tagten am 23. April in Weimar. Zunächst wurde das in Thüringen neu durchgeführte Verfahren erörtert, nach dem die Beiträge in der Erwerbslosenversicherung nicht mehr durch die Krankenkassen sondern durch den Arbeitgeber selbst eingezogen werden. Die Regierung erhofft von diesem Verfahren einen schnelleren und sichern Eingang der Beiträge. Es wurde ein Ausbau des Netzes der Arbeitsnachweisnebenstellen gewünscht, um eine genaue Kontrolle der Erwerbslosen zu ermöglichen und die Arbeitsbeschaffung zu erleichtern. Die Berufsberatung ist den Arbeitsnachweisen zur Pflicht gemacht, wengleich die Anstellung hauptamtlicher Berufsberater auf finanzielle Schwierigkeiten stößt. Wegen des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitern, aus Gründen ungünstiger Wohnungs- und Lohnverhältnisse, mußte das Reichskontingent für ausländische Arbeiter um 150 erhöht werden. Besonders interessant ist die Tatsache, daß die Arbeitsnachweise in Verbindung mit den Strafanstalten stehen, um die Straftatlassenen in geeignete Arbeitsstellen zu bringen. Der in Thüringen eingeführte progressive

Strafvollzug für Jugendliche sowie die handwerklichen Betriebe innerhalb der Strafanstalten erleichtern die Arbeitsvermittlung, obwohl noch immer wesentliche Schwierigkeiten, sowohl von Arbeitgebern, namentlich Behörden, wie von Arbeitnehmern gemacht werden.

Am 30. und 31. Mai fand in Leipzig die *sächsische Landeswohlfahrtstagung* statt, die sich in erster Linie mit der Neuordnung der Fürsorge durch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht beschäftigte. Der Ministerialrat Maier /Dresden/ gab einen systematischen Überblick, der durch 2 Sonderreferate, Stadt und Land, ergänzt wurde. Die Organisation der Kriegsinvaliden brachte ihre Wünsche und Klagen über die Nichteinbeziehung einzelner Zweige der Kriegsfolgenhilfe in die allgemeine Wohlfahrtspflege vor; ein Vertreter der privaten Wohlfahrtspflege fürchtete, daß dieser in der Praxis nicht der genügende Einfluß eingeräumt werde. Ein weiteres Referat beschäftigte sich mit der Neuordnung der Amtsvormundschaft auf Grund des Abschnitts 4 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes; die gesetzliche Amtsvormundschaft wird in Sachsen uneingeschränkt durchgeführt.

Zur selben Zeit tagte in Gotha der *Deutsche Verband der Sozialbeamtinnen*, der auch in dieser Rundschau Erwähnung verdient, da allgemeine Fragen der Wohlfahrtspflege erörtert wurden. Die Oberregierungsrätin Marie Baum referierte über die Neugestaltung der Wohlfahrtspflege. Sie verspricht sich von den letzten gesetzgeberischen Maßnahmen eine günstige Gesamtentwicklung, hält aber den Einfluß der fachlich geschulten Frau für nicht genügend gesichert. Im Anschluß an die neue Verordnung über die Fürsorgepflicht wünschte die Ministerialrätin Dorothea Hirschfeld eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und erwähnte in dieser Hinsicht den Frauennotdienst, eine Verwirklichung der erstrebten nachbarlichen Hilfe. Die Personalabbauverordnung wurde in ihrer Wirkung auf die Wohlfahrtspflege von der Regierungsrätin Käthe Gaebel besprochen. Zum Glück sind die anfänglichen Befürchtungen, man könnte von den im Außendienst beschäftigten Kräften eine große Anzahl entlassen, nicht Wirklichkeit geworden. Manche Stellen wurden jedoch nicht wieder besetzt, so daß tatsächlich eine stärkere Belastung der Zurückgebliebenen erfolgt ist, was schon oft mit Recht gerügt wurde.

Vom 10. bis zum 12. Juni fand in Reutlingen der 31. *Evangelischsoziale Kongreß* statt, der von etwa 500 Teilnehmern besucht war. Der Privatdozent Johannes Raab /Gießen/ sprach über Ethik und Sozialpolitik. Er gelangte zu 3 Forderungen: sittlicher Wille zur eigenen und fremden Befreiung von äußerlicher und innerlicher Willkür, klare Einsicht in die tatsächlichen Zusammenhänge sozialpolitischer Maßnahmen, ausreichende Kenntnis der Volkswirtschaft. Übereinstimmung wurde in der Diskussion darin erzielt, daß die gegenwärtige Sozialethik Produktionssteigerung verlange. Der Pastor Hermann Cordes /Wilhelmsburg/ sprach über die Wirkungen der Industrialisierung auf die Gemeinde und behandelte dabei die Bedeutung des Achtstundentags für das Gemeindebewußtsein. Im Korreferat des Arbeitersekretärs Heinrich Springer konnte man eine geistige Durchdringung des Stoffs, verbunden mit glänzender Diktion, erleben, wie sie selten zu finden sind. Über Gegenwartsnöte und ihre Auswirkung auf das Familienleben referierte Helene Glauze /Jena/, wobei die Doppelbelastung der Frau durch Beruf und Mutterschaft als augenblicklicher Notstand gekennzeichnet wurde.

Totenliste In hohem Alter starb das hervorragende Mitglied der Internationalen Vereinigung für internationalen Arbeiterschutz *Enrico Marchese Corsi* in Turin. Seit Jahrzehnten arbeitete er für den internationalen Arbeiterschutz, besprach auf der 3. Generalversammlung der Vereinigung die Frage der Ausländerbehandlung in der Sozialversicherung und leitete weitere Zusammenkünfte in Genf und Basel. Vor allem verstand er es nach Kriegsende die Sektionen der verschiedenen Staaten einander wieder näher zu bringen, der deutschen Sektion trat er mit der alten Herzlichkeit entgegen.

In Hychen starb am 19. Mai *Siegmond Cöhr*, auf einem Spaziergang von einem Schlaganfall getroffen, 80 Jahre alt. Er hatte in der Jugend Heilung von einem Lungenleiden im Taunus gefunden und schloß sich nun der Bewegung zur Schaffung von Volksheilstätten für Lungenkranke mit großem Eifer an. Er errichtete zu diesem Zweck die Dettweiler Stiftung. Als Schatzmeister wirkte er für die Kinderheilstätten des Roten Kreuzes, die Preußische Zentrale für Säuglingsschutz und die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge. In Hychen schuf er ein Jugendheim, das Cöhrstift.

Informationsmittel In seiner Arbeit Die Erwerbslosenfürsorge / Dresden, C. Heinrich/ gibt Martin Zschucke eine Zusammenstellung aller Verordnungen, Bekanntmachungen und Ausführungsbestimmungen zur Frage der unterstützenden und der produktiven *Erwerbslosenfürsorge*, die sich zerstreut in der Gesetzgebung finden; ferner zur Einführung eine systematische Darstellung sowie zahlreiche Erklärungen und Erläuterungen. Ein wesentliches Hilfs- und Handbuch.

In der Sammlung Das Arbeitsrecht Deutschlands / Berlin, Spaeth & Lindgaben Paul Wölbling und Walter Riese die Verordnung über die *Arbeitszeit* vom 21. Dezember 1923 heraus. Weitere Verordnungen und Ausführungsbestimmungen, die sich mit der Arbeitszeit befassen, sind beigefügt worden.

Kurze Chronik Das sozialpolitische Programm der nach den Kammerwahlen im Mai gebildeten neuen Regierung *Frankreichs* knüpft wieder an die sozialpolitische Ära bis 1920 an. Die in den Jahren 1918 und 1919 geschaffenen Bestimmungen über Tarifverträge, Achtstundentag usw. waren nach 1920 durch die Auflösung des Gewerkschaftsbundes und Verweigerung des Koalitionsrechts an die Beamten beseitigt worden. Jetzt sind die Gewerkschaften als Berufsvertretung der Arbeiterschaft anerkannt, den Beamten ist das Koalitionsrecht zugesprochen. Die Sozialversicherung wurde erst im April 1924 geregelt und soll jetzt verbessert werden; auch ein Betriebsrätegesetz ist geplant. Weiter fordern die Gewerkschaften einen paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftsrat, der in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten gehört werden soll. ◊ Durch eine Berliner Polizeiverordnung vom 30. Juni 1924 wurde bestimmt, daß *Kinder bei Filmaufnahmen* unter 3 Jahren überhaupt nicht, vom 3. bis zum 14. Jahr nur mit polizeilicher Erlaubnis beschäftigt werden dürfen. Der Schulunterricht darf nicht gestört werden; die Arbeitszeit beträgt höchstens 6 Stunden täglich und darf nicht vor dem Vormittagsunterricht und nicht nach 6 Uhr abends liegen. ◊ Die britische Regierung hat eine Maßnahme zur Erleichterung des Schicksals der *Stratgefangenen* eingeführt. 40 Insassen des Gefängnisses Maidstone, die sich gut geführt haben, wurde ein Erholungsurlaub gewährt, den sie auf einem bestimmten Gebiet der Insel Wight verbringen.

Wirtschaft / Max Schippel

Deutsche Währung Der Londoner Vertrag vom 16. August 1924, wirtschaftlich in allem wesentlichen die Festlegung der Dawesvorschlage, ist in den Sozialistischen Monatsheften seinen Grundzügen nach genügend besprochen. In dieser Rundschau sei nur auf die währungspolitische Neuordnung eingegangen, die mit ihm für Deutschland verbunden ist.

Deutschlands Währung wird in Zukunft, falls nicht abermals tiefe Wirtschaftsstorungen den normalen Heilungsverlauf umwerfen, wieder die Goldwährung sein, mit Zugrundelegung der selben Munzfeingehalts- und fast der selben Munzpragebestimmungen für die 10- und 20-Mark-Stücke, die freilich zunächst nur eine rechnerische Bedeutung haben werden. Als tatsächlich im Verkehr in Erscheinung tretendes gesetzliches Zahlungsmittel dürften ausschließlich die neuen Banknoten in Frage kommen, für deren Deckung der überkommene (am Halbjahresschlu 462 Millionen Mark) und der aus der Auslandsanleihe allenfalls zuwachsende Goldvorrat gerade genügen werden. Abgesehen von den 194 Millionen Goldmark, auf die das Notenausgaberecht der 4 sogenannten Privatnotenbanken (Bayerische Notenbank, Sächsische Bank, Württembergische Notenbank, Badische Bank) begrenzt bleibt, steht der Reichsbank das alleinige Notenprivileg in Deutschland zu. Etwas abweichend von den Sachverstandigenvorschlagen ist die normale Gold- und Devisenmindestdeckung der umlaufenden Noten auf 40 % festgesetzt. Darunter darf sie nur ausnahmsweise (auf Vorschlag des Direktatoriums durch Beschluß des Generalrats, der höchstens gegen 1 Stimme gefaßt sein muß) herabgesetzt werden; in diesem Fall hat die Bank von dem bis zu 40 % fehlenden Betrag Notensteuer zu zahlen; der Diskontsatz muß alsdann mindestens 5% betragen, wenn während einer Bankausweiswoche oder länger die vorgeschriebene Deckung von 40 % nicht erreicht wird. Ferner hat die Bank jederzeit für ihre täglich fälligen Verbindlichkeiten (unter Ausschuß der Guthaben des Reichs und des Sonderkontobestandes für Reparationszahlungen) eine besondere Deckung von mindestens 40 % zu halten; aus sofort verfügbaren Depositionen in Deutschland oder im Ausland, aus Schecks auf andere Banken, Wechseln von einer Laufzeit von höchstens 30 Tagen oder täglich fälligen Forderungen auf Grund von Lombarddarlehen.

Der Geschäftskreis der Reichsbank ist gegenüber den bisherigen Bestimmungen vielfach geändert. So enthalten die Vorschriften über diskontfähige Wechsel (gute Handelswechsel) keine Zeitbestimmung (früher 3 Monate), sondern es müssen in der Regel 3 als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften, und zwar sowohl bei Wechseln wie bei Schecks. Für den Lombardverkehr weichen die Bestimmungen stark von den früheren ab. Im Depositengeschäft darf die Reichsbank nur unverzinsliche Gelder annehmen. Die Beziehungen zum Reich sollen außerhalb jeder inflationistischen Gefahrenzone liegen. Die Reichsbank darf nur Betriebskredite gewähren: der Reichspost und Reichsbahn bis zusammen 200 Millionen Reichsmark, dem Reich selber jeweils höchstens auf 3 Monate und nur bis zum Höchstbetrag von 100 Millionen Reichsmark; am Ende des Geschäftsjahrs darf keinerlei Verschuldung des Reichs bei der Bank vorhanden sein. Die Verpflichtung der Reichsbank Barrengold zum festen Satz von 1392 Mark für das Pfund fein gegen ihre Noten umzutauschen ist wörtlich aus dem alten Bankgesetz übernommen. Für eine Übergangszeit bleibt erklärlicherweise der Umlauf der Rentenmark. Nur darf die Rentenbank, die vor einer vollständigen Umgestaltung ihrer Wirksamkeit steht, den Betrag der ausgegebenen Rentenbankscheine nicht weiter steigern. Deren Einziehung wird durch Sondergesetz geregelt. Sonst ist der bisherige Notenumlauf aufzurufen und gegen neue Noten (im Verhältnis von 1 Billion Papiermark = 1 Reichsmark) umzutauschen. Die Stückelung der künftigen Banknoten geht bis auf 10 Mark herunter (in der ersten Reichszeit, als man den Verkehr ganz mit innerlich vollwertigem Gold zu sättigen strebte, lautete die kleinste Banknote auf 100 Mark, später auf 20 Mark, wozu dann die noch kleineren Reichskassenscheine traten). Geld unter 10 Mark erhält nur den Charakter als Scheidemünze, wobei für den Gesamtumlauf (an Münzen von 5 Mark und darunter) 20 Mark pro Kopf der Bevölkerung festgesetzt sind; insgesamt also $1\frac{1}{4}$ Milliarde Mark gegen bisher nur 106 Millionen an Silbermünzen und 112 Millionen an Kupfermünzen. Da man an einer gegen früher wesentlich größeren Unterwertigkeit dieser Scheidemünzen keinen Anstoß zu nehmen braucht, so werden die dem Reich winkenden Schlaggewinne wahrscheinlich zu einer raschen Deckung des Scheidemünzbedarfs führen. Die Annahmepflicht ist

für 1- bis 50 Pfennig-Stücke, also für Kupfermünzen, auf 5 Mark beschränkt, während sie vor dem Krieg für Nickel und Kupfer nur 1 Mark betrug. Für Silber bleibt es bei der alten 20 Mark-Grenze. Die Kassen des Reichs und der Länder, speziell die Steuerkassen, sind, entsprechend dem Sachverständigenplan, verpflichtet Scheidemünzen in unbeschränkter Höhe anzunehmen. Dadurch sind sie trotz einer gewissen Materialverschlechterung vor Entwertung geschützt.

Das Grundkapital der Reichsbank soll mindestens 300 Millionen Reichsmark und höchstens 400 Millionen Reichsmark betragen. Die Verwaltung der Bank liegt in den Händen des Reichsbankdirektoriums mit dem Präsidenten als Vorsitzenden. Die entscheidende Neuerung in der Organisation der Reichsbank liegt in der internationalen Kontrolle, der das Institut untersteht. Die Organe dieser Kontrolle sind der Generalrat und der von ihm zu bestellende Kommissar für die Notenausgabe. Der Generalrat besteht aus 14 Mitgliedern, von denen 7 Deutsche sind, und je 1 die amerikanische, belgische, britische, französische, italienische, niederländische und schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen muß. Durch einstimmigen Beschluß kann der Generalrat die Anzahl seiner deutschen Mitglieder vermehren.

Valutenstand Im Augenblick dieser Neuentwicklungen ist es von besonderem Interesse den gegenwärtigen Stand der verschiedenen Valuten, dieser Gradmesser des wirtschaftlichen Krankheitsverlaufs, festzuhalten. Der Einfachheit halber seien die Zahlen gewählt, die das Reichsfinanzministerium für den Monat August 1924 steuerfinanziellen Bewertungen zugrunde legt. Da wir mit der Rentenmark den Dollar der Vereinigten Staaten zur Grundlage wählten, so sind im August 100 Dollar = 420 Goldmark (und, man vergesse nicht: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark) zu setzen. Das Pfund Sterling stellt sich, da England noch nicht zur alten Goldwährung zurückkehren konnte, auf 18,85 Goldmark (Vorkriegsmünzpari 20,43 Mark). Ähnlich dem Dollar galten 100 holländische Gulden 162,80 (Pari 168,70), 100 Schweizer Franken 79,05 Goldmark (vor dem Krieg 81 Mark). Dagegen blieben 100 französische Francs zurück auf 23,05, 100 belgische Francs auf 21,15 und 100 italienische Lire auf 18,70 Goldmark, während wiederum 100 spanische Peseten 56,05 Goldmark gleich-

standen. Von 100 skandinavischen Kronen galten: schwedische 111,70, dänische 68,05, norwegische 58,05 Goldmark. Für die an sich ebenfalls gleichen Kronen einiger Nachfolgeländer des ehemals habsburgischen Reiches rechneten: 100 Kronen in der Tschechoslowakei 12,55 Goldmark und andererseits 100 000 Kronen in Deutsch Österreich 5,95 und in Ungarn sogar nur 5,50 Goldmark. In Deutschland und mit Hilfe des Völkerbundes in Österreich und Ungarn wurde wenigstens eine Stabilisierung auf dem neuen Niveau in Angriff genommen. In anderen Ländern, Frankreich, Italien, Belgien voran, wartet man noch auf klarer übersichtbare Verhältnisse, wie sie mit der Entscheidung der Reparationsfrage gekommen sein dürften. Aber selbst relativ valutastarke Staaten wie England zögern noch, ob sie zum vollen alten Goldpari nach Jahren der Geldwertverwässerung, der Preissteigerung und Einkommensverschiebung zurückkehren, oder ob sie diese abermalige Einkommensumschichtung, freilich in entgegengesetzter Richtung wie früher, vermeiden sollen (siehe meinen Aufsatz Internationale Währungsprobleme, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 492 ff.).

Devaluation? Eine Hauptschrift der mehr devaluationistischen Anschauungen: John Maynard Keynes A Tract on Monetary Reform /London, Macmillan & Co./, ist dankenswerterweise neuerdings deutschen Leserkreisen durch Übersetzung zugänglicher gemacht worden (Ein Traktat über Währungsreform /Leipzig, Duncker & Humblot/). Im Gegensatz zur "Deflation", bei der man den »Tauschwert der Währung, in Gold oder Ware gemessen« durch Einschränkung des Geldumlaufs wieder emporzuziehen versucht, empfiehlt Keynes die Devaluation: »die Politik den Wert der Währung auf irgendeinem Punkt nahe ihrem derzeitigen Wert und ohne Rücksicht auf ihren Vorkriegswert zu stabilisieren«. Daß Staaten mit allmählich vollkommen verflüchtigtem Währungswert gar nicht anders konnten als diesen Weg zu beschreiten trotz allen Schädigungen von Gläubigern und Empfängern von wenig beweglichen Einkommen, wissen wir aus der Erfahrung Deutschlands und Österreichs zur Genüge. Doch selbst im Fall Englands, dessen Großhandelspreisindex (immer 1913 = 100 gesetzt) 1920 auf 295, 1921 auf 182 und seit 1922 auf ungefähr 160 stand, und vollends im Fall Frankreichs (Indexziffern 1920 bis 1923 510, 345, 327,

411) und Italiens (Indexziffern 1920 bis 1923 624, 577, 562, 582), würde eine Rückkehr zum alten Goldpari eine ganz unerträgliche Mehrbelastung der Schuldner aus der Inflationszeit, vor allem bei dem ungeheuerlichen Anschwellen der staatlichen Anleihebelastung seit und nach dem Krieg eine vollkommene Umwälzung zwischen privatwirtschaftlichen und staatlichen Bezügen darstellen, zum schweren Nachteil aller Steuerzahler und zum unverdienten Vorteil einer ganz speziellen Rentnerschicht. Die zum Teil geradezu lähmenden Wirkungen von sich fortsetzenden Preissenkungen auf Markt und Produktion erkennt Keynes gleichfalls an, und zum Schluß wendet er sich sogar gegen die metallische Währung alter Art überhaupt, weil man heute mittels einer »manipulierten Währung« eine ziemliche Preisstabilität erreichen könne, jedenfalls eine viel größere Preisstabilität als bei der Goldwährung, die sogar bis zum Krieg nur durch zufällige günstige Produktions- und Bedarfsentwicklungen ihren unbestrittenen Rang hätte bewahren können. Diese mehr hypothetischen Betrachtungen kümmern uns hier weniger. Die sozialen Interessengruppierungen bei Veränderungen des Währungswerts, nach oben oder nach unten, sind jedoch bei Keynes überaus fesselnd hervorgehoben, und ihr endgültiges Ergebnis bei den kommenden Währungsainandersetzungen in Frankreich, Italien und Belgien und selbst in dem minderbetroffenen England wird ein Markstein auch für die innere soziale Entwicklung Europas sein.

Wiederaufbau Die Denkschrift, die im Auftrag der Reichsregierung den von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüssen übergeben wurde, liegt im Buchhandel vor (Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen /Berlin, Zentralverlag/). Das Material ist im Januar 1924 unter Leitung des Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission und unter Beteiligung der zuständigen Dienststellen und der Reichsbank zusammengestellt worden und gewährt in den 3 Abschnitten: Wirtschaft im allgemeinen, Währung, Haushalt und Finanzen, unter Beifügung reicher, wirtschaftsstatistischer Übersichten ein furchtbares Bild des deutschen Kräfteverfalls bis zum Abschluß des Ruhrkonflikts. Das *Sachverständigengutachten* selber liegt in mehreren Übersetzungen vor; am zweckmäßigsten zieht man wohl die im Auftrag des Auswärtigen Amtes besorgte Ausgabe /Berlin,

Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte/ heran. Einen allgemein verständlichen Auszug und eine von lobenden wie sich entrüstenden Übertreibungen freie Beurteilung geben Rudolf Wissell, Kurt Heinig und Carl Mierendorff (Das Dawesgutachten /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/). Eine sehr lesenswerte Studie, im wesentlichen aus einem Vortrag von dem Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei hervorgegangen, liefert Adolf Weber (Das Gutachten der Sachverständigen und die Volkswirtschaft /München, Franz Pfeiffer & Co./). Von gleichem wissenschaftlichen Ernst und politischen Verantwortlichkeitsgefühl getragen ist Kurt Wiedenfelds Flugschrift Das Dawesgutachten und die Londoner Beschlüsse /Leipzig, Alfred Lorentz/.

Die Völkerbundsaktion für Österreich, die drohende Katastrophe vorher, dann das Gelingen der Völkerbundsanleihe, den Prozeß der Gesundung der Staatsfinanzen, schließlich die ganz neuartigen Formen und Methoden der auferlegten Finanzkontrolle schildert Arthur Feiler in einem ausgezeichneten Überblick Das neue Österreich /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/, der ein Gesamtbild der wirtschaftlichen und damit der politisch-sozialen Struktur dieses aus dem alten Habsburgerreich herausgeschnittenen, nur schwer zu voller Lebensfähigkeit kommenden neuen Staatsgebildes gewährt. Die Genfer Protokolle, die uns in unseren deutschen politischen und besonders handelspolitischen Beziehungen zu Österreich nahe berühren, sind im Wortlaut beigefügt. Von anerkennenswertem Ernst getragen, aber doch vor den letzten Konsequenzen in der Produktionsfrage schließlich zurückschreckend ist Otto Bauers Rede vor dem sozialdemokratischen Parteitag im Oktober 1922: Der Genfer Knechtungsvertrag und die Sozialdemokratie /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/. Bauers Gabe der treffenden wirtschaftlichen und sozialen Analyse macht sich auch hier geltend. Und wir Reichsdeutsche sind leider in entscheidenden Situationen Worte wie die folgenden nicht zu hören gewöhnt: »Ich weiß, es gibt Leute in der Arbeiterbewegung, die geradezu grundsätzlich die Politik der gefälschten Landkarten machen, Leute, die glauben, daß es revolutionär sei das Proletariat zu seinen revolutionären Beschlüssen dadurch zu bestimmen, daß sie ihm über die Kraftverhältnisse und die Kampfbedingungen falsche Vorstellungen erwecken. Das halte ich für grundfalsch. Wir haben von Victor Adler als erste Pflicht jedes Ver-

trauensmannes gelernt dem Proletariat die Wahrheit, die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit, zu sagen ... Wer die Tatsachen so nimmt wie sie liegen, wird zugeben, daß eine wahrscheinlich sehr wesentliche Erhöhung gewisser indirekter Steuern, so schwer uns das wird, einfach unvermeidlich wäre ... Und nun das Schwerste: Ich gebe auch zu, auch wir würden keine Sanierung der Staatsfinanzen und des Geldwesens zustande bringen ohne einen planmäßigen Abbau der Beamten und auch der Angestellten der Staatsbetriebe. ... Ich muß sagen: Wer heute schreit, wir wollen die Fremdherrschaft abwehren um jeden Preis, und zugleich der Arbeiterklasse sagt, sie aber dürfe ja kein Opfer dazu bringen, der betrügt die Arbeiterklasse. Und wer sagt, daß wir zwar entschlossen sein müssen in jeder Stunde unsere Freiheit und Macht mit unserm Blute zu verteidigen, aber behauptet, eine Erhöhung der Weinsteuern dürfen wir nicht auf uns nehmen, der erzieht die Arbeiterklasse zu einer gemeinen Gesinnung.« Ergänzend lese man noch Robert Dannebergs Rede im Nationalrat etwa einen Monat darauf: Wiederaufbau? Der Finanzplan der Regierung Seipel /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/.

Edo Fimmen, der Sekretär der Transportarbeiterinternationale, wendet sich in seiner Schrift Vereinigte Staaten Europas oder Europa Aktiengesellschaft? /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/ hauptsächlich gegen die *Kapitalsinternationale*: eine geheime, aber außerordentlich wirksame Herrschaft einer internationalen Vereinigung von Konzernen, die er mit den riesenhaften Umschichtungen der Wirtschaft nach der Revolution und mit der Zurückdrängung des Arbeiterinflusses in Verbindung bringt. Nur die Ausbildung der Arbeiterinternationale könne hier ein Gegengewicht bieten, und vor allem die Gewerkschaftsbewegung könne nicht bei den Methoden der Vorkriegszeit stehen bleiben. Gerade an den Dawesbericht knüpft er keine optimistischen Hoffnungen: Amerika wolle sich nur der europäischen Kapitalisten als Eintreiber seiner Forderungen bedienen. »Daß dies vor allem eine Stärkung der Bourgeoisie bedeutet, bedarf wohl keiner besonderen Darlegung.«

Zur gegenseitigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland gab Robert Kuczynski eine Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz heraus, in der neben Kuczynski eine Reihe namhafter deutscher und französischer National-

ökonomien und Politiker (Brentano, Gide, Jastrow, H. Mann) zu Wort kamen. Eine ausgewählte Sammlung erschien jetzt in Ergänzung zu dem Sachverständigengutachten in Buchform: Deutschland und Frankreich, ihre Wirtschaft und ihre Politik 1923-1924 /Berlin, R. L. Prager/. Sie kann viele Vorurteile und unrichtige Auffassungen beseitigen und bietet vor allem ein reiches, sonst schwer beschaffbares Material über Frankreich.

Da nach der vorläufigen Entscheidung der Reparationsfrage wahrscheinlich die Frage der interalliierten Schulden wieder stärker in den Vordergrund treten wird, so sei auf das Werk Wilhelm Mautners *Die Verschuldung Europas* /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ hingewiesen, das unter Benutzung einer reichen Literatur die Entstehung und Höhe der *gegenseitigen Verschuldung*, die rechtlichen und faktischen Voraussetzungen eines Schuldennachlasses oder einer gegenseitigen Schuldenerrechnung, ferner die bisherigen Regelungsversuche und die wichtige anglo-amerikanische Verständigung behandelt.

Eigene Wege geht mit einer gewissen innern Folgerichtigkeit der Herausgeber des Svenska Dagbladet Helmer Key in *European Bankruptcy and Emigration* /London, Methuen & Co./. Die Ausfuhr- und Aufschwungsschwierigkeiten der entwickelteren europäischen Staaten werden nach Key, da in allen Ländern und Erdteilen nach dem Weltkrieg mit einer beschleunigten eigenen Industrieentwicklung zu rechnen ist, rapid anschwellen. Kapitalsanlage und Auswanderung müßten sich den *Randländern des Stillen Ozeans*, vor allem Lateinamerika (Mexico und Südamerika) zuwenden, über dessen natürliche Produktionskräfte ein sehr guter Überblick gegeben wird. Ein wirtschaftliches Zusammenwirken zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten erscheint dem schwedischen Politiker schließlich zur entsprechenden Rettung und Ausweitung der Weissenkultur das zweckmäßigste.

Auf das große Enquetewerk, das vom *Internationalen Arbeitsamt* in Genf ausgeht: *Enquête sur la production* /Paris, Berger-Levrault/ wird später einzugehen sein. Heute sei nur erwähnt, daß der 3. (respektive 4.) Band, der auf über 1000 Seiten den zusammenfassenden Rapport Général enthält, soeben zur Ausgabe gelangt. Der Leiter der Enquete Edgar Milhaud hat sich mit der Durchführung des vielangefandeten, oft recht mißverständenen Plans auf jeden Fall ein hervorragendes Verdienst erworben.

Währungs-schriften

Der Verein für Sozialpolitik hat seine *Gutachten zur Währungspolitik* in ziemlich rascher Folge fortgesetzt /München, Duncker & Humblot/. Einige Beiträge behandeln schon (hoffentlich endgültig) abgeschlossene theoretisch und praktisch ungemein lehrreiche Übergangsperioden. So die finanzwirtschaftliche Arbeit Rudolf Stuckens über werbeständige Anleihen: über die Notwendigkeit zu ihnen überzugehen, um überhaupt Kredite für längere Fristen zu beschaffen, über ihre Stellung zu der korrespondierenden Wertbewegung der allgemeinen und besonderen Einnahmen und Ausgaben der schuldaufnehmenden öffentlichen Körperschaften, Industriellen und Landwirte. Das abschließende Urteil Stuckens lautet durchaus günstig: ohne die werbeständigen Korn-, Kohlen-, Elektrizitäts-, Fremdwälutenanleihen hätte jede aktive Wirtschaftspolitik erliegen müssen, und zugleich seien sie Wegbereiter und Rückhalt eines neuen Geldes, der Rentenmark, geworden. Alfred Lansburgh läßt nochmals scharfumrissen das ganze unglückselige inflationistische Reichsfinanzsystem, die verhängnisvolle Willfähigkeit der Reichsbank und die unaufhaltsame Verschlimmerung des deutschen Währungsverfalls an uns vorüberziehen. Die Währungsreform in der Tschechoslowakei und im bolschewistischen Rußland schildern Alfred Amonn und M. von Bernatzky. Wilhelm Gerloffs wichtiger Beitrag Steuerbelastung und Wiedergutmachung zergliedert vor allem die deutsche Steuerbelastung und vergleicht sie mit den englischen und den französischen Gegenständen, unter Zurückweisung der Selbsttäuschungen und Beschwichtigungsversuche, wie sie selbst im Dawesgutachten noch immer wiederkehren. Dem Problem der deutschen Zahlungsbilanz wendet sich Rudolf Meerwarth zu, die besondere Rolle der Privatversicherung und der Seeschiffahrt behandeln Wilhelm Kißkalt und Bernhard Karlsberg.

Die *Höchstpreispolitik* untersucht auf Grund der Erfahrungen der deutschen Kriegswirtschaft systematisch Ernst Stern /München, J. Schweitzer/. Obwohl in der dargestellten Periode mehr die Störungen in der Bedarfsdeckung für das Verhalten der Behörden, der Produzenten, Zwischenglieder und Konsumenten ausschlaggebend waren, entspricht der Gang dieser Höchstpreispolitik doch wesentlich den späteren Vorgängen infolge der Valutazerrüttung, so daß auf die geschichtlich und theoretisch weit-ausholende Schrift hier hingewiesen sei.

Emil Kraus, der mit der Gewerkschaftsbewegung engere Beziehungen unterhält, sucht in einem besonders statistisch reichhaltigen kleinen Werk *Inflation / Mannheim, J. Bensheimer/* aus dem Wust der Markinflation die großen Linien der *Preis- und Lohnentwicklung* von 1914 bis 1924 im Zusammenhang mit den aktuellen und finanziellen Tagesfragen herauszuarbeiten. Die Breslauer Erfahrungen mit wertbeständigen Löhnen faßte im Auftrag der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände ihr früherer Syndikus Schimmelpfennig zusammen /Breslau, Ferdinand Hirt/.

Unter dem Titel *Die Geldentwertung in der Praxis des deutschen Rechtslebens /Berlin, Hermann Sack/* erschien eine Reihe Beiträge von Karl Geiler, Ernst Sonntag, Karl Heinsheimer und anderen. Der Professor Hermann Großmann und die Reichsgerichtsräte Albert Simonson und Alois Zeiler vereinigen sich zu einer Schrift *Im Kampf für eine gerechte Aufwertung /Stuttgart, Muth/*.

Alles Material für den Werdegang unserer deutschen eigenartigen *Währungszwischenlösung*, von dem ersten Helfferichschen Entwurf und der ersten Stellungnahme der Wirtschaftsvertreter bis zu der tatsächlichen Errichtung und ersten Wirksamkeit der Rentenbank bietet eine Veröffentlichung des Reichsverbands der deutschen Industrie *Die Entstehung der Deutschen Rentenbank* von Friedrich Ramhorst /Berlin, Spaeth & Linde/.

Die *neue deutsche Währung* nach dem Dawesplan wird übrigens bereits in einem inhaltreichen kleinen Buch von Rudolf Dalberg ausführlich erörtert /Berlin, Carl Heymann/. Bankgesetz, Münzgesetz, Gesetz über die Rentenbankliquidation, die Auslandsanleihe werden in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung beleuchtet. Vor allem beschäftigt sich ein Hauptabschnitt mit den wahrscheinlichen Wirkungen des Transfermechanismus auf den Geldmarkt.

Totenliste

Am 23. Januar starb der bekannte Kaliindustrielle *Emil Sauer*, einer der Führenden in der deutschen Kaliindustrie. Er hat eine Reihe großer Kaliwerke gegründet und hochgebracht. Er stand auch in engen Beziehungen zur Zementindustrie. Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat gehörte er als Mitglied an.

Am 23. April fiel *Karl Helfferich* einem Eisenbahnunglück zum Opfer. Über den Politiker und Wissenschaftler ist hier (in den Rundschau Außenpolitik und Sozialwissenschaften, in diesem Band Seite 314 und 398) das Notwendigste gesagt

worden. Seine Überschätzung der deutschen militärischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit machte Helfferich als Finanzpolitiker zu einem Hauptvertreter jener Richtung, die, anstatt die normaleren staatlichen Einnahmequellen auf das schärfste anzuspannen, sich allzu lange lieber auf die Anleihe- und schließlich auf die Papiergeldwirtschaft verließ. Andererseits fiel Helfferich infolge seiner außerordentlichen Kenntnisse des Geldmarkts und des Bankwesens unbestritten bei der Schaffung der Rentenmark das Hauptverdienst zu.

Am 26. Juni starb in Berlin der Inhaber des Bankhauses Kopetzky & Co. *Wilhelm Kopetzky*, 77 Jahre alt. Nicht sowohl die Bedeutung seiner Bank als vielmehr seine persönliche ungewöhnliche Sachkenntnis auf dem Gebiet der Börsen- und Finanzfragen schuf ihm in Berlin eine bedeutende Stellung. Er hat auch unermüdlich und oft ganz unübertrefflich die Reichs- und Staatsbehörden beraten.

Kurze Chronik Kurz vor Mitte September kündete die Reichsregierung eine großangelegte *Verbilligungsaktion* an. Die Umsatzsteuer wird vom 1. Oktober ab herabgesetzt, (von 2½ auf 2%), ebenso die Gesellschafts- und die Wertpapiersteuer. Nach den scharfen Kreditrestriktionen seitens der Reichsbank glaubt man die Wiederherstellung eines normalen Geld- und Kreditverkehrs erleichtern zu können; tatsächlich hat die Golddiskontbank am 19. September den Golddiskont von 10 auf 8% herabgesetzt. Vom 18. September ab sind wichtige Frachten ermäßigt, dazu die Steinkohlenpreise zunächst für Schlesien, für das Ruhrrevier sofort nach der Entscheidung über die Syndikats-erneuerung (durch Verordnung vom 16. September 1924 verfügte der Reichswirtschaftsminister den Beitrittszwang gegen die noch widerstrebenden Bergwerke). ◊ Zwischen den deutschen und den französischen *Kaliproduzenten* erzielte man Ende August ein Abkommen, das hauptsächlich dem Kampf um den amerikanischen Absatz ein Ende bereiten soll. ◊ Während der Londoner Reparationsverhandlungen kam es über das *russisch-englische Handelsabkommen*, das den Bolschewisten eine Anleihe sichern würde, plötzlich zu einer Einigung zwischen den Regierungen. Im britischen Parlament entstand darüber eine heftige und systematische Opposition, die dieses (wirtschaftlich ohnehin belanglose) Abkommen zum Anlaß einer Aktion gegen das Ministerium MacDonald nimmt.

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer**Gemeinwirtschaftspolitik**

Die Gewerkschaftsbewegung steht in Deutschland am Beginn einer neuen Epoche, so verkündet uns zukunftsfröhlich Lothar Erdmann in seinem programmatischen Artikel *Der Weg der Gewerkschaften in der neuen Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde Die Arbeit*, die der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund jetzt herauszugeben begonnen hat. Es handelt sich nun um Anwendung des »wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts nicht nur an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sondern an der Entwicklung der produktiven Kräfte«. In diesem Punkt berührt sich die Gewerkschaftsbewegung mit dem Sozialismus. Und als einen Teil einer umfassenden geistigen Bewegung des Sozialismus spricht auch Erdmann die Gewerkschaftsbewegung an. Er fordert deshalb schon heute eine ganz andere, gründlichere Schulung der Gewerkschaftsführer. »Die Gewerkschaften dürfen sich« so führt er aus »darüber keiner Täuschung hingeben, daß sie eine letztlich sozial abgezielte Rationalisierung der Wirtschaft nur durchsetzen, wenn ihre Führer überall, wo sie ihren Einfluß geltend machen können, in dieser Richtung drängen. Die Voraussetzung ist, daß sie mit den technischen Fortschritten vertraut sind, daß sie einen klaren Begriff von dem Stand und den Entwicklungsmöglichkeiten der Organisation der Betriebe, der Industrien haben, und daß sie wirtschaftlich genügend geschult sind, um die inneren Zusammenhänge der deutschen Wirtschaft zu übersehen.« Es sind neue ökonomisch schöpferische Kräfte, die also von der Gewerkschaftsbewegung erschlossen werden müssen, um die Wirtschaft bewußt in einem sozialistischen Sinn umzugestalten. Und das ist eine neue, große sozialistische Aufgabe der Gewerkschaften. Erdmann bezeichnet sie direkt als revolutionär. »Die neuen Führer müssen wie die alten, nur auf einem erweiterten Gebiet, im echten Sinn des Worts revolutionär, das heißt sich bewußt sein, daß das Wort revolutionär nichts bedeutet, auch wenn man es mit einem Dutzend r schreibt, sondern allein die Fähigkeit eine dauerhafte Veränderung in der Richtung der letzten Ziele der Arbeiterbewegung herbeizuführen.«

Ein charakteristischer Zug unserer heutigen Gewerkschaftsbewegung ist der zielklare Drang zu einer aufbauenden Gemeinwirtschaftsarbeit. Dieser

Drang lebt vor allem in dem Aufsatz Martin Wagners *Gemeinwirtschaftspolitik in der gleichen Zeitschrift*. Wagner wird in seiner Leidenschaft für einen praktisch schaffenden Sozialismus nicht der Theorie und Praxis der reformistischen Sozialdemokratie gerecht. Der Reformismus oder Revisionismus ist im wesentlichen nur »auf die Zwischenstufen und die Etappenentwicklung der Wirtschaft vom Privatkapitalismus zur Gemeinwirtschaft« eingestellt. Bernstein war einer der ersten Theoretiker, der die etappenmäßige Umgestaltung des Kapitalismus in den Sozialismus forderte und darauf hinwies, daß der Sozialismus von unten auf ökonomisch in die Höhe geführt werden müßte. Dem Aberglauben von der Wunderkraft staatlicher Dekrete, gesetzgeberischer Aktionen hat er bewußt entgegengewirkt. In revisionistischen Kreisen sind auch die Zusammenhänge zwischen der ökonomischen und der politischen Macht der sozialen Klassen enthüllt und die grundlegende Bedeutung der Eroberung der wirtschaftlichen Macht für einen konstruktiven Sozialismus dargelegt worden. Nun, wir vergessen gern den Mangel an Verständnis, den Martin Wagner der reformistischen Richtung der Sozialdemokratie gegenüber an den Tag legt, und der in dem Satz gipfelt, kein Kopf habe dem Sozialismus eine die Gemeinwirtschaft aufbauende Richtung gegeben. Wagner ist die Seele des Verbandes der sozialen Baubetriebe. Im Jahr 1922 waren bereits 207 Betriebe mit 21 500 Personen in der Höchstzahl in emsiger Tätigkeit. Diese Betriebe hatten bis zum Herbst 1923 bereits 22 567 Wohnungen erbaut. Es ist bezeichnend, daß heute in den Kreisen gewerkschaftlicher Gemeinwirtschaftspolitik dem Kultus der Klassenkampfrhetorik ernstlich gesteuert wird. Lothar Erdmann, der feinsinnig den praktisch sozialistischen Geist in der Gewerkschaftsbewegung erspürt hat, wendet sich energisch gegen die mißbräuchliche Anwendung des Klassenkampfgedankens. Seine Polemik ist bedeutungsvoll für das gegenwärtige Stadium der gewerkschaftlichen Entwicklung, so daß seine Ausführungen hier wörtlich abgedruckt seien: »Es ist ein tiefer Irrtum anzunehmen, daß der Sozialismus nur eine wirtschaftliche, nur eine politische Bewegung sei. — Die einseitige Betonung des Klassenkampfgedankens hat aus historisch begreiflichen Gründen zu dieser Verkennung seines Wesens Anlaß gegeben, wie denn überhaupt die ausschließliche Einstellung auf den

Klassenkampf nur zu leicht die Wirkung zeitigt, daß neben der scharfen Erfassung und energischen Betonung des Klasseninteresses die freie Entwicklung der Ideen verhindert wird, die über den Klassegegensatz hinausweisen, und die überhaupt erst die Arbeiterbewegung zum Repräsentanten einer neuen Gemeinwirtschaftsidee, zum bewußten Träger eines aus einer neuen Gemeinschaftsgesinnung hervorbrechenden Gemeinschaftswollens macht. Diese Ideen sind nicht ohne weiteres Blüte und Frucht der Klassensolidarität. Vielmehr ist die elementare Folge ausschließlicher Klassensolidarität mit psychologischer Notwendigkeit der sich seiner besonderen Interessen mit übertriebener Schärfe bewußte Klassenegoismus, der sich wiederum (und manche Erscheinungen der letzten Jahre haben dafür den Beweis erbracht) in einander widerstrebende Berufsegoismen spalten kann, die nicht nur jede Erziehung zum Gemeinsinn gefährden sondern die Klassensolidarität selbst in Frage stellen können. Dennoch steht die Arbeiterbewegung nicht etwa vor der Wahl den Klassenkampf aufzugeben. Sie hat den Klassenkampf nicht freiwillig aufgenommen. Er ist ihr durch die Klassenlage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aufgedrungen worden. Er ist ihr historisches Schicksal. Sie muß es auf sich nehmen und sich zu ihm bekennen. Aber sie hat eben deshalb nicht den leisesten Anlaß dem Gedanken Vorschub zu leisten, als ob der Klassenkampfgedanke das Evangelium der großen Kulturbewegung sei, deren Vorkämpfer die politischen Arbeiterparteien, die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften und Gilden sind. Der Sozialismus würde seine repräsentative Bedeutung für die Nation gefährden, er würde nie imstande sein die von Klassegegensätzen zerrissene Gesellschaft in eine nationale Kulturgemeinschaft umzuwandeln, wenn er über der Kritik der Zustände, die er verneint, über dem Kampf, den er zu führen gezwungen ist, die Idee vernachlässigte, zu der er sich bekennt, die Idee jener Freiheit, die nicht auf der Knechtschaft der anderen gegründet ist, die Idee jener Gemeinschaft, in der es wohl Führende und Dienende, aber nicht Herren und Knechte, Privilegierte und von dem geistigen und materiellen Erbe der Nation gleicherweise Ausgeschlossene gibt.« Hier klingt vernehmlich die Lassallesche »Idee des Arbeiterstandes« an, die die Aufhebung aller Privilegien, die Befreiung des Menschengeschlechts bringen soll.

Internationaler Kongreß 1924 Am 2. Juni trat in Wien ein internationaler Gewerkschaftskongreß zusammen. Er stellte sich als die organisierte gewerkschaftliche Kraft von 19 Millionen Arbeitern dar, eine Macht, die auf einheitliche soziale und politische Ziele gerichtet, einen starken Einfluß auf die Umgestaltung Europas gewinnen kann. Heute kommt der Druck der Massen auf die ökonomische und soziale Politik der europäischen Staaten noch nicht sehr fühlbar zum Ausdruck. Gewiß, es ist wirtschaftlich und sozial schon ein großer Erfolg, daß es den besonnenen und tatkräftigen Führern der Gewerkschaftsinternationale gelang die bolschewistischen Saboteure in den großen Gewerkschaften des Kontinents lahmzulegen und damit die demokratische Organisation der Gewerkschaften zu erhalten, die für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Europas notwendig ist. Aber damit ist auch nur der erste Schritt auf der Bahn einer konstruktiven Politik geschehen. In Deutschland, dem gewerkschaftlich am besten durchorganisierten Land, gelang es selbst in den Großstädten nicht die nationalistische Welle zurückzuwerfen. Das ist ein greifbarer Beweis, daß Millionen Gewerkschafter sich noch nicht über die naheliegenden politischen Aufgaben klar sind. In den Gewerkschaften sind ferner immer noch einflußreiche Köpfe vorhanden, die sich einen Fortschritt der internationalen Gewerkschaftsbewegung aus erfolgreichen Unterhandlungen mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale versprechen. Die Gewerkschaften des bolschewistischen Rußlands sind von russischen Staats- und Parteibureaucratie geleitet. Diese zwangsorganisierten Arbeiter bilden den eigentlichen Kern der Moskauer Internationale. Der 1. Resolution des Wiener Gewerkschaftskongresses, betreffend Amsterdam oder Moskau, fehlte es an gebührender Schärfe gegenüber der Maulwurfsarbeit der Bolschewisten. Sie wurde erfreulicherweise durch die 2. Resolution, betreffend die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ergänzt. In dieser Resolution erfolgt die glatte Absage an den Kommunismus. Folgende Sätze sind besonders bemerkenswert: »Von allen politischen Parteien haben bisher allein die selbständigen Arbeiterparteien, die sich zur politischen Demokratie und zum Sozialismus bekennen, die Forderungen der Gewerkschaften mit Entschiedenheit in den Parlamenten vertreten. Deshalb stehen die Sozialdemokratischen Par-

teien den Gewerkschaften am nächsten. Die Kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaften. Sie wollen nach dem Diktat der Kommunistischen Internationale die Leitung der Gewerkschaften an sich reißen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gebrauchen.«

Alle Resolutionen mit stark sozialpolitischem Einschlag, wie die Resolution über die internationale Sozialgesetzgebung, über die Nacharbeit in Bäckereibetrieben, über den Achtstundentag, können nur dann Form und Gestalt gewinnen, wenn die Mitglieder der Gewerkschaften die sozialistisch-demokratischen, selbständigen Arbeiterparteien wirksam unterstützen und fördern. Auch die Resolution der Gewerkschaftsinternationale gegen Krieg und Militarismus betritt den Boden der Politik. Der Aufbau des internationalen Rechts, die Einrichtung allgemeiner obligatorischer Schiedsgerichte, das Verbot der privaten Munitionsindustrie, die allgemeine Abrüstung; sie haben einen bestimmenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Haltung der sozialistisch-demokratischen Arbeiterparteien zur Voraussetzung.

Die Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den selbständigen Arbeiterparteien muß eben viel enger und viel inniger werden als bisher. Dann wird der Internationale Gewerkschaftsbund eine wirkliche politische Macht werden.

Kurze Chronik Am 24. und 25. Juli hielt die *Bauarbeiterinternationale* in Stockholm ihren 1. Kongreß ab. ◊ Am 7. August begann der 4. Kongreß der *Internationalen Transportarbeiterföderation* in Hamburg. ◊ Vom 21. bis zum 23. Juli tagte ein *internationaler Friseurgehilfenkongreß* in Wien. ◊ Der *Gewerkschaftsbund Englands* beschloß Schritte zur Verschmelzung der beiden wichtigen Verbände: der *National Amalgamated Union of Shop Assistants, Warehousemen and Clerks* und der *National Union of Distributive and Allied Workers*, zu unternehmen. ◊ Der *Gewerkschaftsbund Belgiens* hielt seinen Kongreß vom 2. bis zum 4. August in Brüssel ab. ◊ Die *eigentliche Gewerkschaftszentrale Palästinas* bilden 20 000 jüdische Arbeiter, die alle ihre Kräfte für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Landes einstellen. ◊ Vom 15. bis zum 17. August fand die 2. internationale Konferenz für *Arbeiterbildung* in Oxford statt. Die Führer der Gewerkschaften nahmen besonders starken Anteil daran.

Nationale Bewegung / Adolf Reichwein

Indien Neuerdings neigt man dazu die bewegenden Kräfte Asiens im Zentrum zu suchen: in Sibirien, in der Mongolei, in Tibet. Es sei nur an das Buch W. Filchners Sturm über Asien /Berlin, Neufeld & Henius/ erinnert (über das mit Sven Hedins neuem Werk Von Peking nach Moskau /Leipzig, F. A. Brockhaus/ und Ferdinand Ossendowskis abenteuerlichen Erlebnissen mit Tieren, Menschen und Göttern /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ berichtet werden soll). Wenn diese Gedanken zu weit getrieben werden, besteht Gefahr, daß Durchgangs- und Brückenländern für künftige Ereignisse Bedeutungen beigelegt werden, die ihnen nicht zukommen. Das Schicksal des asiatischen Kontinents wird immer noch von seinen Randländern bestimmt, auf deren Bewegungen das Zentrum nur reagierend antwortet: China wird in den Vordergrund rücken, die junge Türkei konzentriert ihre Kräfte aus dem Angorahinterland immer mehr seewärts, und Indien schließlich steht heute schon im Brennpunkt des Interesses: Indien, das heute von einer nationalen Bewegung durchschüttelt wird, die an Größe ohne Vergleich ist, weil sie auf die Revolution der Herzen baut, Mahatma Gandhi ihr Prophet, Das, der Advokat, ihr Taktiker. (Auch hier eine Gefahr: daß wir allzu eifertig aus dem Ereignis eine "Lehre" machen möchten: Pandschab ist nicht Ruhrgebiet.) Das indische Volk erwacht zu sich selbst und seinem Willen, nachdem ihm ein Jahrhundert lang sein Selbst entzogen worden ist. »Ein Volk, das sich selbst wieder entdeckt und verzweifelte Versuche macht seine verlorene Seele wiederzugewinnen«: so Zakir Husain in seiner kurzen, trefflichen Einleitung zur Botschaft des Mahatma Gandhi, einer deutschen Auswahl von Äußerungen Gandhis, nach der Zeitschrift *Young India* übersetzt /Berlin, Volkserzieherverlag/.

Die diesjährige äußere Entwicklung in Indien ist von dem Ausgangspunkt der Neuwahlen zur Gesetzgebenden Versammlung bestimmt. Diese Wahlen fanden im Dezember 1923 statt, das heißt noch zur Zeit der Gefangenschaft Gandhis. Die Beteiligung der Partei Swaraj, die unter Gandhis Führung für indische Selbstverwaltung kämpft, an jenen Wahlen war ein taktischer Schritt, der im Grund dem eigenen Programmpunkt der non-cooperation widerspricht. Die Gesetzgebende Versammlung, mit der das indische Volk

1919 von der englischen Regierung beschenkt wurde, war damit zum zweitenmal gewählt und zum erstenmal unter Beteiligung der Swarajpartei. In diesem Parlament, das ein Zusammenwirken der englischen Herrschaft und des eingeborenen indischen Volkswillens darstellen soll, werden 49 Mitglieder von der Reichsregierung ernannt, 95 vom indischen Volk gewählt. Nachdem der Indische Nationalkongreß, eine rein indische Versammlung mit beratender und fordernder Stimme, Sprachrohr der indischen nationalen Bewegung, die Teilnahme an den Wahlen der Gesetzgebenden Versammlung beschlossen hatte (bei Aufrechterhaltung der non-cooperation, wie ausdrücklich bemerkt wurde), konnte die Swarajpartei trotz starker Behinderungen, im ersten Sturm gewissermaßen, rund 50 Sitze erobern. Damit war die technische Möglichkeit gegeben in gewissen Fällen gemeinsam mit den 35 befreundeten Liberalen nationale Forderungen gegenüber der Regierung durchzubringen. Als Parole wurde ausgegeben: Obstruktion, wo sie erfolgversprechend, Fernbleiben, wo Aktion aussichtslos. Die Tribune von Lahore, ein nationalistisches Blatt "unabhängiger" Richtung (gegenüber der "gemäßigten"), formulierte die Taktik der Partei Swaraj folgendermaßen: »Jetzt ist es Aufgabe der Swaraj die einheimisch indische Gruppe des Parlaments zu vereinigen, in Front gegenüber der Regierung "antinationale" Gesetze zu verhindern, die Grundlage persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit auszubauen . . . ihre Stellung in den Räten [außer der Zentralversammlung werden auch Provinzialräte gewählt; bei der letzten Wahl entfielen von 618 gewählten Sitzen in den gesamten Provinzen 208 auf die Swarajpartei, dazu kommen 179 Regierungssitze] zu benutzen, um das Volk politisch zu erziehen und die schöpferischen Kräfte im Kongreß vorwärtszustoßen.« Ein schönes, aber gefährliches Programm. Denn es fragt sich, wie diese Taktik, hinter der Das steht, mit jener unumstößlichen Forderung des Nationalkongresses vereinbart werden kann: als nächste Etappe eine round table-Konferenz anzustreben, die zu einem Drittel aus gewählten Vertretern der Gesetzgebenden Versammlung, einem Drittel aus Delegierten des Indischen Nationalkongresses und nur einem Drittel aus Regierungsvertretern bestehen soll. Aufgabe dieser Konferenz soll sein die »vollverantwortliche Regierung Indiens« einzurichten. Zwar behaupten die Engländer, daß auch sie die gegenwärtige Ge-

setzgebende Versammlung nur als Übergang zu einem "wirklichen" Volksparlament betrachten; aber jene Forderung des Nationalkongresses ist zu nackt, zu wenig verkläusuliert, kurzum, sie wird, mit wenigen Ausnahmen, von allen Briten, einschließlich Manchester Guardian und Labour Party, als "revolutionär" empfunden. Der Augenblick war charakteristisch: Als die Labour Party zur Regierung gekommen war, wartete alle Welt, was wohl MacDonalld zu Indien und Ägypten sagen würde. Illusionisten erwarteten Entscheidendes. Und das, was kam, war doch so selbstverständlich. Die Erklärung des neuen Premiers war, wie sie sein mußte: britisch. MacDonalld sagte in seiner Botschaft an Indien. Es ist immer meine Überzeugung gewesen, daß dauerhafter Fortschritt nur auf politischem und konstitutionellem Weg erreicht werden kann . . . Keine Partei in Großbritannien wird durch Gewaltandrohungen eingeschüchtert werden oder durch Versuche die Regierung lahmzulegen [non-cooperation]. Wenn irgendwelche Gruppen in Indien etwa glauben sollten, daß dem nicht so sei, so werden sie durch die Ereignisse sehr enttäuscht werden . . . Wenn zu revolutionären Methoden aufgerufen wird, aktiver oder passiver [!] Art, so stärkt das die Reaktion.« Diese Absage des britischen Arbeiterführers an die nationalindische Bewegung, die er kurz als »linke Reaktion« bezeichnet, ist deutlich genug. Und doch zugleich der Anspruch die geführten Völker, entgegen ihrem eigenen Willen, auf dem rechten Weg ("civilisation") zu fördern? Wir sind leicht geneigt von britischer "Perfidie" zu sprechen. So einfach ist die Entscheidung nicht. Hier liegt ein psychologisches (eigentlich ethnologisches) Problem vor, das vielleicht nur dem Briten selbst ganz klar werden kann. Es handelt sich nämlich nicht nur um den indischen Baumwollmarkt, der, nach dem Willen der Swarajpartei, durch "khaddar", das hausgesponnene indische Leinen, von Manchester zurückerobert werden soll, sondern um ein Gefühl von Gleichgewicht, das alle Ponderabilien und Imponderabilien dieses ungemein komplizierten und empfindlichen Gebildes der Empire abwägt. Es handelt sich nicht nur um ein Geschäft sondern auch um Staatskunst 300jähriger Tradition. Die Frage ist nur, wie lange diese Staatskunst das Gleichgewicht noch sichern kann. In Asien wachsen aus den erwachenden Völkern jetzt die Gegenspieler. Bezeichnend für die englische Stellung gegenüber dem ganzen Problem

ist eine Äußerung des Manchester Guardian: »Wir zweifeln an der Weisheit der indischen Politik, wenn sie die Tatsache übersieht, daß Indien seine Front nicht ohne Hilfe gegen die Gefahr der Entzweiung im eigenen Land halten kann, bis es nämlich gelernt hat die indische Wehrmacht zu verwalten und die Einigkeit zwischen Moslems und Hindus herzustellen.« Gerade der letzte Satz ist so schlagend. Denn tatsächlich ist die Spannung zwischen Moslem und Hindu ein nationalindisches Problem. Aber ein Problem, das nie und nimmer durch Erwerbung "zivilisierter" Ordnungsformen gelöst wird sondern nur durch die hohe Erkenntnis aus den Völkern selbst, daß allein Zusammenarbeit in gleichem Raum, in den das Schicksal sie gestellt hat, beiderseitige Kraft und Leistung fördert. In der Person Gandhis und in seiner Freundschaft mit den Führern der Moslem, den Brüdern Ali, war einmal die Gewähr beschlossen, daß sich beide Ströme des indischen Lebens finden würden. Da wurde Gandhi von den britischen Behörden verhaftet. Und wenn seitdem das Verhältnis zwischen Moslem und Hindu Krisen erlebte (worauf auch die liberale englische Presse jetzt etwas hämisch hinweist), so trägt die Verhaftung Gandhis daran ein gut Teil Schuld. Schuld daran trägt die Polemik nach Art des Manchester Guardian, der von dem »ungeheuerlichen [monstrous] Hindu-Moslem-Pakt in Bengalen« spricht, »für den Herr Das und seine Partei sich verantwortlich gemacht haben. Dieser Vertrag räumt die äußersten Ansprüche den Moslem ein, ohne die geringsten Sicherungen für die Hindu zu bieten.« Tragen solche Äußerungen zur Einigung von Moslem und Hindu bei, die der Manchester Guardian angeblich so lebhaft wünscht? Nach seiner Freilassung am 10. Februar 1924 (die keine großherzige Geste der britischen Regierung, sondern ein Angstprodukt der verantwortlichen Stellen war, die fürchteten, daß Gandhi, der durch eine Operation zu Tode geschwächt war, in ihren Händen sterben könnte) erkannte Gandhi sofort, daß die Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Moslem und Hindu die erste Aufgabe sein müsse. Er schrieb: »Ohne Einigkeit der verschiedenen Rassen und Religionen bleibt jeder Gedanke an Selbstverwaltung sinnlos. Diese Einigkeit zwischen Hindu und Mohammedanern, die ich im Jahr 1922 als nahezu erreicht betrachtete, hat schwer gelitten. Wollen wir die Freiheit erringen, so müssen wir ein unauflösliches Band zwischen den verschie-

denen Gemeinschaften knüpfen ... Ich litt in meinem Herzen unter all dem, was ich von Euren Zwistigkeiten hörte ... Ich wende mich an all die unter Euch, die mich lieben. Einigt Euch! Hindu, Mohammedaner, überwindet endlich einmal Euer Mißtrauen gegen einander! Das Mißtrauen geht aus der Furcht hervor, die Furcht aber aus Schwäche.« Gandhi zeigt den ehrenvollen Weg schöpferischer Zusammenarbeit. Der allein wird auch in Indien weiterführen.

Kurze Chronik Mussolini erklärte den Vertretern der führenden Schweizer Presse, die von der italienischen Regierung zu einer Reise durch das oberitalienische Wirtschaftsgebiet eingeladen waren: »Es gibt für die italienische Regierung keine Tessiner Frage. Ich glaube, daß diese Erklärung genügt.« Die Zwischenfälle an der Tessiner Grenze gelten nach den Maßregelungen durch die Schweizer Regierung als erledigt. Mussolini sprach von Beziehungen, »die nicht nur herzlich sondern brüderlich sein müssen.« \diamond Das *Memelland* ist durch Entscheidung des Völkerbunds autonom; das Landesdirektorium hat als oberste Regierungsstelle des Landes zu gelten. Nach dem Einfall der Litauer in Memel sind die deutschen Beamten entfernt worden, und die Kownoer Regierung übt seitdem eine Art Schutzherrschaft aus. Die Litauer behaupten zur Rechtfertigung dieser merkwürdigen Regierungsweise, daß sich im neuen Direktorium auch Memelländer befänden. Das ist richtig; aber sie sind ohne Wahl hineingekommen und nicht vom Vertrauen der Bevölkerung getragen. Dazu paßt also schlecht die litauische Behauptung, daß durch die Neuorganisation allen Bevölkerungskreisen des Memellandes eine Vertretung gegeben worden sei. \diamond In *Polen* hat der Minister des Innern einen Sprachengesetzentwurf für die Minderheiten ausgearbeitet. Der Entwurf sieht nur für die östlichen Provinzen, die jetzt ja auch besonders unruhig sind, das Recht vor ihre Eingaben an die Behörden in der Muttersprache abzufassen. Es werden demnach von dieser Geste nur Ukrainer, Litauer, Weißrussen und Russen berührt. \diamond Die Verhandlungen zwischen *Polen und Danzig*, die Interessen der Angehörigen des Freistaats Danzig in Polen betreffend, haben vor dem Völkerbund in wichtigen Fragen zu einer Einigung geführt. \diamond In *Kiew* hat der Allukrainische Kommunistenkongreß beschlossen sofort alle Schulen, alle Heeres- und Staatsinstitutionen der

Ukraine zu "ukrainisieren". Darauf bildete sich eine Staatskommission der nationalen Minderheiten (vor allem Polen, Deutsche, Juden, Großrussen und Moldauer), die eine Allukrainische Konferenz der nationalen Minderheiten einberufen hat. Die Konferenz soll einen Permanentausschuß wählen, dem die Sorge um die Entwicklung der nationalen Minderheiten anvertraut werden wird. Man hofft zu erreichen, daß alle Gesetze, die Interessen der nationalen Minderheiten berühren, vor dem Inkrafttreten diesem Ausschuß vorgelegt werden. Die nationalen Minderheiten werden auf etwa 6 Millionen Menschen berechnet. ◊ Die Wahlen in der *Südafrikanischen Union* ergaben 53 Mandate für die Südafrikanische Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Smuts, 63 Mandate für die holländischen Nationalisten (Hertzog), 18 für die Arbeiterpartei und 1 unabhängigen Abgeordneten. Nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen stünde aber die Südafrikanische Partei mit 64 Mandaten an der Spitze, die Nationalisten hätten nur 48 bekommen, die Arbeiterpartei ebenso viele wie sie tatsächlich erhalten hat, und die Unabhängigen 5 Mandate. ◊ Die Anzahl der *deutschen Zeitungen in Canada* ist seit Kriegsbeginn von 10 auf 3 zurückgegangen.

Literatur

Außer der oben bereits erwähnten Botschaft des *Mahatma Gandhi* (herausgegeben von Zakir Husain und Alfred Ehrentreich) ist eine umfangreichere Auswahl von Aufsätzen Gandhis, von Romain Rolland herausgegeben, im Rotapfelverlag in Erlenbach-Zürich erschienen. Es sind Übersetzungen aus den Jahrgängen 1919 bis 1922 der Zeitschrift *Young India*. Die Husain-Ehrentreichsche Ausgabe enthält auch Äußerungen der letzten Jahre, Briefe aus dem Gefängnis von großer Unmittelbarkeit, Mitteilungen an die Freunde der Bewegung nach seiner Freilassung. Dafür hat die Rollandsche Ausgabe den Vorzug, daß sie neben größerer Fülle für die Zeit vor der Verhaftung besondere Mitteilungen über die Umstände der Verhaftung selbst bringt, den sehr wichtigen Verlauf des (kurzen) Prozesses, Gandhis klassische Erklärung vor Gericht und die 3 "aufwiegelnden" Artikel, deren Erscheinen im *Young India* seine Verhaftung veranlaßt haben. Beide Veröffentlichungen sind in erster Linie Dokumentensammlungen. Daneben hat Romain Rolland ein ungemein ergreifendes Bild des außergewöhnlichen Menschen

Gandhi entworfen (Mahatma Gandhi /Zürich, Rotapfelverlag/). Es ist doch nicht nur Mode, daß das Buch in deutscher Sprache im Lauf eines Jahres sein 22. Tausend erreicht hat. Es ist zugleich ein leuchtendes Bild des überwindenden Menschen und eine treffende Zeichnung der Ereignisse, in denen er steht. Und es ist von einem guten Europäer geschrieben. In der neuen Auflage gibt Rolland anhangsweise einige Mitteilungen über Gandhis Schicksal nach seiner Entlassung. ◊ Dem Verständnis Indiens dient eine knappe Darstellung der wichtigsten indischen Ereignisse seit der Verfassung von 1861, die *Hans Warburg* in seiner Schrift *Um Indiens Freiheit* /München, Franz A. Pfeiffer & Co./ gibt. ◊ Unter dem Titel *Unromantisches Morgenland* gab *Leopold Weiß* das Tagebuch einer Reise heraus /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. In dem Tagebuch steckt viel mehr als Schilderung von Erlebnissen; sein eigentlicher Wert liegt darin, daß ein Versuch gemacht wird die großen politischen Zusammenhänge der arabischen Levante und Ägyptens zu finden. Die Darstellung ist plastisch und fesselnd, so daß sich das Ganze doch wie ein ungemein buntes Tagebuch lesen läßt. Alles wird lebendig: die Luft jener Länder, die formende Kraft ihrer Landschaft, der Gang ihrer Menschen, ihr Wollen, ihre Leidenschaften, ihre Hoffnungen, ihre Grenzen und ihr Können. Palästina: Juden und Araber-Problem, Zionismus und englisches Mandat. (Dem Zionismus gegenüber versagt freilich der Verfasser. Hier zeigen sich die Grenzen seiner Psyche, die durch die liberale Geistigkeit eingengt wird.) Husseins markante und zugleich zweifelhafte Gestalt, seine groß-arabischen Pläne und das Empire. Dann Frankreichs Stellung im Orient (Syrien). Ägypten: »Das ist die Hegemonie in der östlichen Hälfte des Mittelmeers; es ist der Suezkanal und somit . . . das Sein oder Nichtsein des Indischen Kaiserreichs und zuletzt (aber nicht zuletzt an Wichtigkeit) ist es Mittler von Nord und Süd des afrikanischen Kontinents.« Scharf werden die innenpolitischen Verhältnisse Ägyptens gezeichnet: »eine zwangsläufige Entwicklung, nicht einmal so sehr englische Niederlage wie Sieg der östlichen Freiheitsidee«. Das Ergebnis: »Es war mir schon in Syrien zur Überzeugung geworden, daß die Araber heute sehr wohl imstande wären eine politische Freiheit zu tragen, nicht aber eine politische Einigkeit, die sich auf alle arabischen Länder erstreckt.«

WISSENSCHAFT

Psychologie / Wolfgang Metzger

Geist und Materie

Die experimentelle Psychologie hat mancherlei über Gedanken, Vorstellungen, Empfindungen, über einzelne Gegenstände des Bewußtseins aufgedeckt, aber noch nichts von der Seele. Nach *Theodor Haering* (Die Materialisierung des Geistes /Tübingen, J. C. B. Mohr/) verhindert die Tatsache, daß man immer nur auf die (Zufalls-) Gesetze der Materie blickt, die Erkenntnis des Seelischen. Haering sucht darum die Wesensverschiedenheit zwischen Geist und Materie darzulegen, und zwar indem er alle Eigenschaften, die sich seiner Meinung nach an anorganischen Gebilden finden, auch die sinnvollen, dem Geist abspricht, alle übrigen, auch die fragwürdigsten (maschinenhaften, spiritistischen) der Möglichkeit nach ihm zugesteht. Es ist schade, daß Haering den guten Kampf gegen den praktischen Materialismus, auf den es ihm eigentlich ankommt, mit so stumpfen Waffen kämpft. Eine der wenigen Schriften, die seine leidenschaftliche Zeitkritik noch trifft, ist Die physikalische Formel der Seele von *Heinrich Rettig* /Karlsruhe, G. Braun/. Die Formel lautet: »Die Seele der Lebewesen (= das Bewußtsein habende Ich = der Wille = Selbsterhaltung-, Wachstums- und Rassezusammenschlußtrieb = die Lebenskraft der Lebewesen) ist ein Verband wechselartiger (positiver und negativer) Elektronen im Kristall.« Es gelingt Rettig zwar eine vollständige Aufklärerphilosophie und Moral, nicht aber neue psychologische Erkenntnisse aus dieser Formel abzuleiten. Zu ihrem eigenen Schaden behandeln beide genannten Schriften die schwierige Frage nach dem Verhältnis von Geist und Materie ohne Berücksichtigung der entscheidenden Erkenntnisse der Physik und der Psychologie (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 633. ff.).

Bewußtsein Viele Psychologen suchen bei dem Vielerlei und der angenommenen mechanischen Gesetzmäßigkeit der Bewußtseinsvorgänge der Einheit und dem Sinn der Seele gerecht zu werden, indem sie diese Vorgänge oder wenigstens einen Teil davon, auf den dann gleichzeitig die physiologische Erklärbarkeit beschränkt gedacht wird, vor die Tür setzen: das Gehörte eigentlich noch gar nicht zum Seelischen. So außer *Alexius Meinong's* Schülern zum Beispiel *Alois Mager* (Die Enge des Bewußtseins /Stuttgart, W.

Spemann/). Er scheidet zwischen »Gegenstandsbewußtsein« und »Aktbewußtsein«: das erste (»physiologisch gebundene«) ist bloß Stoff, mit dem das zweite, eigentlich Seelische (»physiologisch nicht gebundene«) wie aus einem Hintergrund urteilend, konstatierend, beziehend schaltet. Magers Untersuchungen zeigen: Im Gegenstandsbewußtsein kann Verschiedenes gleichzeitig als »Etwas« da sein. Aber nur einer der auffassenden »Akte« kann zu einer Zeit ausgeführt werden. Darin tritt für ihn der Gegensatz zwischen der Vielheitlichkeit des Materiellen und der Einheit des Geistes zutage, der das physiologische Geschehen zweckhaft, »also« von außen lenke. Der beliebige Wahrnehmungsstoff, der vor dem Akt zerstreut umherliege, werde im Aufmerksamkeitsakt dadurch und nur dadurch zur Einheit, daß das Ich es gleichzeitig *auf sich selbst* beziehe (»Ziel der Beziehungen . . . kann immer nur das aktiv beziehende Ich sein«). Dieser Erklärung der (dankenswerten) Versuche widerspricht, daß man bei rechter Wahrnehmung gar nichts vom Ich erlebt. Weder in dem besondern Fall Magers noch überhaupt vermag sie zu erklären, welche der vorliegenden Stücke nun wirklich zur Einheit zusammengefaßt werden, und wo in der Vielheit des Aufgenommenen Grenzen bleiben; sondern sie läßt für das, was in einem Akt ergriffen wird, die wirklichkeitsfremdesten Möglichkeiten offen. Beide Parteien trifft *Ludwig Klages* mit seiner Kritik in den Schriften Mensch und Erde /München, Georg Müller/ und Vom Wesen des Bewußtseins /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/. Denen, die die Rettung der Seele in ihrer Trennung vom Leib und von allem Körperlichen sehen, hält er entgegen: Das Verhältnis von Leib und Seele ist keine Verknüpfung, keine Einwirkung, Lenkung, überhaupt kein ursächlicher Zusammenhang; es ist ehestens vergleichbar dem Zusammengehören des Sinnes mit seiner Erscheinung im Zeichen. Es gibt keine erscheinungslosen Seelen: »Seelen, die gleichsam hinter der Erscheinung spuken, sind Hirngespinnste.« Ferner: Das Bewußtsein (der »Geist«) ist nicht die Seele, nicht einmal der Kern des seelischen Geschehens; seine beobachtende beziehende Tätigkeit *bildet* nicht etwa aus bloßem Stoff Einheiten, vielmehr zerstört sie die vorher vorhandene Einheit des *Erlebens*. Aus der ursprünglichen, als Erscheinung einer charakteristischen »Seele« im Ganzen erlebten Gestalt, dem »Bild«, macht sie erst ein »Ding«, das

heißt einen entseelten Inbegriff irgendwie zusammenhängender Einzeleigenschaften, zwischen denen Kausalbeziehungen herrschen, die wiederum einzeln herausgefaßt und verwertet werden. Aus solcher Einstellung aufs Stück entspringt die unerhörte Roheit, mit der der tätige und bauende Europäer in die Natur, die Landschaft, das Leben der Erde eingreift. Leider geschieht es Klages immer wieder, daß er seine Einsichten schief formuliert, falsche Folgerungen zieht und unsinnige Forderungen daran knüpft: Nicht das Eingreifen überhaupt ist es, das das Antlitz der Erde zerstört, es ist die sinnlose Art des Eingreifens, die die Natur zu einem Haufen Material und einem Haufen Abfall macht, da sie nichts anderes darin sieht. Klages sieht das nicht. Soweit er nicht bloß der guten alten Zeit nachjammert, mutet er den Völkern der Erde zu alles Wirken sein zu lassen. Er will dem Menschen verbieten, was er, angesichts menschlicher Übergriffe, für die ganze übrige Natur fordert: nach seiner eigenen Art zu leben. Auch sonst leiden seine Erörterungen an übereiltem Schließen. So wenn er auf 1¼ Seiten sämtliche europäischen Philosophen "widerlegt", oder wenn er meint, die »Beseelung« eines Ganzen sei nur möglich, wenn schon seine einzelnen Bestandteile beseelt waren. Ebenso in der Bewußtseinsfrage.

Erlebnis. Wirklich ist das Erleben etwas viel Tieferes, Wesentlicheres, Umfassenderes als das Bewußtsein. Aber Klages verwirrt die verschiedensten Bewußtseinsbegriffe. Wenn er darunter das analysierende Eingreifen in das Gegebene (Magars Akt), das nur noch kahle, seelenlose Stückbeziehungen übrig läßt, und das Feststellen und Beurteilen solcher Beziehungen versteht und unter Erleben das offene Hingegebensein an die einströmende Welt, so hat er recht. Er wäre auch im Recht, wenn er unter Bewußtsein die Summe aller aufzählbaren Gegenstände verstünde, die dem Menschen gegeben sind. Denn ins Erleben des Menschen geht viel mehr als das nennbare Einzelne ein. Vieles (gerade vom Erfreulichen), was aus seinem Innern und aus seiner Umgebung auf ihn wirkt, wird nie zur einzelnen Empfindung, zum einzelnen Gegenstand, zur Voratellung, Ding, Gedanken, Gefühl; sondern es äußert sich nur in der Art seines Gesamtzustands, in der Art und Färbung aller einzelnen Erlebnisse. Und zum Einzelerlebnis, zum Einzelgegenstand

wird es erst dann, wenn es dem Zustand des Organismus zu inadäquat ist, zu schroff, zu abgesetzt gegen die übrige Umgebung, als daß es derart in dessen Gesamtsein aufgehen könnte; so daß der Organismus sich dagegen abschließen oder wehren muß. Es entsteht das bekannte Mißverhältnis in der Anzahl der angenehmen und der unangenehmen (Einzel-)Erlebnisse, auf das die Pessimisten ihre Lehre von der Schlechtigkeit der Welt gründen. In der Wahrnehmung einzelner Dinge findet das seine genaue Entsprechung, indem im ursprünglichen Aufnehmen eines ganzen Dings (eines Gesichts) die Einzelstücke so vollkommen darin aufgehen den Charakter des Ganzen zu bestimmen, daß wohl über Charakterzüge Sicheres ausgesagt werden kann, zu immer neuem Erstaunen aber nichts über Einzelteile, Formen und Eigenschaften des Gebildes (die Farbe der Augen etwa). Aber auch hier tritt sofort, ohne Analyse, einzelnes hervor, wenn irgendwie schlechte Stellen, "Fehler", Unterbrechungen, Narben vorhanden sind, die sich dem Gesamten nicht einfügen. Klages versperrt sich diesen fühlbar unmittelbarsten Zugang zum Wesen des Bewußtseins, indem er jedes Bemerkte als herausfassendes Beurteilen ansieht. Wenn nun, wie er meint, im Erleben die Empfindungen ebenfalls einzeln da sind, bloß nicht bemerkt, ist dann das Erleben besonders sinnvoll?

Wahrnehmungsproblem—Es zeigt sich überall, nicht nur bei Klages, daß das, was die neuere Psychologie Bewußtsein nennt, und was viel mehr umfaßt als das konstatierend Beurteilte, nämlich alles, was dem Menschen in sich und außer sich an Dingen, Vorgängen, Gedanken, Träumen, Erinnerungen, Empfindungen, Gefühlen, Stimmungen bemerkbar vorliegt, unmittelbar gegeben ist, daß dies ungeheure Gebiet selbst in seinen greifbarsten Teilen: der Wahrnehmung der Dinge und des eigenen Leibes, noch viel zu wenig genau bekannt ist, um schon über sein Wesen Theorien machen zu können. So, wenn den Tastwahrnehmungen die Möglichkeit abgesprochen wird gestaltet zu sein, wenn den optischen und akustischen ursprüngliche Örtlichkeit abgesprochen wird, wenn es überall als selbstverständlich vorausgesetzt wird, eine Empfindung müsse am Ort des gereizten Sinnesorgans sein oder womöglich an der Stelle im Kopf, wo die Sinneserregungen ankommen, und dann gefragt wird, wie die Seele ihre Eindrücke wieder an die Stelle des Organs

und aus dem Organ nach außen "verlegt" oder "bezieht". Diese Fragen setzen die weitere Annahme voraus, daß man zwar die Außenwelt nur in irgendwie bildhafter Vertretung, den eigenen Leib aber, die Sinnesorgane und das Gehirn, selbst in ihrem objektiven Bestand wahrnehme, und daß man irgendwie auch zu den äußeren Dingen in ihrem objektiven Bestand, auf rätselhafte Art die Sinnesleitung und schließlich die einfallenden Lichtstrahlen zurückverfolgend, hinausgelangen könne.

Gelangen wir nun wirklich physikalisch über den Bezirk unseres Leibes hinaus, wenn wir etwas *draußen* wahrnehmen? Träumend sind wir oft in einer Welt, deren Dinge durch ihr Verhalten sich sehr eindringlich als außer uns befindlich beweisen, obwohl jeder Weg zu einer physischen Außenwelt verschlossen ist. Auf der Kinowand findet in Wirklichkeit nie eine Bewegung statt, nur ein Wechsel ruhender Bilder. Trotzdem meinen wir nicht bloß, es bewegt sich etwas dort, sondern auf der Wand, die wir draußen sehen, findet so eindringlich Bewegung statt, daß über ihr Vorhandensein kein Streit möglich ist, daß wir sie als ursprünglich hinnehmen müssen. Das selbe gilt für alle Sinnestäuschungen. *Otto Klemm*, der darüber handelt (Psychologie und experimentelle Pädagogik in Einzeldarstellungen /Leipzig, Dürrsche Buchhandlung/) leistet also zu ihrer Erklärung wenig, wenn er fragt, was *wir* mit den (irgendwie als objektiv richtig angenommenen) Empfindungen anfangen, wenn er von irrtümlichen Meinungen, Überschätzungen, Nichtbemerken einer Veränderung, assoziativen Verbindungen, geläufigen Vorstellungen, fälschlichem Lokalisieren spricht. Stärker: Ich bin mit einem Kranken zusammen allein; er ist aber außer mit mir noch mit einer weiteren Person zusammen, die, wie ich aus seinem Verhalten sehe, vor ihm steht und mit ihm spricht; es ist ihm unbegreiflich, daß ich sie nicht auch sehe, und er kann es nur einem Mangel meiner Sinnesorgane zuschreiben. Wie die Schriften Klages' und die Arbeit Magers voraussetzten, können wir durch Auffassungstätigkeiten die anschauliche Beschaffenheit der Dinge auf die einschneidendste Weise ändern; nicht nur »unsere Vorstellung« von ihnen, sondern die Dinge draußen sind nachher anders (siehe Vittorio Benussi Die Gesetze der inadäquaten Gestaltauffassung, im 32. Band des Archivs für die gesamte Psychologie, und die dort zitierten Arbeiten, in denen das ausführlich untersucht ist),

und wie die mannigfaltigsten noch lebendigen Zauberbräuche zeigen, mußte es von den Menschen erst mühsam gelernt werden diese Veränderungen von den dauerhafteren des praktischen Eingreifens zu unterscheiden. Das alles besagt: Auch bei offenen Sinnen findet kein aus uns Hinausgehen statt, unsere wahrgenommene Außenwelt ist nicht die objektive in natura. Bedingungen in uns bestimmen letztlich ihre Gestalt, ihr objektiver (physikalischer) Ort ist in unserm physischen Körper; denn weder Bewußtseinsakte noch krankhafte Zustände können ohne Eingreifen der Hände die objektive Welt im geringsten verändern. Es ist aber nicht in den Sinnesorganen, worauf unter anderm folgendes hinweist: Menschen mit zerstörten Augen haben oft eine so lebhaft sichtbare Welt um sich (die allerdings von der objektiven stark abweicht), daß es zunächst unmöglich ist sie von ihrer Erblindung zu überzeugen; andere, deren Augen die Reize ordentlich aufnehmen, deren Gehirn aber verletzt ist, sehen die Dinge anders als wir, zum Beispiel ohne Bewegungen, ohne feste Gestalt, und zwar ist es nicht, als ob irgendetwas Störendes oder Verdeckendes es verhindere die Dinge richtig zu sehen, wie man das sonst wohl erlebt, sondern die Dinge draußen selbst sind anders (siehe Wilhelm Benarys Studien über einen Fall von Seelenblindheit, im 2. Band der Psychologischen Forschung). Unser wahrgenommenes Ich und sein Leib ist aber unbestreitbar nur ein kleiner Teil neben anderen in dieser wahrgenommenen Welt, deren Ort doch in unserm physischen Leib sein soll. Dies ist nur möglich, wenn wir auch uns selbst mit unseren Organen nicht im Original haben, wie die Theorien voraussetzen, die die Wahrnehmungswelt durch Hinausverlegen oder -beziehen von in uns (in den Organen oder im Kopf) empfundenen Zuständen entstanden denken, sondern auch nur in einer Art Vertreter. Die Beobachtungen bestätigen dies: Ich habe im Oberkiefer Schmerzen; im Unterkiefer wird mir ein Zahn ausgezogen, die Schmerzen sind weg. Bekannt sind die Plagen, die Hypochonder aller Art (Rentenempfänger) *wirklich* auszustehen haben, und denen nichts Objektives entspricht. Der Amputierte spürt nicht nur sein objektiv und für seine Augen nicht mehr vorhandenes Bein, er kann sogar Bewegungen damit machen und gut spüren, wie und wo er es jetzt bewegt; wenn er den Stumpf gegen eine Wand streckt, spürt er es jenseits der Wand, und sogar ein altes

Hühnerauge kann wieder daran zu schmerzen beginnen. Erst im Lauf der Jahre schrumpft das Scheinglied meist bis auf den Stumpf zusammen (siehe das Referat David Katz' darüber, im Bericht über den 7. Kongreß für experimentelle Psychologie /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/). Nach Karl Jaspers' Allgemeiner Psychopathologie /Berlin, Julius Springer/ berichtet Serko über Erlebnisse im Meskalinrausch, in denen er »die Stellung der Glieder ungewöhnlich scharf perzipierte«, aber unter anderm sein eigener Kopf einen halben Meter hinter ihm in der Luft schwebte, und auch die Worte, die er, um sich zu kontrollieren, sprach, von hinten aus einiger Entfernung her ertönten, oder seine Beine die wunderlichsten Spiralförmigkeiten annahmen, die er nicht nur spürte sondern auch sah. In allen diesen Fällen erweist sich der Leib, den der Mensch als seinen eigenen wahrnimmt, als wesentlich verschieden von dem objektiv vorhandenen; er kann nicht dieser selbst sein. Es besteht kein Widerspruch sondern saubere Entsprechung zwischen phänomenalem und physikalischem Innen und Außen. Als bloßer Vertreter des physikalischen Körpers gibt uns unser wahrgenommener Leib also keine festen Punkte, auf die wir die Empfindungen "beziehen" könnten, er gibt uns so viel und so wenig Beziehungspunkte wie irgendetwas in der wahrgenommenen Außenwelt; und es ist kein Wunder, wenn wir nicht nur die Außendinge sondern auch eigene Zustände nicht am (anderweitig wahrgenommenen) Ort des gerade gereizten Sinnesorgans finden. Daß die Außenwelt ohne das geringste Bewußtsein von Sinnesorganen wahrgenommen werden kann, zeigt ein lehrreicher Fall Arnold Picks (Störung der Orientierung am eigenen Körper, im 1. Band der Psychologischen Forschung), wo eine Frau ihre Augen nicht mehr fand und verloren glaubte, dabei aber gut sah. Bei den Gesichtswahrnehmungen ist uns das im allgemeinen geläufig, wenigstens einleuchtend. Bei den Körpersinnen wird aber ganz selbstverständlich vorausgesetzt, daß der Ort der Empfindung mit dem des erregten Organs zusammenfällt, und seitdem im Innern des Körpers Sinneszellen bekannt sind, redet man (zum Beispiel Klemm) von Tastempfindungen in Gelenken und Muskeln oder an der Magenwand, während man bis dahin nur gespürt hatte, daß man die Faust ballte oder Hunger hatte. Seitdem man entdeckt hat, daß der Geschmack eines Apfels größtenteils von den selben Or-

ganen in der Nase vermittelt wird, die sonst Gerüche vermitteln, behauptet man den Apfel, den man im Mund schmeckt, eigentlich zu riechen. Und die Empfindungen, die man unter den Stiefelsohlen vom Boden hat, oder am Ende eines langen Stockes von einer Oberfläche, die man damit abtastet, können, so meint man, nicht von Natur dort sein sondern müssen von der Haut aus "hinausbezogen" sein (siehe hierüber das lesenswerte Schriftchen des alten Physiologen Ernst Heinrich Weber Tastsinn und Gemeingefühl /Leipzig, Wilhelm Engelmann/). Die Schrift Gerhard Heiligs Die sinnlichen Gefühle des Menschen /Jena, Gustav Fischer/, ein Versuch die Art und Gesetze dieser Gefühle (das heißt der Wahrnehmung des eigenen Zustands nicht überhaupt sondern nur aus Anlaß örtlicher Sinnesreizungen) entwicklungsgeschichtlich abzuleiten leidet sehr unter der herrschenden Unklarheit über die Stellung des Leibes und der Organe in der Wahrnehmungswelt. Die Feststellung der Zweckmäßigkeit der untersuchten Gefühle ist dem Verfasser nicht nur Leitfaden der Erklärung sondern tritt nur zu leicht an deren Stelle. Wenn er aus ihr ableitet, daß diese Gefühle nur von zweierlei Art sein können: Nützlichkeit oder Schädlichkeit des Reizes anzeigend, also angenehm oder unangenehm, so beweist er zu viel; denn zum Beispiel die Anzeige der Schädlichkeit könnte doch auch so beschaffen sein, daß sie gleich auf ein bestimmtes Verhalten hindrängt: auf Flucht, Abschluß, Angriff, Beseitigung usw. Was für Eigenschaften wir einer Sache zusprechen müssen, können wir nie von außen entscheiden. Überflüssig wird die Berufung auf die Zweckmäßigkeit in diesem Fall: Heilig wundert sich, daß mit optischen Empfindungen unter normalen Umständen keine Wahrnehmung des eigenen Zustands einhergeht sondern nur des Zustands wahrgenommener Dinge, während es doch viel verwunderlicher wäre, wenn ich an den Dingen draußen im Raum Zustände eigener Körperstellen wahrnehmen könnte. Auch daß den Dingen draußen überhaupt Zustände »zugeschrieben« werden (zum Beispiel der Furchtbarkeit) hat nach ihm Zweckmäßigkeitsgründe und rührt von der assoziativen Verknüpfung mit Gefahrvorstellungen her, während aus Beobachtungen an Tieren hervorgeht, daß umgekehrt die phänomenalen Eigenschaften der Dinge wohl Ursache der »Gefahrvorstellungen«, vielmehr der Angst sind: man denke an Köhlers Untersuchungen über die Psychologie der Schimpansen.

Kurze Chronik Im 45. Band des Archivs für die gesamte Psychologie berichtet F. Schneerson über eine psychologische Richtung in Rußland, die sich *Reflexologie* nennt. Sie beobachtet die Reaktionen auf die mannigfaltigsten Reizarten und verzichtet auf die Erforschung der Bewußtseinsvorgänge. Sie beschäftigt sich besonders mit den "geistigen" Reflexen, die auf Reize erfolgen, die durch Assoziationen (Drill) mit den ursprünglichen (Nahrung, Feinde) verknüpft sind. Die Schule hält die Reaktionen für um so geistiger, je mehr Zwischenglieder ange-drillt sind, und hofft durch fortschreitende sachliche Entfernung des auslösenden Reizes vom Sinn und Zweck der Reaktionen schließlich zu den höchsten geistigen Tätigkeiten zu gelangen. ◊ Die seit Darwin auf körperlichem Gebiet ver-gesüchtete *Vererbung erworbener Eigenschaften* glaubt Wladimir von Bechterow, einer der Begründer der Reflexologie, auf seelischem Gebiet gefun-den zu haben. Er übte mit mehreren Generationen einer Mäusefamilie eine bestimmte Reaktion mit einem über-raschenden Erfolg. Während die ältesten Mäuse die Reaktion gegen 100mal wie-derholen mußten, bis sie sicher saß, brauchten ihre Nachkommen immer weniger Wiederholungen, die letzten kein halbes Dutzend mehr. ◊ Wie der Rostocker Psychologe Hans Henning im 94. Band der Zeitschrift für Psychologie mitteilt, ist es ihm gelungen einige be-sonders kräftige *okkultistische Medien* zu entlarven und über ihre Verfahren eingehende Mitteilungen zu erhalten, be-sonders über die Schliche, mit denen die Leibesuntersuchungen und sonstigen Vor-sichtsmaßnahmen unwirksam gemacht werden. Näheres folgt im Zusammen-hang. ◊ Seit Ostern liest *Gustav von Allesch* an der Berliner Universität über Psychologie und Ästhetik. Er beschäftig-te sich bisher hauptsächlich (keineswegs ausschließlich) mit den Grundlagen und Gesetzen der bildenden Kunst, worüber unter anderm die Schrift *Wege zur Kunstbetrachtung* /Dresden, Sibyllenver-lag/ und besonders eine ausgezeichnete kleine Abhandlung über künstlerischen Wert (in der Festschrift für Stumpf) Zeugnis gibt. ◊ Ebenfalls an der Univer-sität Berlin liest *Richard Thurnwald* über Völkerpsychologie. Über seine Studien an den Völkern der Südsee berichtet eine ganze Reihe von Schriften, die bei Johann Ambrosius Barth in Leipzig, bei Dietrich Reimer in Berlin und bei Ferdin-and Enke in Stuttgart erschienen sind.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Hinduismus Während es in deutscher Sprache eine Reihe vor-trefflicher Bücher über die Religion der indischen Vergangenheit gibt, fehlt es in ihr fast gänzlich an Werken, die sich mit den lebenden Glau-bensformen beschäftigen. Um dem abzu-helfen, hat *Helmuth von Glasenapp* in seinem Buch *Der Hinduismus* /München, Kurt Wolff/ es unternommen zusammen-fassend dasjenige religiöse System dar-zustellen, das seiner geistigen Bedeutung und der Zahl seiner Bekenner nach heute in Indien an erster Stelle steht: den Hin-duismus. Auffallen dürfte es, daß der Buddhismus in seinem Heimat- und Ur-sprungsland bei einer Gesamtbevölke-rung von etwa 330 Millionen nur noch einige Hunderttausend Bekenner zählt, während das Christentum, das aber auch schon, angeblich vom Apostel Thomas eingeführt, sich sehr frühzeitig vorfindet, es immerhin auf etwa 3 Millionen An-hänger gebracht hat; zum Hinduismus rechnen sich 220 Millionen.

Was ist Hinduismus? Seinem Glauben nach dankt der Hindu Theist, Monotheist, Pantheist, Polytheist oder auch Atheist sein. In reinen Glaubensangelegenheiten ist der Hinduismus von einer vorbild-lichen und sonst auf dem Erdenrund bei-spiellosen Toleranz; um so strenger und unduldsamer aber in allen Dingen des Kastenwesens. Im allgemeinen verlangt der Hindu Anerkennung des Veda als hei-liger Offenbarung, aber ohne Bindung an irgendeine bestimmte Lehre, Anerkennung des Vorrangs der Brahmanen, theoretisch viel bestritten, aber als Sitte noch heute im ganzen Indien beachtet, und vor allem die Zugehörigkeit zu einer allgemeinen als Glied des Hinduismus anerkannten Kaste sowie die Erfüllung der in dieser üblichen religiösen, rituellen und sozialen Pflichten. Während, wie bemerkt, der Hinduismus die weitestgehende Glau-bensfreiheit unbedenklich gewährt, ahndet er streng die, selbst unabsichtliche, Verletzung heiliger Gebräuche. So soll ein Vorfahre in der hochangesehenen Familie des Dichters Rabindranath Ta-gore durch den Genuß von Fleisch, das Mohammedauern als Speise dient, seine hohe Kastenstellung verloren haben. In der Philosophie der Inder sah Hegel größtenteils »zügellose Verrücktheit«. »Jhr ganzes Leben« sagt er »ist nur ein Aberglaube; alles Träumerei und Skla-verei, Wegwerfung aller Vernunft. Mo-ralität und Subjektivität kann nur zum Bewußtsein ihrer selbst kommen; indem

sie maßlos in wilder Einbildungskraft ausschweift, aber nur auf diese Weise Genüge findet, wie ein an Körper und Geist ganz heruntergekommener Mensch seine Existenz verdumpte und unleidlich findet und nur durch Opium sich eine träumende Welt und ein Glück des Wahnsinns schafft.« Ähnlichen Urteilen, sagt Glasenapp, begegnet man auch heute noch häufig, wenn sie auch nicht immer so schroffe Formen annehmen. Schelling dagegen, auch Büchner, Eduard von Hartmann und vor allem Schopenhauer, waren begeisterte Bewunderer indischer Philosophie, die bei ihnen fast zur göttlichen Offenbarung erhoben wurde. Sehr ausführlich und sehr klar behandelt Glasenapp die 6 orthodoxen Lehrsysteme des heutigen Indiens, besonders das sonst nicht leicht zu verstehende Yogatum. Er macht auf einen erheblichen Unterschied zwischen abendländischer und indischer Auffassung aufmerksam. Man, zum Beispiel Schopenhauer, habe oft auf die auffallende Ähnlichkeit in den Philosophemen Schankaras /9. Jahrhundert/ und Kants hingewiesen, aber im wesentlichsten Punkt lehrt Schankara genau das Gegenteil von Kant: nämlich daß der Mensch durch methodische Ausbildung der in ihm schlummernden höheren Fähigkeiten imstande sei zu metaphysischen, für die sonstige Wissenschaft transzendenten, ihr also unzugänglichen, übernatürlichen Gewisheiten zu gelangen und das Absolute in seiner Realität wahrhaft zu schauen. Noch heute ist in Indien alles Religion. Das Gesetzbuch des Manu spricht von allem, von Großem und Kleinem, von Erhabenem und Alltäglichem. In der Natur des Inders liegt es, sagt Oldenberg, jeden Schritt, den er tut, als feste religiöse Norm zu empfinden. Ein englischer Gelehrter erklärt, daß sich jeder von den zahlreichen rituellen Gebräuchen des täglichen Lebens beim Ankleiden, Baden, Essen, Trinken, beim Begegnen und Begrüßen, bei Kauf und Verkauf, bei Geburt, Ehe und Tod aus uralten religiösen Weihen herleiten lasse. Was neben diesen das alltägliche Leben in den kleinsten Einzelheiten begleitenden und ihm eine fühlbare Feierlichkeit gebenden unzähligen rituellen Gebräuchen besonders auffällt, ja oft bedrückt, ist das Riesenhafte in allen Ausmaßen der Räume und Zeiten, bei Göttern und Heroen, das Gigantische in ihren Mythen, Erzählungen und Märchen. Nur ein Beispiel: Unsichtbar erhebt sich ein Berg höher als der Himalaja, fester als Granit. Einmal in jedem Jahrhundert erscheint eine Schwalbe und streift

im Vorbeihuschen mit seidnem Flügelschlag diesen Riesenfels. Wenn er dadurch ganz geebnet sein wird, dann ist ein indisches Weltzeitalter vorüber. Man lebt ganz in der Atmosphäre der Märchen, der Wunder und Mythen, der Zaubersprüche, Amulette und Symbole. Durch die umsichtige und energische Tätigkeit der Engländer haben Witwenverbrennung und Sklaverei gänzlich, Menschenopfer und Tötung neugeborener Mädchen fast gänzlich aufgehört. Aber es ist doch auffällig, daß ein so bedeutendes Volk nicht aus sich selbst die Kraft aufbringen konnte sich von dem wüstesten und grausamsten Aberglauben zu befreien. Der bedingungslosen Toleranz der Hindus in Glaubensangelegenheiten wurde schon gedacht. Hervorzuheben bliebe noch eine dem indischen Denken eigentümliche Einstellung, aus der man eine Erklärung der wunderbaren Duldsamkeit herleiten könnte, nämlich die von Deussen, Keyserling und Glasenapp gleichermaßen als vorbildlich gepriesene Fähigkeit indischer Denker Widersprechendes als gleich wahr zu empfinden. So erzählt Glasenapp von dem berühmten Ramakrishna, dieser sei in einer oft Stunden währenden Versenkung seiner Identität mit dem unpersönlichen Brahma unmittelbar innegeworden, habe aber täglich eine persönliche Gottheit, und zwar je nach Stimmung Durga oder Krischna oder Rama oder Schiva oder Jesus, demütig verehrt. Von einem Asketen um Aufklärung ersucht, sagte er: »Im Absolute bin ich nicht und bist du nicht, noch ist ein persönlicher Gott, denn das Absolute ist jenseits von Wort und Gedanke. Solange aber die Welt der Vielheit noch als außer mir vorhanden aufgefaßt wird, habe ich auch das Brahma als etwas außer mir Befindliches zu verehren.« Verständlich wird uns diese gleichzeitige Annahme des Widersprechenden und die daraus sich ergebende absolute Toleranz des indischen Denkens in allen Glaubensfragen durch die Lehre der indischen Religionsphilosophie, daß alle Lehren vom Absoluten nur sinnbildliche Ausdrücke und verschiedenartige Methoden seien, die dem selben Ziel zustrebten. So sei ein Becher klaren Wassers für die Götter eitel Amrita, für die Menschen Wasser, für gewisse tieferstehende Wesen Eiter und Blut; diese einander ausschließenden Aussagen seien alle gleich wahr. Nicht im Sagen und im Reden, nur in der Stille, in der Versenkung offenbart sich das Absolute. »Lehre mich das Brahma« sagte ein Jünger. Der Meister

ging ein Stück Weges, setzte sich nieder und schwieg. Der Jünger wiederholt mehrmals seine Frage und der Meister sein voriges Verhalten. Schließlich antwortet er: »Eben lehrte ich es ja, du aber verstandest es nicht; das Brahma offenbart sich nur im tiefsten Schweigen.« Trotz dem hohen Flug der indischen Philosophie, trotz zahllosen humanitären Vereinen und Reformbestrebungen auf sozialem, pädagogischem, politischem Gebiet will es nicht gelingen 2 Übel zu beseitigen, die an dem Mark Indiens zehren, und deren eines die Befreiung Indiens überaus erschweren wird, nämlich die Kinderheiraten und die Kasten. Vornehmlich diese. Unter einer Kaste, deren es über 3000 gibt, versteht man eine »durch einen gemeinsamen Namen gekennzeichnete endogame Gruppe von Personen [endogam ist ein Kreis von Personen, die unter einander heiraten dürfen], die die gleiche traditionelle Beschäftigung ausüben, ihren Ursprung auf eine bestimmte menschliche oder göttliche Persönlichkeit zurückführen und durch vererbte Rechte, Pflichten und Anschauungen zu einem Ganzen verbunden sind«. Da die Einrichtung der Kasten nach dem Glauben der Inder aus einem allgemeinen, für alle Wesen gültigen Weltgesetz folgt, demzufolge die guten und die bösen Taten in früheren Daseinsformen durch Wiedergeburt in einer der Kasten gesühnt oder belohnt werden, und der Angehörige der niedersten Kaste sich noch in dem stolzen Bewußtsein gehoben fühlt als Mensch und nicht als Tier wiedergeboren zu sein, während er hoffen darf durch sein irdisches Leben in der nächsten Wiedergeburt zu einer höhern Kaste aufzusteigen, kann man ermessen, wie schwierig es sein mag an der Kasteneinteilung wirksam zu rütteln. Und doch hängt nach Tagore die Regeneration des indischen Volkes »unmittelbar und vielleicht einzig und allein von der Abschaffung des Kastenwesens ab«. Die Gewöhnung eines Volkes von beinahe 400 Millionen in der Kasteneinteilung ein Weltgesetz zu empfinden, bildet natürlich auch die eine große Schwierigkeit auf dem Weg ganz Indien in den einen großen Gedanken zusammenzufassen: Indien den Hindus. Aber an dem Werk wird emsig, öffentlich und geheim, in der Literatur wie in Vereinen und Versammlungen, von Brahmanen und Angehörigen aller Kasten gearbeitet.

So viel, besser gesagt so wenig, aus dem reichen Inhalt des umfangreichen Werkes von Glasenapps. Dieser erste Versuch in der wissenschaftlichen Literatur Deutsch-

lands die politischen, religiösen und sozialen Verhältnisse im heutigen Indien umfassend und anschaulich zu schildern ist glänzend gelungen. Das Ganze ruht auf festem historischen Unterbau, orientiert über die Entwicklung des gesamten, uraltem Brahmanentum entsprossenen Hinduismus. Wir vernehmen, wie die heutigen Inder im tiefsten noch immer wie einst von metaphysischem Sinnen durchglüht sich zu den theoretischen und praktischen Problemen der gegenwärtigen Welt stellen, wir lernen ihre Zeichen und Symbole, ihre Heroen und Heiligen, ihre Naturgeister und Dämonen, neben den 3 Hauptgöttern Brahma, Wischnu und Schiwa eine große Anzahl niederer bis hinab zu den Dorfgöttern kennen und teilweise auch verstehen. Heute noch hoch und heilig gehaltene Überlieferungen wie das Mahabarata und Ramajana ziehen an unserer Seele vorüber wie lebende Riesengemälde aus einer übergewaltigen tropischen Natur, bei der alles sich ins Riesenhafte dehnt, bei der alles, auch die weltliche Literatur, nur geschrieben zu sein scheint, um in tausend farbenüppigen Bildern den Stolz indischen Denkens, das große kosmische, auch für Götter gültige Weltgesetz von der unentrinnbaren ewigen Vergeltung und Gerechtigkeit vor uns zu entwickeln. Die 6 großen Systeme des heutigen orthodoxen Hinduismus sprechen zu uns in den besten ihrer Vertreter. So, geschichtlich und philosophisch vorbereitet, gelangen wir zu besserem Verständnis der vielfach wunderlichen Gebräuche im täglichen Leben, zum Verständnis für die indischen Tempel voller Fratzen und Ungeheuer, ihrer vielgestaltigen, und oft bis zum Entsetzen mißgestalteten Götter, ihrer Priester und Büsser, ihrer seltsamen und oft grausigen Feiern und Feste. Ein eigenes großes Kapitel belehrt uns über den Einfluß des Abendlands auf das moderne indische Denken, über das Erwachen eines neuen Geistes, über zahllose Reformbestrebungen auf religiösem, politischem, sozialem Gebiet, die von der Wiege an, das oft betäubende Aroma des immer religiös phantastisch durchwehten indischen Empfindens treu während, das Leben der Hindus umgestalten möchten, über die gewaltige, das ganze Volk leidenschaftlich erregende, begeistert den hinduistischen Zusammenschluß fordernde Nationalbewegung, über literarische Köpfe, über das vielen doch bedrohlich erscheinende Christentum, sowie über eine große Menge religiöser, politischer, sozialer und pädagogischer Neubildungen und Bestrebungen. Die Sprache ist klar und

schlicht, ohne jeden Prunk mit gelehrtem Anmerkungswissen, jede aufdringliche Argumentation verschmähend, die Prognosen wohlbegründet und äußerst vorsichtig, immer von der Absicht geleitet dem Leser alles Material in reichhaltiger Fülle und nie einseitig-suggestiv, aber stets übersichtlich und wohlgeordnet zu bieten, um ihn zu bewegen sich selber ein Urteil zu bilden. Das Ganze durchweht von einer feierlichen Stimmung, von der Ahnung, daß ein großes Weltzeitalter dem Ende sich neigt, und daß tief verschleiert ein neuer Erdengeist sich naht, von dem niemand weiß, was er dem Osten oder Westen bringen mag.

Gemeinverständliche Schriften

Die überaus schwierige Aufgabe die *indischen Religionen* zu behandeln, in die

Gedankenwelt Indiens einzuführen ist von Julius Richter in seiner Arbeit *Die indischen Religionen* (München, Rösl & Cie./ mit großem Geschick gelöst worden. Neben der Religion der Veden werden mit Rücksicht auf die Interessen der Gegenwart besonders der Buddhismus und der Hinduismus behandelt, außer den Buddhalegenden auch eine kurz gedrängte vorzügliche Schilderung vom geschichtlichen Leben des Buddha geboten und die sozialen Gestaltungen, vor allem die Kasten und das Los der Frauen, in markanten Zügen skizziert. Das Büchlein erfüllt den Zweck ohne Voraussetzung gelehrter Vorbildung in die Religionen und Gebräuche Indiens einen interessanten Einblick zu gewähren in denkbar vollkommener Weise.

Kurze Chronik In Wien wurde ein *Institut für religionspsychologische Forschung* unter der Leitung

des Universitätsprofessors Karl Beth eröffnet. Es hat sich zur Aufgabe gestellt das Wesen der Religion exakt und experimentell zu erforschen, ist der gleichzeitig gegründeten Internationalen Religionspsychologischen Gesellschaft in Wien angegliedert und gibt eine Vierteljahrsschrift *Archiv für religionspsychologische Forschung* mit Beiträgen in deutscher, französischer und englischer Sprache heraus. ◊ Der Hebraist und Bibelforscher *Felix Perles*, Verfasser wertvoller Beiträge zur jüdischen Religionsgeschichte, wurde Honorarprofessor für das neuhebräische und aramäische Schrifttum an der Königsberger Universität. ◊ Der Studienrat *Hermann Schuster* in Hannover erhielt einen Lehrauftrag für Religionspädagogik an der Universität Göttingen.

KUNST

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

Polen

Polen bemüht sich um seinen nationalen Aufbau, ist dabei aber zunächst historisch retrospektiv eingestellt. Statt die Vergangenheit zu vergessen und der Zukunft Wege zu bereiten, bemüht es sich um die Verlebendigung dieser Vergangenheit. Neubauten, zum Beispiel Bahnhöfe, werden im Stil der Landschlösser der Schlachta errichtet. Oder nach endlosen Debatten hat man sich entschlossen eine während der russischen Herrschaft erbaute Kathedrale unter großem Kostenaufwand niederzulegen. Der primitive Nationalismus bedarf vielleicht solcher Gewaltmaßnahmen. Man ist mehr um Rekonstruktion als um Konstruktion bemüht, das Prinzip des Konservatismus. Es ist daher erklärlich, daß es jungen, europäisch eingestellten Künstlern sehr schwer fällt sich durchzusetzen und Einfluß zu gewinnen. Die neue polnische Kunst, über die die in Warschau erscheinende Zeitschrift *Block* orientiert, bemüht sich um Fortsetzung der Ergebnisse des französischen Kubismus, des deutschen Expressionismus und des russischen Suprematismus und Konstruktivismus. Aber nur wenige haben eigene Wege gefunden. So *Vladislaw Strzeminski* und vor allem *Henryk Berlewi*, von dem im Sturm in Berlin eine Ausstellung zu sehen war.

Im Anschluß an Malewitsch arbeitet *Vladislaw Strzeminski*. Aber im Gegensatz zu diesem, der in seinen Bildern äußerste Dynamik erstrebt, die Fläche der Bilder zu einem gesteigerten Raumerlebnis macht, betont er das Flächenhafte, das Statische des Bildaufbaus, macht aus dem Neutrum des Bildhintergrunds wieder ein aktives Bildelement. Mit einem Minimum von Mitteln versucht *Henryk Berlewi* ein Maximum von Energieentfaltung zu erreichen. Er geht auf die einfachsten Elemente zurück, auf die einfachsten Formen, einfachsten Farben: Schwarz, Weiß, Rot, um damit eine sehr differenzierte Skala von Ausdrucksmitteln zu schaffen. Sein Hauptverdienst ist es die Elemente der Faktur einem Mechanisierungsprozeß unterzogen, ein neues schematisches faktuelles System geschaffen zu haben, ein mechanistisches System, das von der industriellen Technik herkommt, und das, unabhängig von Launen, von exakter Funktion ist. Damit soll keineswegs der Schaffensprozeß automatisiert werden. Im Gegenteil. Durch Mechanisierung der Mittel kann

eine größere Freiheit des Schaffens erreicht werden, kann die Intentionskraft freier schalten. In einer von Aleksander Wat, dem Hauptvertreter neuerer polnischer Dichtung, eingeleiteten Abhandlung *Mechano Faktura* /Warschau, Verlag Jazz/ hat er eine Untersuchung über die Entwicklung der Faktur durchgeführt, ihre Möglichkeiten erörtert und damit seiner praktischen Arbeit eine theoretische Erläuterung gegeben.

Berlin: Große Räumliche Begrenzung und Ausstellung 1924 Hans Baluscheks Leitung

haben die Große Berliner Kunstausstellung sehr zu ihrem Vorteil verändert. Es sind ihr diesmal bestimmte Grenzen gesetzt worden. Trotzdem kann man von ihr nicht sagen, daß sie gut ist. Das liegt wesentlich an den Einzelleistungen, die wenig Lebendigkeit verspüren lassen. Intensität scheint erschöpft zu sein; aber das Gesamtniveau hat sich bedeutend gehoben. An der Ausstellung sind nur der Verein der Berliner Künstler, die Novembergruppe und der Bund deutscher Architekten beteiligt. Sowohl die Berliner wie die Freie Sezession fehlen, ohne aber vermißt zu werden. Vor allem weil Liebermann und Corinth im Ehrensaal der Ausstellung hängen, und manche ihrer Mitglieder mit Arbeiten vertreten sind.

Der wesentlichste Raum der Ausstellung ist der Hauptraum der Novembergruppe, der fast alle wichtigeren Vertreter der neuern deutschen Malerei enthält, ohne aber irgendetwas zu zeigen, was nicht schon bekannt wäre. Wie viele Gebiete, scheint auch die Malerei sich in einem Erschöpfungszustand zu befinden, in dem sie lethargisch verharret, ohne neue Wege zu finden.

Was der Großen Berliner Kunstausstellung aber das Rückgrat verleiht und sie zu einer aktuellen Angelegenheit macht, ist die *Architekturabteilung*. Die Historische Abteilung des Bundes deutscher Architekten, die man Leo Nachtlicht zu danken hat, zeigt die Entwicklung vom Barock bis zur Gegenwart. Der Architekturssaal der Novembergruppe enthält neueste Arbeiten, die klarer und deutlicher als die Malerei den Zeitwillen erkennen lassen.

Berliner Ausstellungen In der deutschen Graphik nimmt *Alfred Kubin* eine Sonderstellung ein. Der

Salon Gurlitt veranstaltete eine Ausstellung seiner Blätter, die einen guten Überblick über sein Schaffen bot. In seinem Beginn ist Kubin äußerst litera-

risch eingestellt. Sehr bald jedoch gelingt es ihm das Literarische zu überwinden, so daß das Sujet immer belangloser wird. Vom anfänglich Unwirklichen wendet er sich dem Wirklichen zu, dessen Phantastik er mehr und mehr erkennt, und das zum Träger seiner expressiven Manifestationen wird. Ernst Wilhelm Bredt hat eine Monographie Alfred Kubins herausgebracht /München, Hugo Schmidt/, die, mit vielen Abbildungen versehen, ein lebensvolles Bild dieses Künstlers gibt.

Eine kleine Ausstellung graphischer Blätter *James Ensors* veranstaltete das Graphische Kabinett. Ensor kam auf völlig anderm Weg und mit anderen Mitteln zu ähnlichen Ergebnissen wie Kubin. Beide durchschauten das Gebiet der metaphysischen Abgründe des Lebens. In der Galerie George Grosz im Malikerverlag war eine Ausstellung graphischer Arbeiten *Rudolf Schlichters* sowie Bilder und illustrierte Bücher *Frans Masereels* zu sehen. Besonders die Buchillustrationen Masereels, meisterhafte Holzschnitte, zeigen, bis zu welcher Vollkommenheit politische Aktivität durch die Kunst zum Ausdruck kommen kann. Ein gemeinsames Werk von Arthur Holitscher und Stephan Zweig über *Masereel* ist, mit vielen Holzschnitten versehen, im Verlag Axel Juncker in Berlin erschienen. Es gibt Aufschluß über das außergewöhnliche Schaffen dieses Künstlers.

Prähistorische Kunst Im Propyläenverlag in Berlin ist als 1. Band der Propyläenkunstgeschichte ein umfangreicher Band im Lexikonformat mit mehreren hundert Abbildungen über die *Kunst der Naturvölker und der Vorzeit* erschienen. Eckart von Sydow hat diese zusammenfassende und informierende Darstellung des vor 2 Jahrzehnten ästhetisch noch völlig unerschlossenen sehr umfangreichen Kunstgebiets gegeben. Wie die Kunst der Vorzeit ist auch die der Naturvölker heute nur noch museal zu erfassen. Durch die Berührung mit der europäischen Zivilisation wurde die ursprüngliche Schöpferkraft der Naturvölker gehemmt, in ihrer künstlerischen Auswirkung teilweise aufgehoben. Daher bieten nicht mehr die eigentlichen Ursprungsländer sondern allein ethnologische Museen, die in eifrigem Sammeleifer alles Wesentliche zusammengebracht haben, oder Publikationen wie die vorliegende Gelegenheit zum Kennenlernen dieser für die schöpferische Entwicklung der Menschheit grundlegenden Kunstwerke. Ihre Entdeckung

als Kunstwerke verdanken die Schöpfungen der Vorzeit und Naturvölker der Kunstentwicklung der letzten Vergangenheit. Der Entdeckung durch die Künstler folgte ihre Erforschung durch die Kunstwissenschaft, die in vielen Einzelpublikationen und Aufsätzen die Deutung dieser eigenartigen Werke versuchte. Sydow versucht nun eine zusammenfassende Darstellung dieser Forschungsergebnisse. Sein Werk umfaßt die Kunst der Naturvölker, die des altamerikanischen Kulturkreises, der europäischen Vorgeschichte und die nachgermanische Kunst der Völkerwanderungs- und Wikingerzeit. Es behandelt Baukunst, Plastik und Malerei. Ein umfangreiches Gebiet, das in seinen Grundzügen durch Sydows disziplinierte Darstellung eindeutig erschlossen und der Kunstgeschichte eingegliedert wird. Wir haben es daher hier mit einem wesentlichen Werk zu tun.

In einer Sonderstudie über die *altnordische* Kunst behandelt F. Adama von Scheltema die Grundprobleme der vorhistorischen Kunstentwicklung und damit die Entwicklungsprobleme der Kunst überhaupt. Denn gerade die frühesten Kunstformen kommen für die Untersuchung der künstlerischen Entwicklungsgesetze in allererster Linie in Betracht. Das Werk ist im Mauritiusverlag in Berlin erschienen und unterstützt seine Ausführungen durch zahlreiche Abbildungen.

Unter den Exoten sind es neben den afrikanischen Negern vor allem die *Nordwestindianer*, deren künstlerische Werke, Häuser, Geräte, Decken und Schnitzwerke von seltener Originalität und Ausdruckskraft sind. Ihr Charakter wird vor allem durch die Ornamentik bestimmt; Totemismus, auch Geheimbündwesen sind die seelischen Antriebskräfte dieses eigenartigen Kunstgebiets. Leonhard Adam hat als 17. Band der von Paul Westheim herausgegebenen *Welthandbücherei Orbis Pictus* / Berlin, Ernst Wasmuth/ eine reich illustrierte Arbeit über die nordwestamerikanische Indianerkunst erscheinen lassen, eine instruktive Einführung in das wenig bekannte Kunstgebiet.

Gleichfalls im Verlag Ernst Wasmuth ist als 1. Band der Sammlung Die ältesten Kulturen des Mittelmeerkreises ein Band *Altkreta*, von Helmuth Th. Bossert, erschienen. Die Auswahl der Abbildungen, ihre Anordnung und Aneinanderreihung erfolgte nicht nach entwicklungsgeschichtlichen sondern nach künstlerischen Gesichtspunkten.

Totenliste Anfang April starb in Wien der Maler und Illustrator *Franz von Bayros* in seinem 57. Lebensjahr. Er ist bekannt als Illustrator älterer und neuerer erotischer Werke.

Anfang Juni starb in Grötzingen bei Karlsruhe der Maler *Friedrich Kallmorgen* im Alter von 67 Jahren. Er war einer der Hauptvertreter der Karlsruher Malerschule, die Ende des vorigen Jahrhunderts einen bedeutenden Einfluß auf die malerische Entwicklung in Deutschland ausgeübt hat.

Mitte Juni starb in München der Maler *Walter Georgi*, 53 Jahre alt. Er gehörte zu den führenden Männern der einstigen Künstlervereinigung Die Scholle.

80 Jahre alt starb im Juni in Berlin der Tiermaler *Heinrich Sperling*. Er war Porträtist aller berühmten Rennpferde. Im jugendlichen Alter von 24 Jahren starb in Mentone der ungarische Zeichner *Ladislau Borris*. Er arbeitete für die Berliner Illustrierte Zeitung, später für Le Rire und Evening News.

In Weimar starb der Landschaftsmaler und Radierer *Paul Lübbecke*, 75 Jahre alt.

Kurze Chronik Der Louvre erwarb für seine Abteilung altdeutscher Kunst, deren Mittelpunkt seit 2 Jahren Dürers Selbstbildnis aus seiner Wanderzeit bildet, ein deutsches Gemälde aus dem 16. Jahrhundert. Der Meister dieses Werkes ist offenbar *Hinrik Funhof*, der von 1475 ab in Hamburg genannt wird und um diese Zeit große Aufträge für Lüneburg ausführte. Die Persönlichkeit Funhofs ist erst seit kurzem durch die Studien des Lübecker Museumsdirektors Carl Georg Heise bekannt geworden. Eines seiner Hauptwerke ist der Hochaltar der Lübecker Johanniskirche. \diamond Ein Kopenhagener Kunstliebhaber erwarb um einen geringen Preis ein Porträt Martin Luthers, das sich nach sorgfältiger Prüfung als ein Werk *Lukas Cranachs* herausstellte. \diamond In Wien fand als 2. Ausstellung des Vereins der Museumsfreunde eine Ausstellung *Meisterwerke der italienischen Renaissance* statt. Die ausgestellten Werke, Gemälde und Skulpturen, entstammen ausschließlich dem Privatbesitz alter Familien und neuerer Kunstsammler. \diamond Der Kunsthistoriker C. F. Förster, der mit der Wiederherstellung der Inneneinrichtung der Potsdamer Schlösser betraut ist, hat in einem Gemälde, eine ländliche Hochzeit darstellend, ein *Jugendwerk Watteaus* erkannt. Das Werk befindet sich in Sanssouci.

Literatur In der von Brinckmann herausgegebenen Sammlung *Die 6 Bücher der Kunst* /Berlin, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/ versucht *Arnold von Salis* (Die Kunst des Altertums) den ausgedehnten und unübersichtlichen Stoff dieser Kunstepoche durch Herausstellen der wesentlichsten Stilelemente zu bewältigen. Er deutet die verschiedenartigen Stile des Altertums aus der jeweiligen Geistesrichtung der verschiedenen Epochen, deren äußerste Gegensätze ägyptischer Schematismus und griechisch-römischer illusionistischer Impressionismus sind. Der spätantike Impressionismus ist eine gewisse Parallele zum Impressionismus des 19. Jahrhunderts. Hier wie dort erfolgt der Umschlag in den Expressionismus; die Wandlung der spätantiken zur frühchristlichen Kunst. ◊ Mit entwicklungsgeschichtlicher Notwendigkeit mußte nach den Schöpfungen des Mittelalters, die den Beschauer vergessen zu machen suchten, daß die Welt der Erscheinungen sich räumlich auf der Netzhaut unseres Auges widerspiegelt, die Menschheit sich wieder auf den Mutterschoß der Erde besinnen, dem sie entsproß. Aber nicht plötzlich, langsam kam diese Besinnung, deren Wandlung sich offensichtlich um 1400 überall vollzog. Hinter dieser Jahrhundertwende liegt kunstgeschichtlich das Mittelalter, vor ihr kunstgeschichtlich die Neuzeit, deren erste große Kunstblüte, die Hochrenaissance, *Karl Woermann* in seiner Schrift *Die Kunst zur Zeit der Hochrenaissance* behandelt /Leipzig, Bibliographisches Institut/. Sie ist ein Auszug der im gleichen Verlag herausgegebenen *Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker* *Karl Woermanns*. ◊ In der oben erwähnten Sammlung *Die 6 Bücher der Kunst* hat *Albert Erich Brinckmann* einen Band über die Kunst des Barocks und Rokos erscheinen lassen. Eine kurze Einführung in diese vielseitig verzweigte Kunstepoche, die vielleicht gerade ihrer Nähe wegen uns am fernsten lag. Wie die frühchristliche Kunst als eine Barbarisierung der Antike, so wurde lange das Barock als eine Barbarisierung der Renaissance angesehen. Man hatte hier wie dort übersehen, daß diese Epochen auf einer völlig veränderten geistigen Allgemeinlage beruhen, die wesentlich dem religiösen Erleben entspringt und notwendig auch künstlerisch ihren Ausdruck finden mußte. Barock und Rokoko sind späte Triebe eines alten Stammes, die, um zur vollen Entfaltung zu

kommen, spannungsvollste Kontrastierung erforderten. Daher die unmittelbare Nähe des Psychischen und Physischen, des Naturalistischen und abstrakt Imaginativen. ◊ *Edmund Hildebrandts Monographie Antoine Watteau* /Berlin, Propyläenverlag/ ist eine Sonderstudie über das Barock. Daß der Mensch *Watteau* Zeitgenosse des *Grand Siècle* ist, als dessen größter Gegensatz der Künstler *Watteau* erscheint, ist eine der Beweise für die unerhörte Spannungsfähigkeit des Barocks, die, völlig entgegen der Meinung *Hildebrandts*, gerade ihre Erklärung aus dem zeitlichen Milieu findet. Das Barock war eben zugleich tief und oberflächlich, von visionärer Traumkraft und Verstandeskühle beherrscht. Es kannte die Mittel der Suggestivität auf die Massen und das tiefe spirituale Erlebnis des einsamen Ekstatikers. ◊ Der Geist des Kubismus und die Künste von *Rudolf Blümmers* /Berlin, *Der Sturm*/ und *Vom Kubismus*, ein Mittel zu seinem Verständnis, von *Albert Gleizes* /Berlin, *Der Sturm*/ bemühen sich den *Kubismus*, sein Wesen und seine Bedeutung verständlich zu machen. Während sich *Gleizes* auf Malerei und Plastik beschränkt, zieht *Blümmers* auch Dichtung, Musik, Sprache und Sprech- und Bewegungskunst in seine Betrachtungen ein. Es sind sachlich geschriebene Theoreme, die sich um Festlegung der Elemente der Kunst, um Analyse ihrer Gesetze bemühen. ◊ *Paul Westheims Holzschnittbuch* /Potsdam, *Gustav Kiepenheuer*/, eine historische Betrachtung im Dienst des Gegenwärtigen, gibt einen Überblick über die Entwicklung des Holzschnitts von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, der durch zahlreiche gutgewählte Beispiele anschaulich gemacht wird. Der Holzschnitt war ursprünglich ein Ersatz für Zeichen- und Kalligraphenarbeit, hatte einen Massen- und Vulgarbedarf auf einfache Weise zu befriedigen. Dabei entstand ohne spekulative Absichten, aus Ökonomie und Handwerkssachlichkeit heraus, durch Unterwerfung unter die Bedingungen der Technik ein Kunstgebiet von ursprünglicher Frische und starker Ausdruckskraft. Später wurde der Holzschnitt zu einem reinen Reproduktionsmittel. Von *Dürer* bis *Menzel* wurde immer höhere Anspannung seiner Mittel notwendig, bis durch die Erfindung des Holzstichs durch *Bewick* ein Mittel zur originalgetreuen Reproduktion der Handzeichnung gegeben war. Die Expressionisten machten den Holzschnitt wieder zu einem Mittel direkten Ausdrucks.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Britisches Reich Mehr als 400 Millionen Menschen leben im Britischen Reich. Von ihnen können vielleicht 100 Millionen englisch sprechen. Das Reich ist über alle großen Weltwirtschaftsgebiete verbreitet; abgesehen vom Mutterland liegen seine Hauptteile außerhalb Europas. Zwei Hauptstücke seines Wirtschaftsgebiets, Indien und Australien, liegen am Stillen Ozean, und Canada liegt nicht nur in Amerika sondern bildet auch in ständig wachsendem Maß einen Teil des amerikanischen Wirtschaftsgebiets. Das Britische Reich ist das Hauptgebiet für die Kapitalsanlagen des Mutterlands, aber noch wichtiger ist es als Lieferant von Rohstoffen für das Mutterland und Abnehmer seiner Fabrikate. Im Jahr 1913 zum Beispiel bezogen Großbritannien und Irland aus Indien 513 000 Zentner Baumwolle, aus Südafrika 100 000, aus Indien 99 000, aus Australien 150 000 Tonnen Häute; im selben Jahr wurden aus Australien 265, aus Südafrika 93 und aus Indien 54 Millionen Pfund Wolle eingeführt. Diese Rohstoffe wurden in England verarbeitet, und die fertigen Fabrikate wieder in die Kolonien gebracht. Indien bezog in jenem Jahr $1\frac{1}{2}$ Milliarden Yards Baumwolltuch, 160 000 Dutzend Paar Schuhe und Stiefel und $16\frac{1}{2}$ Millionen Yards Wollzeug; Australien erhielt 210 000 Dutzend Paar Schuhe und Stiefel und 15,9 Millionen Yards wollenes Tuch; Südafrika 183 000 Dutzend Paar Schuhe und 2 Millionen Yards wollenes Tuch. Diese Zahlen geben ein kleines Bild davon, in welch ungeheurem Maß die Kolonien Lieferanten und Kunden des Mutterlands sind. Großbritannien hatte im Jahr 1913 auswärtige Kapitalsanlagen im Betrag von 3,7 Milliarden Pfund Sterling (75 Milliarden Goldmark) aufzuweisen. Davon kamen auf Canada und Neufundland 515, auf Indien und Ceylon 379, auf Südafrika 370 und auf Australien 332 Millionen, auf diese 4 Gebiete zusammen also 1,6 Milliarden Pfund Sterling; 43 % aller auswärtigen Kapitalsanlagen Großbritanniens. Die wichtigsten Gebiete der industriellen Entwicklung vor dem Krieg waren Australien und Canada. Während des Krieges breitete sich diese Entwicklung weiter aus, weil Großbritannien verhindert war Fabrikate und Kapital zu liefern, und weil umgekehrt das Mutterland für die kolonialen Produkte infolge bittersten Mangels phantastische Preise

bezahlte. Einige Beispiele mögen diese Entwicklungstendenz erläutern. Die Anzahl der industriellen Unternehmungen Canadas war 1919 doppelt so groß wie 1915, die Anzahl der Arbeiter war trotz den Aushebungen von 497 000 auf 682 000 gestiegen. Das in der canadischen Industrie steckende Kapital canadischer Herkunft stieg von 1,99 auf 3,23 Milliarden Dollars und der Wert des jährlichen Produkts von 1,4 auf 3,5 Milliarden Dollars. Das ist im Verhältnis und in Anbetracht der kurzen Zeit die ungeheuerlichste industrielle Entwicklung, die die Welt je erlebt hat. Im einzelnen hat die Anzahl der Baumwollspindeln von 1904 bis 1920 von 860 000 auf 1,2 Millionen zugenommen. Die canadische Stahlerzeugung betrug 1914 $\frac{3}{4}$, 1918 schon 1,7 Millionen Tonnen, also eine Zunahme um 125 %. Ähnlich liegen die Dinge in Australien. Von 1914 bis 1921 stieg die Anzahl der Arbeiter in der Textilindustrie von 3290 auf 5783, in den Schuhfabriken von 13 000 auf 17 000. Britisch Indiens Produktion an Baumwollwaren wog 1913 nur 4,2 Millionen Pfund, 1917 bereits 9,7 Millionen. Die Lederfabriken und Gerbereien beschäftigten 1913 nur 7800, 1917 dagegen 27 800 Arbeiter. Der Präsident der Handelskammer von Manchester teilte vor kurzem mit, daß Englands Baumwollgewebehandel mit Indien von 3 Milliarden Yards vor dem Krieg auf 1 Milliarde nach dem Krieg gesunken ist. Damals produzierte Indien nur 28 % seines eigenen Verbrauchs an Baumwollzeug, jetzt nach dem Krieg 61 %. Die südafrikanischen Fabriken produzierten 1915 in 4000 Betrieben Waren im Wert von 40 Millionen Pfund; 1920 waren es 7000 Betriebe mit einem Produkt von 98 Millionen Pfund.

Die Kolonien sind heute auf das Erzeugnis des Mutterlands nicht mehr angewiesen sondern können selbst herstellen, was sie brauchen. Ja, die Spannung geht noch weiter. Zwar gewähren die Kolonien hier und da dem Mutterland Vorzugszölle und genießen solche dort. Dies steht aber im wesentlichen auf dem Papier. Im Jahr 1921 führte Südafrika britische Waren im Wert von $27\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling ein; darauf gab es einen Zollrabbatt von 750 000 Pfund Sterling, das heißt weniger als 3 % des Gesamtwerts. Wichtiger ist, daß andere Reichsteile, wie Indien, in neuerer Zeit immer energischer Schutzzölle gegen England einführen, daß sogar einzelne Teile des Britischen Reichs einander mit Schutzzöllen bekämpfen. Dies gilt namentlich für Australien und Canada.

Canada Canada ist, nächst Indien, der wichtigste und sicherlich der ökonomisch am weitesten entwickelte Teil des Britischen Reiches. Bis zum Krieg war Canada in der Hauptsache ein Gebiet *englischer* Kapitalanlagen. Im Jahr 1913 legten die englischen Kapitalisten 47 Millionen Pfund Sterling in Canada an, in den ersten 6 Monaten des Jahres 1914 waren es 37 Millionen Pfund. C. H. Hobson berechnet, daß bis einschließlich 1913 die britischen Kapitalisten 515 Millionen Pfund Sterling in Canada angelegt hätten, 368 Millionen in Indien und Ceylon, 370 Millionen in Südafrika. An der Kapitalsversorgung Canadas beteiligten sich die Vereinigten Staaten vor dem Krieg als ein selbst von der Zufuhr auswärtigen Kapitals noch nicht ganz unabhängiges und an das Ausland in großem Ausmaß verschuldetes Gebiet nur verhältnismäßig wenig. Die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten in Canada umfaßten im Jahr 1913 erst 150 Millionen Pfund, also vor dem Weltkrieg ungefähr ein Viertel der englischen. Allerdings bestand schon damals eine nicht unbedeutliche Verknüpfung Canadas mit den Vereinigten Staaten. Von der Ausfuhr Canadas im Wert von 413 Millionen Dollars ging 1913 zwar noch mehr als die Hälfte, nämlich Güter im Wert von 215 Millionen Dollars, nach Großbritannien und Irland, doch immerhin schon für 163 Millionen Dollars nach den Vereinigten Staaten; von der Einfuhr jenes Jahres im Wert von 618 Millionen kamen sogar beinahe zwei Drittel (für 395 Millionen) aus den Vereinigten Staaten und nur für 132 Millionen von den britischen Inseln. »Sein Kapital lieh Canada in Großbritannien und benutzte das Geld zur Beschaffung der Güter, die es in den Vereinigten Staaten kaufte,« schrieb Scott Nearing in der *New Yorker Nation* vom 16. April 1924. Der Krieg brachte, wie für alle Kolonialgebiete, auch für Canada eine gewaltige Steigerung der Nachfrage nach seinen Erzeugnissen. Die Ausfuhr stieg bis 1917 auf 1,2 Milliarden Dollars. Hand in Hand damit ging eine riesige Neubildung von Industrien. Während 1915 das in den canadischen Industrien im engeren Sinn angelegte Kapital erst 2 Milliarden Dollars betrug, machte es 1917 schon 3,23 Milliarden aus. Eine ähnliche Entwicklung erlebten Bergbau, Wasserkraftausnutzung und Verkehrsmittel. Die dazu erforderlichen neuen Kapitalien konnte Canada nur zu bescheidenem Teil selbst aufbringen; aus dem Mutterland waren

sie ebenfalls kaum zu haben. Daher nahm ganz von selbst die Wirtschaft der Vereinigten Staaten das nunmehr freie Feld für sich in Anspruch. Nach Ingalls betragen im Jahr 1920 die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten in Canada 3mal so viel wie 1914, nämlich 450 Millionen Pfund Sterling; davon stammten aus den Jahren 1919 und 1920 allein 150 Millionen. Das canadische Statistische Amt gibt folgende Zahlen an: Von der Holzindustrie mit 126 Millionen Dollars Kapital waren 61 % canadisch, 27 % vereinsstaatlich, 11 % britisch, von der Holzschliff- und Papierindustrie 68 % canadisch, 24 % vereinsstaatlich, 4 % britisch, von dem Kapital der Industrie landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte 58 % canadisch, 31 % vereinsstaatlich, 10 % britisch, von der Baumwollverarbeitung 89 % canadisch, 5 % vereinsstaatlich, 6 % britisch, vom Baugewerbe 57 % canadisch, 41 % vereinsstaatlich, 0,2 % britisch, von den Eisengießereien 70 % canadisch, 21 % vereinsstaatlich, 8 % britisch. Das Aufhören der Kriegskonjunktur brachte auch die canadische Industrie zum Zusammenklappen. Im Jahr 1920 kamen viele große Unternehmungen unter den Hammer oder wurden sonst unfreiwillig veräußert. Sie fielen meistens Kapitalisten aus den Vereinigten Staaten anheim, da diese im Gegensatz zu den Engländern imstande waren die im ganzen doch verhältnismäßig hohen Übernahmekapitalien aufzubringen. Nach einer Schätzung des *American Economist* waren im Jahr 1918 34 % aller Wertpapiere Canadas Unionseigentum. Die dann folgende Entwicklung brachte diesen Satz auf 60 %.

Nearing meint nun, daß die gegenwärtige Wirtschaftspolitik Großbritanniens die amerikanischen Kapitalisten veranlasse einen immer größeren Teil ihrer Produktionsanlagen nach Canada zu verlegen. Der Grund sind die Vorzugszölle, die England den canadischen Waren gewährt. Offenbar ist das nicht die Absicht der britischen Politik der Zollbevorzugung für die Kolonien, daß sich nun dieser Kolonien selbst nichtbritisches Kapital bemächtigt. Andererseits, wenn England den Canadiern Vorzugszölle nicht gewähren wollte, entfremdete sich ihre Wirtschaft ebenfalls mehr und mehr dem Britischen Reich. Hier liegt ein schwieriges und bedeutungsvolles Problem der britischen Gesamtwirtschaft, das isoliert überhaupt nicht gelöst werden kann, vielmehr ein wesentliches Symptom für die Postulate einer imperialen Neugestaltung der Zukunft darstellt.

Indien

Am 18. März wurde in Britisch Indien eine Volkszählung durchgeführt, deren Schlußbericht jetzt erschienen ist. Danach beträgt die Fläche Britisch Indiens 1,8 Millionen englische Quadratmeilen mit 2316 Städten und 685 665 Dörfern, in denen es 65,2 Millionen Häuser gibt. Die gesamte Bevölkerung machte 318,9 Millionen aus, wovon 32½ Millionen in den Städten, 286½ Millionen auf dem Land wohnten; 164 Millionen waren Männer und Knaben, 155 Millionen Frauen und Mädchen.

Bei dieser Zählung wurden auch die gewerblichen Betriebe einer besondern Erhebung unterworfen, und alle Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten festgestellt. Alle Werkstätten von nennenswerter Bedeutung wurden erfaßt, bei der Zusammenstellung der eigentlichen Industrien jedoch die Kleinbetriebe (Dorfölpresen, kleine Reisschälereien oder Dorfschneidereien) beiseite gelassen. Die Zählung wurde nach Industrien vorgenommen, so daß also die Gruppen der Zwischenmeister, Bureauangestellten, Kulis, Ingenieure, Maschinisten usw. auf die verschiedenen Industriezweige verteilt wurden. Bei den Arbeitskräften wurde gleichzeitig die Anzahl der von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder miterhoben. Schwierig war es die Frage der Zuteilung derjenigen Arbeitskräfte zu regeln, die 2 verschiedene Berufe neben einander ausüben, eine in Indien gar nicht so seltene Erscheinung. Manche Industrien stellen nur Nebenbeschäftigung der im Hauptberuf landwirtschaftlich tätigen Arbeitskräfte dar, so vielfach die Gerberei und Lederindustrie und die Industrie der Lackwaren. Die Sache wird dadurch noch weiter erschwert, daß in manchen Provinzen (Burma, Belutschistan usw.) ein fester Beruf gar nicht existiert, sondern ein Arbeiter ein wahrer Hans in allen Gassen ist. In solchen Fällen war eine gewisse Willkür bei der Zurechnung nicht zu vermeiden. Das Auffallendste an den Ergebnissen ist das Verhältnis von Erwerbstätigen und Angehörigen. Im ganzen kamen von der Bevölkerung 46 % auf Erwerbstätige, ein erstaunlich hoher Satz, und nur 54 % auf Angehörige. Einschließlich dieser "Unterhaltenen" gehörten, um nur einige wichtige Gruppen herauszugreifen, zum Ackerbau einschließlich Viehzucht und Jagd 73 %, zum Gewerbe 10½ %, zum Handel 5 %. Von Renten aus Vermögen lebten nur 0,15 %, ein sehr geringer Bruchteil. Indien ist noch immer in erster Linie ein Gebiet der Landwirtschaft.

Die indische *Landwirtschaft* ist in der Hauptsache Kleinbetrieb, oft Pachtbetrieb. Die Ausnutzung des Bodens ist trotzdem noch ganz extensiv, Plantagen spielen nur eine untergeordnete Rolle, künstliche Düngung und Bewässerung sowie Bearbeitung mit europäischen Geräten oder gar Maschinen treten völlig zurück. Der normale Landarbeiter im Punjab arbeitet zum Beispiel im Jahr höchstens 150 Tage. Die Anzahl der eigentlichen Landarbeiter tritt weit hinter die der Bauern zurück, die eigenes oder gepachtetes Land selbständig bewirtschaften und bearbeiten. Die Anzahl der Arbeiter in Pflanzungen betrug 1 422 000. Davon entfiel mehr als die Hälfte (696 000) auf die Teeplantagen in Assam und Bengalen; die Anzahl dieser Plantagen betrug bei der Zählung 1135. In den *Kohlenbergwerken* arbeiteten 205 000 Personen. Unter den Industrien ist die wichtigste die *Textilindustrie*. Sie umfaßte 23,7 % aller gewerblichen Arbeiter, das heißt einschließlich der unterhaltenen Personen 7,8 Millionen. Aber auch hier darf nicht vergessen werden, daß der größte Teil nicht eigentlich Industriearbeiter sondern Handwerker oder Handwerksgehilfe ist. Sehr viel Hausindustrie ist ebenfalls hieran beteiligt. Die nächstgrößte Gruppe machten die 22,4 % Angehörigen des Bekleidungsgebietes mit 7,5 Millionen aus, das ist aber wohl fast alles Handwerk oder Hausgewerbe. Von der Textilindustrie gehört der größere Teil mit 5,9 Millionen der Baumwollverarbeitung an. Von ihnen sind aber in der eigentlichen Textilindustrie im Sinn der Fabrikation nur 434 000 Personen in 237 Betrieben beschäftigt, die fast alle in der Präsidentschaft Bombay liegen. Sie sind meist das Eigentum von Indern. Im ganzen gibt es in Indien 161 000 Baumwollwebstühle, von denen vier Fünftel mit Maschinenkraft betrieben werden. Die Verwendung von mechanischer Energie zu Produktionszwecken ist in Indien noch immer verhältnismäßig begrenzt. Die Anzahl der Betriebe, die Dampfkraft verwendeten, betrug nur 5293, die derjenigen mit Ölmotoren 1335, mit elektrischem Betrieb 1137. Gas und Wasserkraftmaschinen haben kaum Bedeutung. Die Anzahl aller Maschinen benutzenden Betriebe war 8015. Gelernte Arbeit macht ungefähr ein Viertel aller industriellen Arbeit in Indien aus. Auf 1000 erwachsene Männer kommen 508 Frauen, auf 1000 Erwachsene überhaupt 140 Kinder unter 14 Jahren als industrielle Arbeitskräfte.

Totenliste Am 20. März starb in England *Richard Henry Pratt* im Alter von 84 Jahren. Er war einer der hauptsächlichsten Förderer der Eingeborenenbildungsarbeit in British Indien; die *Carlisle Indian School* wurde von ihm begründet. Anfang Juni erlag der Direktor der Deutschen Togogesellschaft *Friedrich Hupfeldt* in Graz bei der Tagung des Deutschen Schutzbundes einem Schlaganfall. Er hatte sich seinerzeit große Verdienste um die deutschen Kolonisationsbestrebungen erworben. Mehrere Jahre wirkte er in den deutschen Kolonien, später in Columbien, wo jetzt das Betätigungsfeld der Deutschen Togogesellschaft liegt.

Nach schwerer Krankheit starb in Berlin am 29. August der Ministerialrat im preußischen Finanzministerium *Otto Jöhlinger*, im Alter von nur 40 Jahren. Er war zunächst Kaufmann, dann lange Jahre Handelsredakteur am Berliner Tageblatt, besonders als Spezialist für die Produktenbörse. Die Frucht seiner Tätigkeit auf diesem Gebiet war sein ausgezeichnetes Werk über den Weltgetreidehandel. Nach dem Krieg war er kurze Zeit Leiter des Handelsteils der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Er schied aus dieser Stellung im Jahr 1920 aus, als das Blatt von Stinnes angekauft wurde. Er wurde hierauf in das preußische Finanzministerium berufen. Jöhlinger hat bedeutende wissenschaftliche Arbeiten aus den Gebieten der Kolonialpolitik und des Agrarwesens verfaßt. Er war auch, seit 1912, Dozent für Wirtschaftslehre am Orientalischen Seminar der Berliner Universität, ferner Mitbegründer und Dozent der Verwaltungsakademie in Berlin. Wer ihn in seiner Arbeit und in seiner menschlichen Liebenswürdigkeit gekannt hat, wird seinen allzufrühen Tod auf das tiefste bedauern.

Kurze Chronik Am 13. Juni 1919 ließ der englische Brigadegeneral *Dyer* in Amritsar in British Indien ohne vorherige Warnung 10 Minuten lang in eine unter freiem Himmel stattfindende politische Versammlung hineinschießen, an der 10 000 Hindus teilnahmen. »Das Feuer wurde auf Massen, nicht auf Personen gerichtet und von Zeit zu Zeit aufs neue dahin gerichtet, wo die Massen am dicksten waren«, heißt es in dem amtlichen Bericht. 379 Personen waren tot, eine nicht näher bekannte Anzahl wurde verwundet. Der stellvertretende Gouverneur der indischen Provinz Punjab, Sir Michael

O'Dwyer, billigte amtlich diese Tat. Nach längerer Untersuchung entfernte die indische Regierung *Dyer* aus dem Kommando. O'Dwyer erhielt eine Rüge. Er hat jetzt eine Klage gegen einen angesehenen indischen Nationalisten, Sir Sankaran Nair, angestrengt, weil er in einem Buch den *Fall Amritsar* behandelt hatte. Nach der Vernehmung von Zeugen erklärte der Richter, daß General *Dyer* »recht getan« habe und »zu Unrecht bestraft worden« sei; die Geschworenen sprachen O'Dwyer eine Entschädigung von 500 Pfund Sterling zu und verurteilten Nair außerdem zu den Prozeßkosten im Betrag von 15 000 Pfund. ◊ In *Tasmanien* ist die Ausbeutung der Wasserkräfte zur Gewinnung elektrischen Stroms stark im Gang. Innerhalb der nächsten 10 Jahre soll jede Ortschaft an das Stromversorgungsnetz angeschlossen werden. Neue Anlagen mit einer Stärke von 600 000 Pferdekraften sind geplant. Der von ihnen zu erwartende elektrische Strom wird bereits eifrig umstritten. So hat eine Zinkerze elektrolytisch verarbeitende Firma, die bisher in der Nähe der Hauptstadt Hobart 33 000 Pferdekraften verwendete, einen weitem Bedarf von 10 000 Pferdekraften angemeldet; sie will dann auch zur Erzeugung von Superphosphaten für den Bedarf der tasmanischen Landwirtschaft übergehen.

Literatur In der Kolonialen Rundschau erschien ein Aufsatz *Gustav Noskes* Sozialdemokratie und Kolonialfrage, der im wesentlichen eine historische Entwicklung der Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zu den deutschen Kolonialbestrebungen enthält. Es heißt da unter anderem: »Die Sozialdemokratische Partei ist keine Freundin der Kolonialpolitik gewesen. Aber bei einem Rückblick auf die 40 Jahre, die verflossen sind, seitdem die deutsche Flagge auf afrikanischem Boden gehißt wurde, kann betont werden, daß mit den fortschreitend besser werdenden Methoden der Kolonialverwaltung auch das Interesse der Sozialdemokratie an den Kolonien stieg, und die Einstellung der Partei zu kolonialpolitischen Problemen eine allmähliche Wandlung erfuhr. Kein Sozialdemokrat, der sich um Kolonialfragen gekümmert hat, wäre bereit gewesen auf die Kolonien freiwillig Verzicht zu leisten.« Noske hofft, daß der Tag nicht zu fern ist, an dem das deutsche Volk sein Wissen und Können in den Kolonialgebieten der Menschheit wieder nutzbar machen kann.